



Stephan Götzl:

„Guerilla-Konkurrenz“ aus Österreich

Der neue GVB-Präsident wirft dem Nachbarland vor allem eine laschere Bankenaufsicht vor, beklagt aber auch hausgemachte Ursachen. **Seite 7**



Hans Schaidinger:

Schutz des Bürgers vor Feinstäuben

Der Städtetagschef fordert Bund und Land auf, wirkungsvolle Instrumentarien zu schaffen. Die Städte dürfen nicht verurteilt werden. **Seite 16**



Dr. Siegfried Naser:

Bayerische Sparkassen bleiben auf Erfolgsspur

Zufrieden mit den Geschäftszahlen 2004 zeigte sich der Geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbandes Bayern bei der Jahres-PK. **Seite 5**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 24. März 2005

56. Jahrgang / Nummer 6



Das KPV-Podium (v. l.): Bürgermeister Maximilian Gaul, Staatsministerin Monika Hohlmeier, Landrat Luitpold Braun, Bürgermeister Gerhard Weber und KPV-Geschäftsführer Florian Hahn. Foto: Rappold

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Drehscheibe Bildung

Diskussion mit Kultusministerin Monika Hohlmeier

Bildung in der Diskussion: Auskunft über aktuelle schulpolitische Fragen gab Kultusministerin Monika Hohlmeier bei der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und -Hauptausschusses in München unter der Leitung von Landrat Luitpold Braun. Dabei konstatierte sie insbesondere eine „massive Verschärfung elterlichen Verhaltens“.

Der Bildungsbereich, so die Ministerin, sei momentan in einer extremen Entwicklung, „weil wir zunächst bedingt durch eine Binnenzuwanderung in Deutschland in bestimmten Gebieten einen Zuwachs an Schülern verzeichnen, der sich in ein völliges Missverhältnis begibt zu dem, was wir an demographischem Abzug in anderen Gebieten haben“. In Teilbereichen der Oberpfalz beispielsweise sei ein Minus von 50 Prozent der Schülerschaft innerhalb weniger Jahre zu beklagen, während im Ro-

senheimer Umland ein eklatanter Anstieg festzustellen sei, mit dem Ergebnis, „dass ich nicht weiß, wie viel Gymnasien und Realschulen ich hier noch bauen lassen soll.“

Höhere Abschlüsse

Bildung sei nicht allein aufgrund politischer Entscheidungen in der Diskussion, sondern auch durch eine offensichtliche Veränderung des Umfelds, sprich einem sehr umkämpften Arbeitsmarkt sowie einem geän-

dertem sozialen Verhalten von Schülern und insbesondere Eltern. Hinzu kämen durch die PISA-Studie ausgelöste Diskussionen, in denen es ausschließlich um höhere Abschlüsse gehe. Mittlerweile, so die Politikerin, sei das ausschließliche Streben nach höheren Bildungsabschlüssen zu einer Selbstverständlichkeit geworden und bereits auch in ländliche Gebiete vorgedrungen.

Unikum in der Republik

Dass das Verhalten in Bayern dennoch „vernünftiger ist“ als in anderen Gegenden der Republik, zeigen laut Monika Hohlmeier folgende Zahlen: Der Hauptschule gehören in der 5. Klasse immer noch über 43 Prozent der Schülerschaft an: „Damit sind wir das Unikum in Deutschland, wo der Durchschnitt unter 30 Prozent liegt.“ Die 8. Klasse Hauptschule wiederum besuchen derzeit durchschnittlich 38 Prozent der Schülerinnen und Schüler. Diesen Anstieg innerhalb weniger Jahre um drei Prozentpunkte haben die M-Klassen verursacht. „Schmerzlich“, so die Ministerin, werde bemerkt, dass die Schülerschaft in den Klassen 5 und 6 insgesamt weniger werde. Mittlerweile seien 22 Prozent der Hauptschüler M- (Fortsetzung auf Seite 4)

CSU-Forum zum Bürokratieabbau:

Mehr Freiraum für Ideen!

Erwin Huber im Dialog mit dem Bürger

Die CSU fordert den sofortigen Stopp des Anti-Diskriminierungsgesetzes. Das erklärten Staatskanzleichef Erwin Huber und CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder beim CSU-Forum „Bürokratieabbau“ in der Münchner Hanns-Seidel-Stiftung. „Das rot-grüne Anti-Diskriminierungsgesetz ist ein Anti-Arbeitsplatzgesetz. Jede neue Vorschrift kostet Jobs und macht die wirtschaftliche Stimmung kaputt. Das Anti-Diskriminierungsgesetz gehört in den Aktenvernichter, bevor es zu spät ist“, so Söder vor 200 Gästen aus Wirtschaft, Verwaltung und Kommunen. „Wir müssen jeden Betrieb, der Arbeitsplätze schafft, massiv unterstützen und alle Einstellungshemmnisse in Deutschland abbauen. Die Bundesregierung dagegen belastet vor allem den Mittelstand mit zusätzlichen bürokratischen Fesseln und schreckt auch noch die letzten Investoren ab.“

Laut Huber zeigen zwei konkrete Beispiele die fatalen Konsequenzen dieser Politik: „Während in Dänemark und Großbritannien die Gründung eines neuen Unternehmens durchschnittlich vier Tage benötigt, dauert es in Deutschland mit 42 Tagen zehn Mal so lange!“ Gerade kleine Unternehmen stöhnten unter Bürokratiekosten von bis zu 4000 Euro pro Jahr und Mitarbeiter. Huber: „Die globale Wirtschaft braucht einen effektiven und schlanken Staat. Doch die deutsche Staatsgläubigkeit überschätzt den Staat und unterschätzt den Bürger.“

Die Bayerische Staatsregie-

neue Arbeitsplätze in der Wirtschaft. Gleichzeitig stehe der Abbau von Staatsaufgaben im Vordergrund, bemerkte der Politiker. So baut Bayern bei der Neuorganisation der Regierungen Aufgaben massiv an und delegiert sie soweit wie möglich nach unten. Bei den Regierungen werden 1000 Planstellen, sprich 25 Prozent des Personals abgebaut.

Vorschriften reduzieren

Gleichzeitig mit dem Aufgabenabbau sollen, so der Staatskanzleichef, Vorschriften und Gesetze reduziert werden. Beispiel: Seit Inkrafttreten der ersten Bauordnungsnovelle sind von 1994 bis heute ein Drittel aller Wohngebäude genehmigungsfrei gebaut worden. In Bayern haben Bauherren in diesem Zeitraum über 143 Mio. Euro an Genehmigungsgebühren gespart. Heute durchliefen nur noch 6 Prozent aller Bauvorhaben das herkömmliche Genehmigungsverfahren. Huber: „Wir wollen Höchstfristen für Genehmigungen und dadurch mehr Planungssicherheit für Unternehmer und Selbstständige. Wir (Fortsetzung auf Seite 4)

Bundesversammlung der Freien Wähler:

Infrastruktur der Demographie anpassen

Armin Grein: Städte und Gemeinden vor großen Herausforderungen

Der Bundesvorsitzende der Freien Wähler Deutschlands (FW), Landrat Armin Grein, hat auf der Bundesversammlung der Freien Wähler in Mühlhausen (Thüringen) Bund, Länder und Kommunen aufgefordert, schnell und entschlossen auf den demographischen Wandel in der Gesellschaft zu reagieren.

Grein zufolge schrumpft Deutschland bereits heute jedes Jahr um die Einwohnerzahl einer Großstadt wie Erfurt. Jedes Jahr werden 400.000 Kinder zu wenig geboren. Während im Jahr 2050 die unter 20-Jährigen nur noch ein Sechstel unserer Bevölkerung stellen werden, wird der Anteil der über 60-Jährigen auf ein Drittel der Bevölkerung steigen. Der Bund und die Länder sind gefor-

dert, dieser Entwicklung mit familienfördernden Maßnahmen entgegenzuwirken. Die Kommunen müssen ihre Infrastruktur mit Kreativität und Weitblick anpassen, um in Zukunft ein attraktiver Lebensraum für ihre Bürger zu bleiben.

Entlastung und Betreuung

Grein fordert ein umfassendes Betreuungs- und Bildungsangebot, finanzielle Entlastungen von Familien mit Kindern sowie eine auf die neuen Verhältnisse zugeschnittene kommunale Infrastruktur:

1. Die Umgestaltung des Steuerrechts vom bisherigen Ehegattenerwerbsteuervertrag (Fortsetzung auf Seite 4)



Landrat Armin Grein



Kieler Dolchstoßlegende: In Schleswig-Holstein hat sich nach Auffassung der Vorzimmerperle wohl die unbescheiden daherkommende Siegeszuversicht einer auf abgenagten Storchbeinen ruhenden Götterspeisenkolalition gerächt, die bar jeder Demut vor dem Wählerwillen ein Land von Grund auf umkrepeln wollte. Seite 19



Vor mehr als 200 Gästen aus Wirtschaft, Verwaltung und Kommunen beim CSU-Forum in der Hanns-Seidel-Stiftung (v. l.): Generalsekretär Dr. Markus Söder, Staatsminister Erwin Huber, Prof. Dr. Rainer Thome, Landrat Luitpold Braun und Heinrich Wallner.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Brüsseler Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie	Seite 2
Zur Diskussion um die Standesämter	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Ein kleiner Sieg gegen den großen Amtsschimmel	3
Investitionsprogramm für Kommunen	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfinanzen	5 - 8
Kommunale Baupolitik	9 - 11
Wasser - Abwasser	12 - 14
Kommunalfahrzeuge	15/16
Aus den bayerischen Kommunen	17 - 20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Chance oder bürokratisches Monstrum?

Brüsseler Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie im Landtag gegensätzlich beurteilt

Chancen und Risiken der kommenden europäischen Dienstleistungsrichtlinie, für die seit Januar ein Vorschlag der EU-Kommission vorliegt, werden im Bayerischen Landtag unterschiedlich beurteilt. In einer Anhörung, zu der u.a. auch die kommunalen Spitzenverbände eingeladen waren, beurteilten CSU-Abgeordnete die zweifellos in Einzelheiten noch zu verändernde Richtlinie insgesamt positiv und geeignet, in allen Bereichen vom Handwerk über Sozialdienste bis zu den Schlachthöfen die heimischen Betriebe und Institutionen für den internationalen Wettbewerb zu stärken. SPD und Grüne halten den Brüsseler Entwurf für nicht akzeptabel, zumindest grundlegend Verbesserungsbedürftig.

Beide Seiten konnten sich auf die Meinung von Experten stützen. Die Fachausschüsse für Wirtschaft und Verkehr, Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik hörten einen halben Tag lang Fachleute und Praktiker aus Industrie und Handwerk, Wohlfahrtspflege und Krankenkassen, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden sowie vom Verband kommunaler Unternehmen.

Subsidiaritätskontrolle

Zusammenfassend urteilte die stellvertretende Vorsitzende des Europa-Ausschusses, Prof. Ursula Männle (CSU), die Richtlinie sei positiv. Im Rahmen der Subsidiaritätskontrolle werde es ein Frühwarnsystem geben. Der wirtschaftspolitische CSU-Sprecher Franz Josef Pschierer betonte die nationale Kontrolle auch über ausländische Dienstleistungsanbieter, so dass - an-

ders als jetzt - z. B. nicht erst beim Sitz einer Baufirma in Polen oder Tschechien nachgefragt werden müsse sondern die notwendigen Kontrollen von den örtlichen (kommunalen) Behörden direkt durchgeführt werden können. Die Sorge des Handwerks, es könnten heimische Betriebe durch ausländische Billiganbieter „ausgehebelt“ werden, hielt er für geringer als die Chance, in umgekehrter Richtung zur Ausweitung der Arbeit zu kommen. Probleme bei Schlachthöfen oder Krankenhausplanung und -finanzierung seien vielfach hausgemacht.

Im Interesse der sozialen Dienste

CSU-Sozialexperte Joachim Unterländer plädierte für Korrekturen der Richtlinie im Interesse der sozialen Dienste. Der CSU-Europaabgeordnete Dr. Joachim Wuermeling sah die EU-Vorlage passend zur Reformpolitik der Bayerischen Staatsregierung, die heimische Wirtschaft in allen Teilen international konkurrenzfähig zu halten oder in ihrer Effizienz zu steigern. Er kritisierte die Bundesregierung, die es bisher noch zu keiner einheitlichen Stellungnahme gebracht habe. „Das führt zu massiven Einflussverlusten in Brüssel.“ Zur Sorge Pschierers, der deutsche Meisterbrief könne unter der Dienstleistungsrichtlinie entwertet werden, versicherte Wuermeling, diese Qualifikation sei nicht gefährdet. Die Erfahrungen gerade in den Grenzregionen Oberfran-

ken, Oberpfalz und Niederbayern zeigten, dass sich etwa Bauherren in Tschechien lieber bayerische, qualifizierte Fachhandwerker holten als einheimische ohne Meisterprüfung.

Der europapolitische SPD-Sprecher Dr. Linus Förster sah die Vorlage der EU-Kommission als ungeeignet, dem Dienstleistungssektor zu dynamischem Wachstum mit neuen Arbeitsplätzen zu verhelfen. Es könne im Gegenteil zu „einem Lohn- und Sozialdumping zu Lasten der Arbeitnehmer“ kommen. Es gelte, die berechtigten Schutzbelange für Dienstleistungen in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Ökologie, Verkehr, Bildung,

Kultur, audiovisuelle Medien sowie der Daseinsvorsorge und des Verbraucherschutzes durchzusetzen. Förster hob die Intervention des Bundeskanzlers in dieser Sache hervor und verwies auf die entsprechenden Aktivitäten der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament.

Wettlauf nach unten

Ähnlich der Vorsitzende des Europaausschusses, Dr. Martin Runge (Grüne): In der jetzigen Fassung provoziere die Dienstleistungsrichtlinie „einen Wettlauf nach unten“. Besonders kritisch bewertete er das Herkunftsländprinzip, demzufolge für jede vorübergehend erbrachte Dienstleistung die Standards des Landes gelten, in dem der jeweilige Anbieter seinen Sitz hat. Zusammenfassend meinte er, die EU sei dabei, „ein bürokratisches Monstrum zu schaffen“. Brüssel müsse den Entwurf zurückziehen. **rm**

Gemeindetag zur Diskussion um die Bezirke:

Regierung muss handeln!

Brandl: Diskussion ergebnisoffen führen

Zur Diskussion um die Reform bzw. die Existenzberechtigung der Bezirke in Bayern sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags: „Die Frage, welche Aufgaben die Bezirke künftig leisten können, muss schnellstmöglich, aber auf jeden Fall in diesem Jahr geklärt werden. Die bayerischen Gemeinden, Märkte und Städte wollen als Umlagezahler wissen, in welchem Umfang sie in Zukunft für die Erfüllung der Bezirksaufgaben finanziell bluten müssen.“

In diesem Zusammenhang begrüßte Brandl die Aussage der Staatsregierung ihm gegenüber, dass sie sich in den kommenden Wochen sowohl mit der Fortentwicklung des Aufgabenschnitts als auch des Finanzierungssystems der Bezirke intensiv befassen wird. Der Präsident wies darauf hin, dass sich in dieser Frage der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Landkreistag einig seien. Der Verband der bayerischen Bezirke habe außerdem erst kürzlich in einer Resolution seine Bereitschaft bekundet, Aufgaben an Landkreise und kreisfreie Städte abzugeben.

Dr. Brandl hatte während einer Pressekonferenz im Dezember die Frage aufgeworfen, ob die

bayerischen Bezirke ihre gesetzlich übertragenen Aufgaben noch erfüllen können, ohne die sie finanzierenden Gemeinden, Märkte und Städte übermäßig zu belasten. Die Mehrheit der Bezirke hat ihre Umlagesätze zu Lasten der Kommunen erhöht.

Auch Staatsminister Erwin Huber drängt auf eine rasche Lösung des Problems. Brandl: „Die Diskussion um die Bezirke muss ergebnisoffen geführt werden. Notwendig ist, dass die Zuständigkeiten der Bezirke neu geregelt und Sparmaßnahmen in der Weise umgesetzt werden, dass die Gemeinden und Städte als ihre Finanzierer wieder ihre eigenen Aufgaben finanziell bewältigen können; keinesfalls darf nur ein „Reformchen“ herauskommen.“

Polizeireform im praktischen Test

Im Sommer Start in Unterfranken - Schutzbereiche statt Polizeipräsidien
Digitalfunk kommt trotz Finanzproblemen

Mehr Polizeibeamte auf der Straße und weniger in den Stäben. Das bleibt das Ziel der einschlägigen Reform, über die Innenminister Dr. Günther Beckstein neuerlich im Innenausschuss des Landtags berichtete. Er stellte den Abgeordneten jetzt die fertige Planung für den Beginn des neuen Polizeialters vor. Die Umstellung beginnt Mitte des Jahres zunächst im Bezirk Unterfranken. Die Zustimmung der CSU war nur unter dem Vorbehalt der Enttäuschung örtlicher Abgeordneter, dass die Reform nicht in ihrem Bezirk begonnen wird. Die Opposition blieb skeptisch, sowohl in puncto Sicherheit als auch bei der Belastung der einzelnen Beamten.

Unterfranken ist laut Beckstein-Modell einer der künftig zehn Schutzbereiche, die als „regionale Polizeipräsidien“ firmieren und vor allem strategische Aufgaben der bisherigen Polizeipräsidien sowie die operativen Aufgaben der bisherigen Polizeidirektionen übernehmen. So wird eine Verwaltungsebene eingespart. Für jeden Schutzbereich gibt es eine Einsatzzentrale als „wesentlichen Eckpfeiler“ der Polizeiarbeit. In Unterfranken werden also die Direktionen Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg im „regionalen Präsidium“ Würzburg zusammengeführt. Beckstein lobte die intensive Vorbereitung. Es sei „hart aber sachlich“ über die Einzelheiten verhandelt worden.

Notrufnummer 110

In Unterfranken und künftig in ganz Bayern werden nach Münchner Vorbild alle im Land ein-

gehenden Notrufe auf der Nummer 110 gesammelt, ebenso die Alarmer der Überfall- und Einbruch- und Brandmeldeanlagen. Bis zur Einrichtung der integrierten Leitstelle werden auch die Meldungen unter Nummer 112 dorthin geleitet. Die Zentrale disponiert und dokumentiert dementsprechend alle Einsätze. Erhalten bleiben die regionalen Kriminalpolizeiinspektionen.

Dienststellen

Das Bayerische Landeskriminalamt behält seinen Dienstort in München mit Außenstelle in Nürnberg. Das Polizeiverwaltungsamt bleibt in Straubing mit der Zentralen Bußgeldstelle Viechtach. Die Bayerische Bereitschaftspolizei besteht als besonderer Polizeiverband weiter mit acht Standorten im Land. Die Polizeihubschrauberstaffel ist am Flughafen München und an einer

Außenstelle in Roth stationiert.

Beteiligung der Betroffenen

Ausschussvorsitzender Jakob Kreidl (CSU) konstatierte, die Polizeireform schreite zügig voran und werde umsichtig unter Beteiligung aller betroffenen Verbände, Personal- und Berufsvertretungen umgesetzt. Er widersprach damit den Bedenken von SPD und Grünen, wie sie u.a. die stellvertretende Vorsitzende Helga Schmitt-Bussinger (SPD) und Christine Kamm (Grüne) erneut geltend machten. Befürchtet wird vor allem eine Überlastung der Beamten. Die Opposition beruft sich auf die Berufsvertretungen. Bei vielen Kriminaldienststellen, hatte Walter Thurner vom bayerischen Kriminalbeamten-Bund erklärt, werde „die Kriminalität ohnehin nur noch verwaltet“. Der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft, Hermann Benker, formulierte, die Polizeireform sei „der größte Murks“, den er je erlebt habe.

Begonnen, aber noch nicht finanziert, ist laut Beckstein die Einführung des digitalen Polizeifunks. Sie soll 700 Mio. in den nächsten zehn Jahren kosten. „Der Finanzminister weiß, was auf ihn zukommt“, stellte der Innenminister fest. **rm**

CSU ändert das Schulfinanzierungsgesetz:

Kommunen können Schulgeld erheben

Kommunale Schulträger können künftig an ihren Fachschulen Schulgeld erheben. Eine entsprechende Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes hat der Bildungsausschuss des Landtags auf Initiative der CSU federführend beschlossen. Der Mehrheitsfraktion geht es vor allem um den Erhalt dieser fortführenden Fachschulen. Betont wird, dass das Konnexitätsprinzip nicht berührt wird und den Kommunen keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Durch diese Neuregelung sollen den Kommunen zusätzliche, dringend benötigte Einnahmen ermöglicht werden, erklärte Berichterstatterin Ingrid Heckner (CSU). Karin Pranghofer (SPD) sprach von einem bildungspolitischen Armutszeugnis der Staatsregierung, die zehn Jahre lang diese Finanzierung nicht aus Landesmitteln ermöglicht habe; statt dessen führe die CSU nun Schulgeld ein. Pranghofer forderte, den Kommunen höhere Lehrpersonalkostenzuschüsse zu gewähren.

Simone Tolle, bildungspolitische Sprecherin der Grünen, verwies darauf, dass es sich bei den Schülerinnen und Schülern dieser Fachschulen teilweise um sozial Schwächere handele, deren berufliche Weiterbildungschancen durch Schulgeld nicht zusätzlich erschwert werden dürften. Als Alternative schlug sie einen „gesonderten Topf“ für soziale Härtefälle vor. Die CSU ging auf die Änderungsvorschläge nicht ein. Der Landtag wird die Gesetzesänderung nach Ostern verabschieden. **rm**

Zur Diskussion um die Standesämter:

Brandl gegen Auflösung

Mit Nachdruck wendet sich der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, gegen Überlegungen des Bayerischen Innenministeriums, die Standesämter in den Gemeinden flächenweit abzuschaffen. „Bayerns Bürgerinnen und Bürger wollen auch künftig in ihrer Gemeinde heiraten und ihre Babys im Rathaus ins Personenstandsbuch eintragen lassen. Sie identifizieren sich damit viel stärker mit ihrer Heimatgemeinde. Eine anonyme Stelle in der entfernten Kreisstadt oder gar im Landratsamt kann das nicht leisten“ sagte Brandl.

Er wies darauf hin, dass kein anderes Bundesland derzeit eine derart radikale Neuorganisation der Standesämter ins Auge fasse wie der Freistaat.

Machbarkeitsstudie

„Eine Arbeitsgruppe im bayerischen Innenministerium, so der Gemeindetag in einer Presseerklärung, „schlägt in einer Vorstudie zum Projekt ‘Machbarkeitsstudie zur Einführung einer zentralen elektronischen Führung der Personenstandsregister’ vor, die derzeit 1.344 Standesämter in Bayern aufzulösen und deren Aufgaben von lediglich 100 Standesämtern, die in den Großstädten und eventuell bei den Landratsämtern angesiedelt wären, erledigt zu lassen“. Den Bürgermeistern in den kleinen Gemeinden verbliebe lediglich die Funktion des Eheschließungsstandesbeamten.“

Dienstleistungen vor Ort

Die kommunale Finanznot, aber auch die gestiegenen Anforderungen an die Fachkenntnisse der Standesbeamten und die Einführung des elektronischen Personenstandsregisters werden als Gründe für die Pläne zu einer derart einschneidenden Organisationsreform herangezogen. Gemeindetagspräsident Brandl: „Diese Gedankenspiele sollte das Innenministerium ad acta legen. Bayerns Bürger erwarten staatliche Dienstleistungen vor Ort. Die Leute sind mit unseren Standesbeamten sehr zufrieden. Das hohe fachliche Niveau und die gewissenhafte Führung der Personenstandsbücher sind weiterhin anerkannt. Die Zusammenlegung von Standesämtern sollte - wenn überhaupt - nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Und wir Bürgermeister freuen uns, wenn wir Ehen schließen. Das wollen wir auch in Zukunft tun.“

3.825 Standesbeamte

In Bayern gibt es 3.825 Standesbeamte. Sie beurkunden und führen die Personenstandsbücher. Diese sind die Geburten-, Heirats- und Sterbebücher sowie Familienbücher. Im Durch-

schnitt der letzten drei Jahre wurden in Bayern 17.000 Eheschließungen, 125.000 Geburten und 130.000 Sterbefälle beurkundet. Daneben haben die Standesbeamten eine Reihe weiterer Beurkundungen und Beglaubigungen vorzunehmen wie z.B. Vaterschaftsanerkennungen und Namensklärungen.

Beckstein korrigiert

„Eheschließungen werden auch in Zukunft in jeder Gemeinde beim Standesbeamten oder Bürgermeister möglich sein“, erklärte inzwischen Innenminister Dr. Günther Beckstein. Ob und inwieweit künftig auf eine elektronische Führung der Personenstandsregister umgestellt wird, prüfe derzeit der Bund. Ein entsprechender Gesetzentwurf sei aber noch nicht im Deutschen Bundestag eingebracht, so dass noch völlig offen sei, ob und wie bundesrechtliche Änderungen im Personenstandswesen Auswirkungen auf die Organisation und die Arbeit der Standesämter im Freistaat haben werden. Beckstein versicherte, dass weder eine Entscheidung gefallen, noch eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben sei. Es bleibe abzuwarten, ob der Bundesgesetzgeber elektronische Register einführt. „Auf jeden Fall wird es auch in Zukunft möglich sein, Eheschließungen in der Wohnortgemeinde beim Standesbeamten bzw. Bürgermeister vorzunehmen“, erklärte der Minister und erläuterte, dass auf Bundesebene derzeit an Vorschlägen für eine Änderung des Bundespersonenstandsgesetzes gearbeitet werde.

Angedacht sei die Einführung elektronischer Personenstandsregister und die Möglichkeit diese ggf. auch zentral einzurichten. „Um bayerische Interessen in das Gesetzgebungsverfahren fundiert einbringen zu können, prüfen wir - auch unter Einbindung des Bayerischen Städtetags und des Bayerischen Gemeindetags - derzeit Vor- und Nachteile solcher Lösungen.“ Zu den Möglichkeiten eines zentralen elektronischen Registers wurde im Staatsministerium des Innern eine Vorstudie durchgeführt. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Max Gast
83679 Sachsenkam
am 8.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hermann Zanker
86567 Hilgertshausen-Tandern
am 4.4.

Bürgermeister Gerhard Landgraf
82216 Maisach
am 6.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gert Bayerlein
96337 Ludwigsstadt
am 3.4.

Bürgermeister
Ludwig Götzelmann
97295 Waldbrunn
am 6.4.

Bürgermeister Walter Härtlein
97340 Marktbreit
am 9.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Fleck
86874 Tussenhausen
am 2.4.

Bürgermeister Franz Schneider
92665 Kirchendemenreuth
am 4.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roman Haug
87541 Hindelang
am 2.4.

Bürgermeister Georg Schützinger
83355 Grabenstätt
am 5.4.

Bürgermeister
Hermann Rupprecht
86685 Huisheim
am 5.4.

Bürgermeister Xaver Fichtl
86980 Ingenried
am 8.4.

Bürgermeister Rudolf Heiler
85567 Grafing
am 9.4.

Bürgermeister Manfred Russer
86558 Hohenwart
am 9.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Göbel
97783 Karsbach
am 7.4.

GfK-Kaufkraftstudie 2005:

Jüngere Wohlhabende leben im Süden Deutschlands

Die 40- bis 49-Jährigen sind mit durchschnittlich 24.880 Euro pro Einwohner und Jahr die kaufkräftigste Altersgruppe Deutschlands. Demgegenüber stehen die 20- bis 29-Jährigen, die lediglich über ein Durchschnittseinkommen von 14.189 Euro pro Kopf verfügen. Die Altersgruppen verteilen sich regional ganz unterschiedlich über Deutschland. So leben die kaufkräftigsten Senioren im Westen Deutschlands, insbesondere im Hochtaunuskreis mit einem Pro-Kopf-Einkommen von durchschnittlich 27.462 Euro. Die kaufkräftigsten Twens wohnen besonders häufig im Süden Deutschlands, insbesondere im Kreis Starnberg mit einem verfügbaren Einkommen von 21.459 Euro. Das sind Ergebnisse einer Studie der GfK Marktforschung, in der erstmals Altersgruppen hinsichtlich ihrer Kaufkraft analysiert wurden.

Zusammen mit der Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen mit der höchsten Kaufkraft - Jahresnettoeinkommen inklusive Zinsen, Mieten und staatlichen Transferleistungen wie Renten- und Arbeitslosengeld - pro Kopf und Jahr von 24.880 Euro sind auch noch die 50- bis 59-Jährigen mit einer Kaufkraft von 24.008 und die 30- bis 39-Jährigen mit 22.881 Euro zur Altersgruppe der Besserverdienenden

gen mit 323 Milliarden Euro ebenfalls die Nase vorne, jedoch dicht gefolgt von den Senioren über 65 mit 293 Milliarden Euro.

Altersspezifische Kaufkraft

Die Aufschlüsselung der altersspezifischen Kaufkraft nach Stadt- und Landkreisen zeigt, dass bei den 20- bis 29-Jährigen Süddeutschland ganz vorn liegt, insbesondere der Landkreis Starn-

enden dieser Altersgruppe betrifft - etwa gleichermaßen in südlichen und nördlichen Regionen. Ein detaillierter Vergleich insbesondere der großen Städte zeigt, dass man unter Kaufkraftgesichtspunkten München als Metropole der Jungen und Hamburg als Metropole der Älteren bezeichnen kann. So verfügen die rund 177.000 Münchner zwischen 20 und 29 Jahren über 3,5 Milliarden Euro Einkommen, während die rund 239.000 Hamburger der gleichen Altersgruppe 0,6 Milliarden Euro weniger besitzen. Dagegen liegt die Gesamtkaufkraft der über 65-Jährigen in Hamburg mit 7,5 Milliarden Euro deutlich über dem Münchener Niveau von 4,7 Milliarden Euro in dieser Altersgruppe.

Schere zwischen Ost und West

Vergleicht man den Westen mit dem Osten Deutschlands, wird deutlich, dass die Schere zwischen Ost und West am stärksten in der Gruppe der 50- bis 59-Jährigen auseinanderklafft. In Westdeutschland liegt das durchschnittliche Einkommen in dieser Altersgruppe bei 25.703 Euro pro Einwohner und Jahr, in Ostdeutschland inklusive Berlin dagegen nur bei 17.830 Euro. Dagegen ist in der Ruhestandsgeneration ab 65 die Ost-West-Schere wieder erheblich eingeebnet. Im Westen liegt die durchschnittliche Kaufkraft hier bei 20.393 Euro, im Osten bei 17.077 Euro.

Verfügbare Einkommen

Erstmals wurde für das Jahr 2005 die GfK Kaufkraft sowohl

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern:

Steigende Einwohnerzahlen bis 2023

Schmid: „Bis zum Jahr 2023 wird Bayerns Bevölkerung weiter wachsen - Überalterung schlägt nach 2011 wegen zurückgehender Netto-Zuwanderung stärker durch“

„Die Bevölkerung im Freistaat wird bis zum Jahr 2023 weiter steigen und dann eine Einwohnerhöchstzahl mit 12,78 Millionen Bürgern erreichen. Dabei wird sich der Altersdurchschnitt der Bevölkerung von 40,7 Jahren (2003) auf 44,1 Jahre (2023) erhöhen. Mit beginnender Abnahme der Nettozuwanderung in den Freistaat wird sich nach 2011 der demographische Wandel und damit die Überalterung der Bevölkerung im Freistaat stärker als bislang auswirken“, fasste Innenstaatssekretär Georg Schmid die Kernpunkte der vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung jetzt vorgelegten Fortschreibung der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis zum Jahr 2023 zusammen.

Schmid wies darauf hin, dass der demographische Wandel mit einer mittelfristigen Zunahme der Überalterung der Bevölkerung und langfristigem Rückgang der Bevölkerung auch im Freistaat die künftigen politischen Weichenstellungen ganz entscheidend prägen wird: „Auch wenn Bayern heute und in den nächsten Jahren noch von einer Nettozunahme der Bevölkerung durch Zuzug in den Freistaat profitieren kann, stellt langfristig Bevölkerungsrückgang und Überalterung auch uns vor große Herausforderungen.“

Positiver Wanderungssaldo

Nach den Berechnungen des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung wird die Einwohnerzahl im Freistaat durch Zuwanderer aus dem übrigen Bundesgebiet und aus dem Ausland bis zum Jahr 2010 geringfügig und mit dem Beginn der Freizügigkeit innerhalb der europäischen Union nach der EU-Osterweiterung stärker steigen. Nach den Modellrechnungen wird der Wanderungssaldo

ausgewiesen. Basis der Berechnung sind Daten der Einkommensteuerstatistik, Statistiken zur Berechnung von Transferleistungen, Ergebnisse des Mikrozensus sowie Prognosewerte der Wirtschaftsinstitute. **DK**

regional als auch nach Altersgruppen analysiert. Die Kaufkraft bezeichnet das verfügbare Einkommen ohne Steuern und Sozialabgaben inklusive Transferleistungen und wird pro Kopf und Jahr in Euro und als Index

ausgewiesen. Basis der Berechnung sind Daten der Einkommensteuerstatistik, Statistiken zur Berechnung von Transferleistungen, Ergebnisse des Mikrozensus sowie Prognosewerte der Wirtschaftsinstitute. **DK**

Geburtenüberschuss in der Landeshauptstadt

Von bundesweiter Besonderheit ist der nach wie vor zu erwartende Geburtenüberschuss in der Landeshauptstadt München und im Landkreis Freising. Gemessen an der Einwohnerzahl 2003 wird der Gestorbenenüberschuss in den Jahren bis 2023 in den Landkreisen Wunsiedel im Fichtelgebirge und Berchtesgadener Land am höchsten sein.

Die Modellrechnungen des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung zur Entwicklung der Einwohnerzahlen in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns basieren auf den tatsächlichen Verhältnissen in den Basis-Jahren 2000 bis 2003 und schreiben diese strukturell in die Zukunft fort. Die zukünftige Einwohnerzahl hängt dabei von Annahmen zur Entwicklung der Geburten, der Sterbefälle und der Wanderungsbewegungen ab. Erstere gelten als relativ stabil, die Zu- und Fortzüge sind dagegen ein gewisser „Unsicherheitsfaktor“. Die Berechnungen bis zum Jahr 2023 auf Landkreisebene sind zusätzlich nach Ge-

denn hygienische Selbstverständlichkeiten wie Händewaschen, sauberes Geschirr verwenden und sorgsamer Umgang mit rohem Fleisch und Eiern haben verantwortungsvolle Ehrenamtliche schon immer im Umgang mit Lebensmitteln walten lassen. Oder gab es vor dem Jahre 2001 mehr Massenvergiftungen bei Vereinsfesten als danach?

„Gesetze abschaffen, Verordnungsdschungel durchforsten“, so hört man es von der hohen Politik landauf und landab. Deshalb ist es gut, wenn man in den Ministerien und in den nachgeordneten Behörden auch einmal auf diejenigen hört oder hören muss, die politisch in der Praxis stehen.

Es lebe also die Verwaltungsvereinfachung, und ist sie auch nur klitzeklein! Man kann es ja schon fast nicht mehr hören, überall heißt es nur, wir ersticken in immer mehr Papierkram und in einer uns überfordernden Bürokratie. Irgendwann muss sich doch etwas bewegen in unserem Staat!

Aber kaum ist ein Bürokratiemonster getötet, dann wird garantiert von irgendeiner Seite ein neues, viel Größeres erschaffen. Das Antidiskriminierungsgesetz von Grün-Rot zum Beispiel.

Aber ein Rundumschlag sollte diese Kommentar eigentlich gar nicht werden, nur ein Aufruf zum Mut, etwas weniger Hoffnung auf papierene Belehrungen zu setzen und mehr auf das Urteil, den Sachverstand und die Verantwortung vor Ort.

Max. Gaul

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

zu zählen. Personen, die älter als 60 oder jünger als 30 sind, verfügen über ein zum Teil erheblich geringeres Durchschnittseinkommen.

Kaufaktive 50plus

Bemerkenswert ist, dass die Pro-Kopf-Kaufkraft der Generation 50plus mit 21.244 Euro um mehr als 2.000 Euro pro Jahr höher ist als die der gem. umwobenen Gruppe der Unter-50-Jährigen mit 19.131 Euro. Betrachtet man die Gesamtvolumina, so haben die 40- bis 49-Jähri-

berg, in dem im Durchschnitt je Person dieser Altersgruppe 21.459 Euro pro Jahr zur Verfügung hat. Dahinter liegen mit 20.281 Euro und 19.885 Euro der Landkreis München beziehungsweise die Stadt München. Es folgen die Stadt Erlangen, der Landkreis Ebersberg und der Landkreis Fürstenfeldbruck. Auf Platz 9 rangiert der Landkreis Dachau, eine Position dahinter steht die Stadt Landshut.

Ganz anders sieht das Bild bei den Personen aus, die älter als 65 Jahre sind. Sie wohnen - vor allem soweit es die Besserverdien-

Lebensqualität in den Städten:

Nürnberg läuft New York den Rang ab

Über den Standort Deutschland wird viel lamentiert. Einer neuen Studie der Unternehmensberatung Mercer zufolge schneiden deutsche Städte jedoch bei der Lebensqualität wesentlich besser ab als zahlreiche internationale Metropolen. Kaum irgendwo auf der Welt lebe man so gesund und bequem wie in München, Düsseldorf oder Frankfurt am Main.

215 große Städte wurden untersucht. Daraus entstand eine internationale Rangliste. Gesiegt haben Genf und Zürich, Vancouver und Wien. Auf Platz fünf landeten punktgleich drei deutsche Städte: Frankfurt am Main, Düsseldorf und München.

Anhand von 39 Kriterien wurde die Lebensqualität gemessen. Das Bildungs- und Verkehrsangebot, die persönliche Sicherheit sowie politische, soziale, wirtschaftliche, gesundheitliche und umweltorientierte Faktoren wurden abgefragt.

Unter den Top 25 sind vier weitere deutsche Städte: Berlin und Stuttgart liegen auf Platz 14, Nürnberg auf Platz 22 und Hamburg auf Platz 25. Damit hängten die genannten Städte unter anderen die US-Metropole New York ab, die Rang 39 belegte. Leipzig kam auf Platz 68.

Die Lebensqualität in den deutschen Kommunen habe sich sogar noch verbessert. München kletterte innerhalb eines Jahres von Platz zehn auf Rang fünf, Düsseldorf von Platz zwölf. Frankfurt habe bereits 2004 auf Platz fünf gelegen. Eine auf die persönliche und allgemeine Sicherheit abgestellte Bewertung der Hauptstädte ergab für Berlin weltweit Platz 28 und unter den EU-Hauptstädten Platz neun. Sicherste Stadt weltweit ist demnach Luxemburg, gefolgt von Helsinki, Bern, Genf und Zürich, die sich den zweiten Platz teilen.

Frankfurt punktete mit seiner guten medizinischen Versorgung und umfassendem Personennahverkehr, bei München und Düsseldorf zählten Verbesserungen in der Wohnraumsituation. Das Abfallentsorgungssystem der bayerischen Landeshauptstadt wurde besonders gewürdigt; Düsseldorf wurde ausgezeichnet für sein umfassendes Angebot an internationalen Schulen. Die Studie wird von Regierungen oder international operierenden Unternehmen gerne herangezogen, wenn Mitarbeiter ins Ausland geschickt werden sollen.

schlecht und Altersgruppen differenziert. Die aktuellen Veröffentlichungen (Beitragsheft 535 mit Ergebnissen für ganz Bayern, Kreishefte, CD-ROM mit allen Ergebnissen) schreiben die im Mai 2004 veröffentlichten Ergebnisse fort; sie können beim Vertrieb des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung bezogen werden (<http://www.statistik.bayern.de/webshop>).

Volksbegehren G9 - stoppt das G8

Initiatoren legen Antrag beim Innenministerium vor

Am 11. März 2005 wurde der Antrag auf Zulassung eines „Volksbegehrens G9 - stoppt das G8“ im Bayerischen Staatsministerium des Innern übergeben. Das Innenministerium prüft nunmehr die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens. Hält es diese für nicht gegeben, legt es den Antrag dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof vor, der dann über die Zulassung zu entscheiden hätte. Bejahung hingegen das Innenministerium die gesetzlichen Voraussetzungen, macht es das Volksbegehren innerhalb von sechs Wochen ab Antragseingang, also bis spätestens 22. April 2005 im Bayerischen Staatsanzeiger bekannt.

Eintragungsfrist

Zugleich legt es die zweiwöchige Frist fest, innerhalb der die Eintragungen für das Volksbegehren vorgenommen werden können. Die Eintragungsfrist beginnt frühestens acht, spätestens zwölf Wochen nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger. Weitere Informationen zum Thema Volksbegehren sind unter <http://www.stmi.bayern.de/buerger/wahlen/volksbegehren/> abrufbar. (siehe auch: <http://www.stmi.bayern.de>).

Drehscheibe Bildung ...

(Fortsetzung von Seite 1) Schüler, Tendenz steigend. Das schulpolitische Konzept der Bayerischen Staatsregierung habe sich damit eindeutig bestätigt.

Andrang bei der R 6

Längst „hoch akzeptiert“ ist die R 6. „Sowohl für uns als auch für die Kommunen ist es nicht ganz einfach, den Andrang in den Klassen 5 und 6 zu bewältigen“, betonte die Kultusministerin. Gerade der Übergang nach der 5. Klasse sei relativ stark geblieben. Festzustellen sei, dass nicht geeignete Schüler immer noch übertreten und auch häufig wieder zurückkommen. Ihr Haus werde sich dieses Problems annehmen. Eine erste Verschärfung werde hier zum nächsten Schuljahr eintreten.

„Beratungsresistenz“

Auffallend an dieser Entwicklung sei, „dass die Grundschullehrer aufgrund massiven elterlichen Drucks, hervorgerufen durch eine offenkundige „Beratungsresistenz“ in den Noten nachgeben, weshalb wir uns das Übertrittsverfahren noch einmal genau ansehen werden.“ Ergebnis dieses Prozesses: „Die M-Züge wachsen an, ebenso die Realschulen und Gymnasien.“ Letztere seien in den unteren Jahrgangsstufen sehr stark frequentiert, nach oben normalisiere sich das Ganze. Auch FOS und BOS stiegen an, „und wir wissen bald nicht mehr, wo wir die Lehrer noch herbringen sollen, damit diese flächendeckend agieren können“, bemerkte Monika Hohlmeier.

Pädagogisches Profil

Beim Thema Teilhauptschulen wiederum dreht es sich nach ihren Worten „nicht um einen bloßen Auflösungsbeschluss“. Der Ursprungsgedanke sei, „dass Schüler der Teilhauptschulen 1 in keinsten Weise eingegliedert sind in das, was pädagogisch die Hauptschülererschaft ausmacht“. Gedanklich und schwerpunktmäßig seien sie in einer Grundschule, „was völlig normal ist“. Der Großteil gehe aber nun einmal in die Hauptschule. Weil zudem die Demographie im ländlichen Bereich Probleme bereite, sei es notwendig, ein Regionalkonzept zu erstellen. Den Hauptschulen müsse die Gelegenheit gegeben werden, „ein pädagogisches Profil zu entwickeln und nicht nur darum zu ringen, wo ich meinen letzten Schüler herbringe“.

Normale Hauptschüler nicht vergessen

Es mache keinen Sinn, nur auf

Infrastruktur der ...

(Fortsetzung von Seite 1) ten-Splitting hin zu einem Familien-Splitting.

2. Ein flächendeckendes Netz von Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder und Schüler, angefangen von Krippen und Horten bis hin zu bürgerschaftlichen Betreuungsformen wie Leihopas und Leihomas.

3. Den Ausbau moderner, die Selbständigkeit unterstützender Wohnformen für Senioren (z.B. betreutes Wohnen).

4. Verstärkte Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder ausländischer Mitbürger: Diese werden in Zukunft erhebliche Beiträge für die sozialen Systeme zu leisten haben. Dies ist nur möglich, wenn sie über gute Sprachkenntnisse und eine qualifizierte Ausbildung verfügen.

5. Sicherung von Versorgungseinrichtungen auch auf dem Land (z.B. Post-Agenturen, Dorfläden,

die Klassen 5 und 6 zu schielen und nicht auf die restlichen Jahrgangsstufen 7, 8 und 9, betonte die Ministerin. Man dürfe nicht den Fehler begehen, die „normalen Hauptschüler, die Regelklasse der Hauptschule“ zu vergessen. Ihnen müsse die „Kernaufmerksamkeit“ zuteil werden, „weshalb das Kultusministerium ein differenziertes Konzept entwickeln wird, wie wir diesen zentralen Bereich der Schüler noch besser qualifizieren und praxisnäher von der Realschule und den Gymnasien abkoppeln können“.

G 8 solide gestartet

„Insgesamt solide gestartet“ ist nach Ansicht der Ministerin das achtjährige Gymnasium. Allerdings befinde sich noch ein Teil der Lehrer „im stillen Widerstand“. An zwei Drittel der Gymnasien funktioniere das neue G 8 gut. Der neue Lehrplan sei auf der Basis neuester pädagogischer, didaktischer und methodischer Erkenntnisse erstellt worden. Er lege besonderen Wert auf die Vermittlung von Grund- und Basiswissen. Beim Detailwissen dagegen seien weitere Streichungen vorgenommen worden. Lehrer müssten nun selbst ihre Schwerpunkte wählen. Damit werde einer Überforderung der Schüler vorgebeugt, ohne die Qualität der gymnasialen Ausbildung zu gefährden.

Eine Untersuchung aller Zwi-

schenzenergebnisse unterfränkischer Kinder habe inzwischen ergeben, dass auch nicht mehr Kinder durchfallen. „Es gibt nicht mehr Fünfen und Sechsen als vorher“, sagte Frau Hohlmeier. Jedoch seien Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen feststellbar.

Neues Gymnasium

Nunmehr werde versucht, „diejenigen, die mit dem G 8 hervorragend umzugehen wissen und sehr gute Konzepte vorlegen können, zu vernetzen mit denjenigen, die immer noch sehr unsicher sind und sich gegen das G 8 sträuben“. Das G 8 sei in der Tat „ein Stück weit neues Gymnasium“, das ein neues Denken erforderlich mache, so die Ministerin. Sie erwarte, dass entsprechende Diskussionen konstruktiv geführt werden. Im übrigen glaube sie nicht, dass die Initiative Volksbegehren G 9 Aussicht auf Erfolg hat, „denn die Überzeugung, dass das G 8 notwendig ist, ist vorhanden“.

Kinderfreundliche Schülerbeförderung

Durch eine kinderfreundliche Organisation der Schülerbeförderung könnten und würden viele Kommunen ganz entscheidend zum Gelingen des G 8 beitragen, fuhr Frau Hohlmeier fort. Verschiedene Kommunen hätten sich in punkto Schülerbeförderung bereits mächtig ins Zeug

gelegt und die Busfahrpläne in vorbildlicher Weise an den Interessen der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet. Dies solle der Maßstab für ganz Bayern sein. Wo vereinzelt Schülerinnen und Schüler am Nachmittag bis zu zwei Stunden auf den Bus warten müssten, gebe es Verbesserungsbedarf für kindgerechte Fahrpläne. Hohlmeier appellierte in diesem Zusammenhang auch an die einzelnen Landkreise, gemeinsam mit den Schulen für Kinder und Jugendliche die notwendigen Verbesserungen herbeizuführen.

Moderne Infrastruktur im Ganztags schulbereich

Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung 2003 - 2007“ (IZBB) will der Freistaat die Schaffung einer modernen Infrastruktur im Ganztags schulbereich unterstützen und eine Qualitätsverbesserung des Bildungssystems erreichen. Laut Monika Hohlmeier wurde mit den Regierungen abgeprochen, möglichst rasch zu agieren; vorgegeben wurde ein Zeitraum von sechs Wochen. Von 340 gymnasialen Anträgen seien 150 ohne jegliche Beratung eingereicht worden. Verfahren werde nach der Devise, „dass nur das Notwendige anerkannt wird“. Dies bedeutet: „Wenn jemand etwas Wünschenswertes aus dem normalen Rahmenprogramm des FAG haben will, wird dies über das IZBB nicht mehr funktionieren, weil dieses sonst überzeichnet wäre.“

DK

Mehr Freiraum für Ideen ...

(Fortsetzung von Seite 1) werden einen zentralen Ansprechpartner in den Behörden einführen für die Genehmigung aus einer Hand. Ein „Verfahrensmanager“ berät den Antragsteller und begleitet ihn durch das Verfahren.“

Schnelle Genehmigungsverfahren

Entscheidend für schnelle Genehmigungsverfahren sei, dass die Genehmigungsbehörde ihren eigenen Ermessensspielraum voll ausschöpft und möglichst viel selbst entscheidet, meinte Huber. Hierfür stärke die Staatsregierung die Landratsämter. Weitere Fachbehörden sollten nur einbezogen werden, wenn es wirklich dringend nötig ist.

Ziel sei es, so der Staatsminister, Bayern zum Land mit den wenigsten Vorschriften zu machen. Dafür würden ein Drittel der Verwaltungsanweisungen ersatzlos gestrichen. Vom 1. Januar 2003 bis 1. Januar 2005 sei die Zahl der Landesgesetze um fast 10 Prozent zurückgegan-

gen. Dieser Weg werde weiter beschritten. Die Zahl der Landesverordnungen solle rasch von über 1100 auf rund 850 reduziert werden. Dafür sollen Förderprogramme weiter vereinfacht, Zuständigkeitsverordnungen weitgehend zusammengefasst und in Zielgruppenbefragungen und Workshops Empfehlungen zur Deregulierung erarbeitet werden. „Und bei allen Reformen“, so Huber abschließend, „setzen wir in Bayern auf das Gespräch mit den Bürgern, den Unternehmern, den Kommunen, mit Verbänden und Organisationen!“

Verworrene Wege des Bürokratismus

„Verwaltungsreorganisation: Weniger Staat und mehr Freiraum für Bürger und Wirtschaft“ lautete das Vortragsthema von Prof. Dr. Rainer Thome, Lehrstuhl für BWL und Wirtschaftsinformatik, Universität Würzburg. Am Beispiel des Buchbinder Wanninger zeigte Thome auf, welche verworrenen Wege Bürokratismus gehen kann. Bürokratismen, so Thome, müssten abgeschafft werden. Die Eigenständigkeit einer Kommune habe darin zu liegen, „was sie anzubieten hat, wie nett, wie freundlich ihre Mitarbeiter tatsächlich sind“.

Trotz besserer Argumente gegen die Doppik

Als entscheidenden Gesichtspunkt bezeichnete Thome die doppelte Buchführung, gegen deren Einführung sich die öffentliche Verwaltung vehement wehrt. Dieses System werde es den politischen Gremien in Zukunft erschweren, Vorschläge im Parlament durchzusetzen. Ehrlicherweise müsse man aber eingestehen, um dieses Instrument nicht herumzukommen. Benötigt werde eine gleichmaßen gerechte Vorgehensweise gegenüber allen Bürgern.

Wie der Wissenschaftler erläuterte, habe die Staatskanzlei seinem Haus den Auftrag erteilt,

alle Verwaltungsprozesse zu durchforsten. Diese seien zunächst erfasst worden, um anschließend ihre Konsequenzen zu beschreiben. Dieses Prozedere sei in Deutschland einmalig. Aufgrund dieser Studien seien bereits mehrere Entscheidungen getroffen worden.

Subtiles Zusammenspiel

Thome räumte aber ein, dass „natürlich ein subtiles Zusammenspiel zwischen Gesetzen, Vorschriften und der Reorganisation“ besteht. Es sei undenkbar, Vorschriften zu ändern oder Gesetze zu erlassen, ohne entsprechend den Arbeitsablauf zu reorganisieren. Auch könne man nicht Vorschriften weglassen lassen oder Gesetze streichen, „ohne den Betroffenen irgendeine Anleitung an die Hand zu geben, wie sie denn damit verfahren sollen“. Schließlich sei es ein weiter Weg von einer Vorschrift hin zu einem Verfahren und umgekehrt. Grundsätzlich gelte: „Ich kann nicht eine im Ganzen gut funktionierende öffentliche Verwaltung realisieren, wenn ich nur auf Einzelprojekte schiele. Ich muss diese zusammenführen. Ich muss versuchen, einen Gleichklang herzustellen.“ Darum habe man sich beim Projekt „Verwaltung 21“ intensiv bemüht.

Reformprozess

Anschließend bestand die Möglichkeit zur allgemeinen Diskussion, an der auch der KPV-Landesvorsitzende, Landrat Luitpold Braun, der mittelständische Unternehmer Heinrich Wallner sowie Umweltstaatssekretärin Emilia Müller und die Staatssekretäre Jürgen W. Heike (Soziales) und Georg Schmid (Inneres) teilnahmen. Markus Söder kündigte an, die Ergebnisse des Kongresses in den Reformprozess einzubringen und forderte die Bürger auf, auch auf der CSU-Homepage www.csu.de Anregungen zur Streichung überflüssiger Vorschriften zu machen.

DK

Bayerischer Gemeindetag:

Investitionsprogramm für Kommunen

Brandl: Arbeitsplätze schaffen mit Geld für kommunale Investitionen

5,2 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Jedes Jahr gehen durch Insolvenzen von Betrieben weitere Arbeitsplätze verloren. Die kommunalen Investitionen nehmen gleichzeitig kontinuierlich ab. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Die Schmerzgrenze ist überschritten. Jetzt muss richtig angepackt werden! Die Menschen im Lande erwarten, dass noch vor der Bundestagswahl 2006 wirksame Konzepte zur Senkung der Arbeitslosigkeit in Angriff genommen werden. Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte fordern die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung auf: Legt ein Investitionsprogramm für die Kommunen auf, damit wir in unseren Kommunen Arbeitsplätze schaffen können!“

Bekanntlich sind Gemeinden und Städte wichtige Investoren. Etwa zwei Drittel der öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen getätigt. Vor allem in Schulen und Straßen fließen die kommunalen Gelder. Aufgrund der seit Jahren grassierenden Finanznot in den Rathäusern können die meisten Kommunen seit längerem keine Investitionen mehr tätigen. Soll die Arbeitslosenquote in Deutschland spürbar gesenkt werden, so müssen Bund und Freistaat Investitionsprogramme auflegen, um den Kommunen die Gelder zu geben, die sie für Investitionsmaßnahmen brauchen. Die Finanzierung eines Investitionsprogramms des Bundes muss entweder über Umschichtungen innerhalb des Bundeshaushalts, über den Abbau von Subventionen oder über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer umgesetzt werden. Aber auch im Freistaat Bayern ist antizyklisches Verhalten erforderlich. Der Freistaat Bayern hat heute schon einen Spitzenplatz mit der geringsten Staatsverschuldung eingenommen. Brandl: „Jetzt muss die Investitionskraft auf allen Gebieten gestärkt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die Gemeinden und Städte wünschen sich nichts sehnlicher, als längst überfällige Investitionen mit frischem Geld tätigen zu können. Mit Fördermitteln für Investitionen werden zugleich private Mittel freigesetzt, daher muss jetzt gehandelt werden.“

Gemeinsames Positionspapier

Sparkassenverband Bayern und Genossenschaftsverband Bayern fordern Abbau von Wettbewerbsnachteilen

In einem gemeinsamen Positionspapier weisen der Sparkassenverband Bayern und der Genossenschaftsverband Bayern darauf hin, dass die deutschen Banken und Sparkassen durch unterschiedliche Rahmenbedingungen gegenüber ausländischen Konkurrenten massiv benachteiligt sind. Der Wettbewerb über die Grenzen hinweg sei grundsätzlich zu begrüßen. Dabei müssten aber Nachteile aufgrund unterschiedlicher Regulierung vermieden werden.

Besonders deutlich werde die Benachteiligung im Bereich des Kreditgeschäfts. Gegenüber den bayerischen Wettbewerbern sind die österreichischen Banken bei den gesetzlichen und bankaufsichtlichen Anforderungen an die Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Kreditnehmern klar im Vorteil. Um zu gleichen Rahmenbedingungen zu kommen, schlagen die beiden Verbände folgende Änderungen vor:

Mittelstandsfinanzierung

Die Offenlegungsgrenze des § 18 KWG sollte auf 750.000 Euro erhöht werden, mit der Möglichkeit einer weiteren Erhöhung auf 1 Mio. Euro bei der Umsetzung der neuen Eigenkapitalrichtlinie Basel II, die Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsauf-

sicht (BaFin) zu § 18 KWG sollten aufgehoben oder verschlankt werden, die Umsetzung der erweiterten Kontoabfragemöglichkeiten gemäß §§ 24c KWG, 93b AO sollte bis zur Klärung der Verfassungsmäßigkeit durch das Bundesverfassungsgericht aufgeschoben werden, das wettbewerbsrelevante Bankaufsichtsrechts auf EU-Ebene sollte harmonisiert werden, die zu formalistische Aufsichts- und Prüfungspraxis sollte vereinfacht werden.

Sparkassen sowie Volksbanken und Raiffeisenbanken leisten in Bayern einen Großteil der Mittelstandsfinanzierung. Wenn sie dieser wichtigen gesamtwirtschaftlichen Aufgabe weiterhin nachkommen sollen, dürfe es keine systematischen Nachteile durch die Regulierung geben, fordern die beiden Verbände.

Zum Schutz der Regenwälder:

Holzhäuser für Flutopfer

Mit der Lieferung von Fertighäusern und Baumaterial aus Holz soll sich Deutschland am Wiederaufbau der von der Flutkatastrophe betroffenen Gebiete in Südostasien beteiligen und dafür Mittel aus dem Hilfsfonds der Bundesregierung bereit stellen. Dafür hat sich Bayerns Forstminister Josef Miller in einem Schreiben an Bundesagrarministerin Renate Künast ausgesprochen.

Eines der größten Probleme in der Region ist laut Miller die enorme Nachfrage nach Holz als Bau- und Brennstoff. Allein in der Provinz Aceh schätzt der World Wide Fund For Nature (WWF) den Bedarf in den nächsten fünf Jahren auf bis zu acht Millionen Kubikmeter Holz. Ein Einschlag in dieser Größenordnung würde das Aus für die bedrohten Regenwälder Indonesiens bedeuten, heißt es in dem Brief des Ministers. Er unterstützt deshalb die Forderung des

WWF, einen Teil der finanziellen Hilfen in Holzlieferungen umzuwandeln. Mit den Unterkünten und dem Baumaterial könne den notleidenden Menschen rasch, unbürokratisch und ohne Umwege geholfen werden, so Miller. Das benötigte Holz stamme in Deutschland aus nachhaltigen bewirtschafteten Wäldern, die nach internationalen Standards zertifiziert sind. Außerdem verfüge Deutschland über eine leistungsfähige Forst- und Holzwirtschaft.



Das Podium bei der Pressekonferenz des Sparkassenverbands Bayern (v. l.): Pressesprecher Hans Schmid, Geschäftsführender Präsident Dr. Siegfried Naser, sowie die Vizepräsidenten Werner Netzel und Rudolf Faltermeier. Bild: Astrid Schmidhuber

Erfolg für die Region

Sparkasse Schrobenhausen im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung

„Sparkasse bedeutet, den Erfolg in den Dienst der Menschen zu stellen.“ Für den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Schrobenhausen, Thomas Schwarzbauer, ist dies das Erfolgsrezept für ein verantwortungsvolles Banking. Dass er mit dieser Philosophie Recht behalten hat, zeigen die jährlichen Bilanzen. Tatsache ist: Die Sparkasse Schrobenhausen belegt seit Jahren in wichtigen Geschäftsfeldern Spitzenplätze im Vergleich der Bayerischen Sparkassen.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1853 ist eine tiefe Beziehung zur Stadt Schrobenhausen und zum Umland gewachsen. Zehn Geschäftsstellen und die Hauptstelle bedeuten flächendeckende Präsenz für den Kunden. Seit 1992 bekleidet Thomas Schwarzbauer das Amt des Vorstandsvorsitzenden der Stadtsparkasse Schrobenhausen. Seit über 30 Jahren sei er „Sparkassler mit Leib und Seele“, betont der Bankdirektor, der es sich bei seinem Amtsantritt zur Aufgabe gemacht hat, „vor allem für die Sache und nicht von ihr“ zu leben.

Jubiläumstiftung

Ein erster Schritt hierzu war die Gründung der Jubiläumstiftung der Stadtsparkasse Schrobenhausen im Jahre 1993. Die Stiftung, deren Kapital Ende 2003 auf insgesamt 370.000 Euro aufgestockt wurde, unterstützt Aktionen oder Personen im Altlandkreis Schrobenhausen. Der durch regelmäßige Zinserträge steht für die Unterstützung gemeinnütziger Belange zur Verfügung.

Haus der Begegnung

2004 stand die Eröffnung des „Hauses der Begegnung“ im Mittelpunkt. Die Finanzierung stammt zu einem nicht unerheblichen Teil aus dem Fundus der Jubiläumstiftung der Stadtsparkasse Schrobenhausen sowie aus einer bedeutenden Förderung der Bayerischen Sparkassenstiftung. Die Sparkasse selbst übernahm die Kosten für die komplette Ausstattung und trägt künftig die laufenden Kosten des Projekts.

Mit dem stilvoll renovierten Haus verfolgt die Sparkasse mehrere Ziele. So wurden ein moderner Medienraum geschaf-

fen, ausgestattet mit Beamer und Internet-Arbeitsplätzen, zudem ein geräumiger Konferenzraum und einige kleinere Büros sowie eine Versorgungsküche. Bei der Sanierung bekam der historische Bau ein völlig neues Innenleben, eine Ausstattung, die zukunftsweisend ist - die ARGE Silberne Raute koordiniert in ständiger Präsenz Bürgerengagement und Ehrenamtsaktivitäten.

Internet-Arbeitsplätze

Die Internet-Arbeitsplätze sind allen Interessierten, Jugendlichen, Senioren oder Vereinsfunktionären zugänglich, die sich hier den Umgang mit dem Internet und generell mit den Neuen Medien erlernen. Vor allem haben die Initiatoren das kostenlose Projekt SiSSI - „Sicheres Surfen der Schüler im Internet“ im Auge. SiSSI versteht sich als ein praxisorientiertes, interdisziplinäres, wissenschaftliches Forschungsvorhaben mit einer vorgegebenen politischen Botschaft. Schulklassen in Schrobenhausen haben die Gelegenheit, an den ersten Kursen dieser neuen und zukunftsweisenden Form teilzunehmen. Ebenfalls fungiert diese Medienplattform als IT-Drehscheibe für die VHS und den Bürgernetzverein.

Internet-Marktplatz

Mit dem Internet-Marktplatz www.marktplatz-schrobenhausen.de hat die Sparkasse Schrobenhausen ca. 500 kleineren und mittleren Unternehmen einen eigenen Internetauftritt verschafft. Mit Stolz verweist Thomas Schwarzbauer bei dieser Idee auf den Initiator Hans Götz, als Vorstandskollege zuständig für das Firmenkundenkreditgeschäft.

Als Ideenträger und unterstützende Kraft fungiert die Spar-

kasse Schrobenhausen jedoch nicht nur bei gemeinnützigen Belangen, sondern auch bei umweltpolitischen und kulturellen Anliegen. Ein herausragendes Beispiel für moderne Umwelttechnik ist die biologische Pflanzenkläranlage, die für die „Oase Steinerskirchen“ errichtet wurde. Weil die Oase - das kleine Pfarrkirchlein und das überregional bedeutende Besinnungshaus der Herz-Jesu-Missionare - nicht an eine kommunale Kläranlage angeschlossen werden kann, wurde die biologisch arbeitende Kläranlage entwickelt. Das Abwasser sammelt sich in sandgefüllten Becken und wird durch Bakterien, denen Schilfpflanzen Sauerstoff zuführen, wieder gereinigt. Die laufende Betreuung der Einrichtung vollzieht sich in Unterrichtsprojekten der Landwirtschaftsschulen Pfaffenhofen und Eichstätt.

Unterstützung für Umwelt und Kultur

Die Bayerische Sparkassenstiftung und die Sparkasse Schrobenhausen haben zur Errichtung der biologischen Kläranlage einen finanziellen Beitrag in Höhe von 50.000 DM unter Einbindung der Berufsschulen Eichstätt und Pfaffenhofen geleistet. Beide Organisationen förderten auch die Herstellung der Video-Dokumentation über die Pflanzenkläranlage durch die Gruppe Laterna Magica in Pfaffenhofen. Unter dem Titel „Fließt Wasser über sieben Stein“ wird das Projekt erläutert, das Thema Wasser sensibel aufbereitet und im Unterricht überregional eingesetzt. Grenzgänger war Thomas Schwarzbauer auch bei der Umweltbildungsstätte „Haus im Moos“, gelegen in Süddeutschlands größtem Niedermoorbereich. Das exakt sich zwischen dem Wirkungsbereich der Sparkassen Neuburg und Schrobenhausen befindende Projekt wurde mit 100.000 DM unterstützt.

Darüber hinaus wurde zum 100. Ehrenbürgerjahr des Maler-

Jahrespressekonferenz in München:

Bayerische Sparkassen weiter in der Spitzenposition

Zufrieden zeigte sich Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, bei der Vorlage der Geschäftszahlen 2004. So seien Betriebsergebnis und Jahresüberschuss der 80 rechtlich selbstständigen Sparkassen in Bayern weiter angestiegen. Dankbar zeigte sich der Präsident dafür, dass der Freistaat Bayern und die kommunalen Träger sich unverändert und eindeutig zur öffentlichen Kreditwirtschaft bekennen. Auch nach dem 18. Juli 2005 seien die Sparkassen nicht verkäuflich.

Im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern bestünden im Freistaat keinerlei Verkaufsabsichten der kommunalen Eigentümer. Regional verankerte Kreditinstitute, die sich ohne jeglichen Wettbewerbsvorteil gut im Markt bewähren, aber ihre Geschäftspolitik nicht an kurzfristigen und häufig wechselnden Aktionärsinteressen ausrichten, seien unverzichtbar für die weitere positive wirtschaftliche Entwicklung Bayerns. Deshalb wolle die Sparkassenorganisation auch in Zukunft an der öffentlichen Rechtsform, ihrer Unveräußerlichkeit und ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit festhalten.

Weitere Fusionen

Der Fusionsprozess der bayerischen Sparkassen schreitet weiter voran. Vereint haben sich zum 1. 1. 2005 die Sparkassen von Coburg und Lichtenfels, zum 1. 2. verbunden sich Rain am Lech und Neuburg an der Donau, am 1. 4. folgten Rosenheim und Bad Aibling. Für den 1. Juli planen Kulmbach und

Kronach ihre Fusion. In der Oberpfalz gibt es Gespräche zwischen den Instituten von Weiden, Tirschenreuth und den vereinigten Sparkassen von Eschenbach, Neustadt a. d. Waldnaab und Vohenstrauß.

Ertrag ist nicht alles

In 3.000 Geschäftsstellen werden 49.340 Mitarbeiter beschäftigt. Die Bilanzsumme aller bayerischen Sparkassen belief sich auf insgesamt 152,7 Mrd. Euro. Sie verfügen über 115 Mrd. Euro Kundeneinlagen, rund 95 Mrd. Euro Kundenkredite und verwalten über 19 Millionen Konten.

Die bayerischen Sparkassen wollen ihren bisherigen Kurs - bei konstantem Geschäftsmodell nachhaltig finanzwirtschaftliche Dienstleistungen zu vermarkten - fortsetzen, versicherte Naser. Ertrag sei dabei sehr wichtig, aber nicht der alleinige Maßstab des Handelns. Vielmehr stärke man das Rückgrat der ausgewogenen Wirtschaftsstruktur Bayerns mit einer flächendeckenden Versorgung aller Regionen,

durch gelebte soziale und kulturelle Verantwortung und durch aktives Engagement für Existenzgründer, Unternehmensnachfolger, Handwerker und kleine und mittlere Unternehmen. Dies gelte auch für die Zeit nach dem 18. Juli 2005. An diesem Tag treten die geänderten Haftungsgrundlagen innerhalb der öffentlich-rechtlichen Kreditwirtschaft in Kraft.

Ihre Marktstellung konnten die bayerischen Sparkassen nach Nasers Worten weiter ausbauen. Die Gesamtkundeneinlagen blieben stabil bei 114,8 Mrd. Euro; die Spareinlagen wuchsen leicht um 616 Mio. Euro (+1,2%). Damit stellt der Spareinlagenbestand mit einem Anteil von 45% an allen Kundenverbindlichkeiten weiterhin die wichtigste Refinanzierungsquelle dar.

Zunahmen im Wertpapiergeschäft

Im Wertpapiergeschäft stiegen die Umsätze der Sparkassen in Bayern gegenüber dem Vorjahr um 3,5% auf 12,1 Mrd. Euro. Im Kreditgeschäft verzeichnete man eine Abnahme um 0,8% auf 95,2 Mrd. Euro (Vorjahr 96,0 Mrd. Euro). Aufgrund der nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Lage sei die Kreditnachfrage geringer gewesen. Da andere Bankengruppen jedoch ihre Kreditbestände stärker reduziert hätten

(Fortsetzung auf Seite 8)



Sparkassenfachgespräch. Unser Bild zeigt (v. l.): Die BayernLB-Vertreter Götz Rinn und Thomas Neher, Anne-Marie von Hassel, Thomas Schwarzbauer, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Schrobenhausen, und Doris Kirchner. Foto: Lamming

Erfolg für die Region ...

(Fortsetzung von Seite 5)
fürsten Franz von Lenbach 1998 eine eigene Schmuckanleihe geschaffen. Die Sparkasse Schrobenuh hatte das Wertpapier in einem Umfang von fünf Millionen DM aufgelegt. Die Laufzeit endete im Oktober 2004, jenem Jahr, an dem sich Lenbachs 100. Todestag jährte. Der Zinssatz betrug 4,5 Prozent, die Rendite war abhängig vom jeweiligen Tageskurs.

Sonne, Mond und Sternfahrer

Unter den Veranstaltungen, mit denen die Sparkasse sich der Öffentlichkeit präsentiert, ragte zuletzt wieder das Sparkassenforum heraus, das mit dem Vortrag des Physikers und Astronauten Ulrich Walter glänzende Resonanz verzeichnete. Diesen „Blick in den Raum“ will die Sparkasse weiter fördern: Unter dem Motto „Sonne, Mond und Sternfahrer“ bekommen Kinder von Grundschulen und aus dem Vorschulbereich im Einsteinjahr Gelegenheit, unter pädagogischer Führung das Deutsche Museum in München kennen zu lernen.

Den Kindern will man zudem den Zugang zur Astronomie ermöglichen. Bei einem differenzierten Angebot an Workshops soll das naturwissenschaftliche Verständnis gefördert werden (z.B. Bauen einer Sonnenuhr). Ebenso soll durch die Einbeziehung einer künstlerischen Komponente der ganzheitliche Zugang altersgerecht gefördert werden (z.B. Planetensysteme aus Pappmaché). Außerdem sind ein Schattentheater, Führungen in der Abteilung Raumfahrt und Astronomie des Deutschen Museums, eine Abendveranstaltung für Familien in der Sternwarte und eine Vorführung des Märchens „Filine im All“ im Planetarium vorgesehen. Die Veranstaltung soll eine Woche dauern und zu Beginn der Sommerferien 2005 angeboten werden.

Partner der Kommunen

Als starker Partner erweist sich die Sparkasse auch, wenn es um Finanzgeschäfte mit den Kommunen geht. Projektentwicklung, Projektbegleitung und Projektfinanzierung in der anspruchsvollen Verzahnung verschiedenster Träger- und Leistungsformen sind auf diesem

Feld mittlerweile zur Kernkompetenz der Sparkasse geworden. Wichtig ist dabei die Verknüpfung von haushaltsrechtlichen Notwendigkeiten der Kommunen mit den aktuellsten Finanzierungsmöglichkeiten.

Partner BayernLB

Letztlich aber sind für deren optimale Betreuung das Wissen und der Einsatz der gesamten Sparkassenfinanzgruppe ausschlaggebend. In ihrer Funktion als Kommunalbank ist die BayernLB Partner in allen Finanzierungsfragen. Die organisatorische Bündelung im Geschäftsfeld „Sparkassen und Markt Bayern“ unterstreicht die Bedeutung dieser Gruppen für die BayernLB und setzt den öffentlichen Auftrag konsequent um.

Vielschichtig und intensiv ist die geschäftliche Verflechtung der Sparkassen als 50%-iger Träger der BayernLB mit ihrem Spitzeninstitut. Götz Rinn, Leiter des Teams Zielkunden- und Vertriebspartnerbetreuung Bayerische Kommunalkunden im Geschäftsfeld „Sparkassen und Markt Bayern“ der BayernLB untersucht gemeinsam mit den Sparkassen im Kommunalen Kompetenz-Center Tendenzen bzw. Neuheiten auf dem Kommunalmarkt. Ziel ist es, bayernweite Lösungen zu finden, wie Thomas Neher, Leiter des Geschäftsfeldes „Sparkassen und Markt Bayern“ der BayernLB, betont. „Wir sind am Markt sehr gut positioniert“, konstatiert Neher. Eine zentrale Anlaufstelle bei den Sparkassen sowie ein schnelles und kompetentes Auftreten sorgen für Verbindlichkeit vor Ort und seien Garantien für den Erfolg.

Zielgruppenmanagement

Thomas Schwarzbauer zufolge wird Zielgruppenmanagement betrieben, „das darauf abzielt, sich um jedes Projekt, egal ob groß oder klein, zu kümmern“. Dies sei Mittelstandsförderung im besten Sinne. Wichtig sei, immer wieder darauf zu achten, dass von den Sparkassen ein völlig anderer Beitrag in der Wirtschaft und im gesellschaftlichen Leben erwartet werde, als von anderen Kreditinstituten, „was aber per se nicht als Blankoscheck gedeutet werden darf“. Liegt eine kommunale Investi-

tion an, so ist die Ausgangsposition zunächst für alle Kreditinstitute gleich. Es wird eine Ausschreibung durchgeführt und die Sparkasse gibt ihr Angebot ab in der Hoffnung, den Zuschlag zu bekommen.

Kommunale Projekte

Diese Handlungsweise wertet Schwarzbauer als „grundsätzlich richtig, generell aber problematisch“. Schließlich seien Schwierigkeiten in der Kommunalinvestition nicht ausschließlich am Zinssatz der Finanzierung festzumachen. Keiner könne sich den Marktgegebenheiten entziehen. Als „wichtigen Erfolgsfaktor“ sieht Schwarzbauer „dass während der gesamten Projektphase die Autorität der Gremien, sprich z. B. der Stadtrat, um Projektoptimierung bemüht ist - diesbezügliche Veränderungen der Erstplanung bewirken nicht selten deutliche Mehrkosten, die häufig außerhalb der Ausschreibungsdisziplin liegen“. Grundsätzlich gelte: „Immer wieder, wo betriebswirtschaftlich unternehmerisches Projektmanagement und Controlling fehlt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass Plandaten nicht eingehalten werden relativ groß. Und dies gilt grundsätzlich für alle Wirtschaftsbereiche und Unternehmen“ stellte der Vorstandsvorsitzende fest.

Vernetztes Denken und kooperierendes Handeln

Zwingend geboten sei „vernetztes Denken und kooperierendes Handeln“, so Schwarzbauer: „Die Kommune gibt vor, was sie will, sie zeigt ihre Möglichkeiten und Grenzen im pekuniären Bereich auf und dann müssen die jeweiligen Spezialisten ran.“ Einem setzt sich bei den Kommunen bzw. der öffentlichen Hand durch: Sie managen „ihr Unternehmen“ (Gemeinde, Stadt, Landkreis) so „wie jeder Unternehmer seine Firma managen muss“.

Erfolgsfaktor Kommunikation

Kommunalforen sind für Schwarzbauer ein Weg, die Kommunikation zwischen Kommunen und Sparkasse weiter auszubauen. Verantwortungsträger, allen voran Bürgermeister und Kämmerer, werden zu diesen Foren regelmäßig eingeladen. Man gibt aktuelle Einschätzungen und malt Szenarien zu den Kapitalmärkten. Hier werden mögliche Finanz- und Projektmanagementmodelle vorgestellt. Außerdem wird der „Instrumentenkasten des Investierens und Finanzierens, den die Sparkassen vorhalten, den Kommunen exemplarisch dargestellt und neue Entwicklungen werden diskutiert. Zum Beispiel werden interessante Projekte unmittelbar aus ihrem Geschäftsbezirk oder darüber hinaus - von der kommunalpolitischen Intention bis hin zur finanzwirtschaftlichen Finalkomponente vorgestellt und besprochen. Auch sollen sich am Rande kommunalpolitische Spitzenvertreter austauschen können. Ziel ist es, für Projekte Anstöße zu geben und sich über den Dialog gegenseitig zu befruchten.

Zentraler Ansprechpartner

Wichtig ist, dass die Kommunen einen zentralen Ansprechpartner in der Sparkasse haben, erklärt Schwarzbauer. Dieser Ansprechpartner koordiniert die Aktivitäten der Sparkasse und ihrer Verbundpartner in der Region, gibt Anstöße und treibt die Projekte voran. Seit einem hal-



Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel (ganz links) Dr. Rudolf Hanisch, Vorstandsmitglied der BayernLB (ganz rechts) rahmten die Preisträger des Wissenschaftspreises der BayernLB ein.

ben Jahr steht das Kommunalgeschäft in der Geschäftsverteilung der Sparkasse Schrobenuh auf Vorstandsebene in seiner Verantwortung. Er betreut den Bereich „Institutionelle Finanzanlagen und Refinanzierungen“.

Enge Beziehungen zu den Entscheidungsträgern

Das Kommunalgeschäft und die engen Beziehungen zu den Entscheidungsträgern in den Kommunen sind ihm ein besonderes Anliegen und daher Chefsache. Die Zusammenarbeit zwischen Sparkasse und Kommunen muss aus seiner Sicht eine „Win-Win-Situation“ für alle Beteiligten und damit gut für die Region sein.

Privatkundengeschäft

„Die Sparkasse Schrobenuh ist auch im Privatkundengeschäft innovativ und erfolgreich“, so Neher abschließend. Für die Sparkassen sei es heute möglich, ein Depot - perfekt ausgewertet und dargestellt - zu bekommen. Den Impuls hierfür habe auch die Sparkasse Schrobenuh gegeben, mit dem Ergebnis, dass die Sparkassenorganisation die Vorreiterrolle übernommen habe. Thomas Schwarzbauer gibt das Kompliment gerne zurück: „Was letztlich ausschlaggebend ist und hervorragend funktioniert, ist die Kompetenz der gesamten Sparkassenfinanzgruppe. Die Sparkasse Schrobenuh bemüht sich lediglich, die bereits vorhandenen Instrumente für Sparkassenzwecke vernünftig einzusetzen.“ DK

Bayern LB mit neuem Design

Werner Schmidt: Fit für den Wettbewerb ohne Staatshaftung

München. Der Umwandlungsprozess der Bayerischen Landesbank ist nahezu abgeschlossen. Seit Anfang Februar nennt sich das öffentlich-rechtliche Geldinstitut BayernLB. „Bayerische Landesbank“ lautet nur noch die handelsrechtliche Bezeichnung. Der jüngste Marktauftritt startete mit einem neuen Logo und neuem Corporate Design.

„Die blaue Raute im neuen Logo betont gezielt die bayerische Erfolgsmischung aus Tradition und Moderne“, betonte Vorstandsvorsitzender Werner Schmidt vor der Presse in München. „Gleichzeitig macht der in Leserichtung deutende Pfeil das in die Zukunft gerichtete Denken und Handeln der BayernLB sichtbar“. Bayern sei und bleibe im Rahmen des neuen Geschäftsmodells Kernmarkt der BayernLB. Die neue Strategie nach dem Wegfall der Staatshaftung sei klar strukturiert und auf ausgewählte Kundengruppen und spezielle Produktangebote ausgerichtet. Die regionale Fokussierung auf den Kernmarkt Bayern und Deutschland sowie auf ausgewählte internationale Finanzzentren und die Vertiefung der Zusammenarbeit mit den bayerischen Sparkassen seien wesentliche Faktoren der neuen Strategie. Damit habe sich die

BayernLB verlieh Wissenschaftspreis 2005

Hervorragende Arbeiten von Jungakademikern bayerischer Universitäten prämierte die BayernLB in Gegenwart des bayerischen Wissenschaftsministers Dr. Thomas Goppel mit dem Wissenschaftspreis.

Intention des Preises ist es, eine Brücke zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu bauen. Unter dem Motto „Wer Spitzenleistungen fordert, muss sie fördern“ werden seit über zehn Jahren hervorragende Dissertationen und Habilitationen ausgezeichnet, die an bayerischen Universitäten abgeschlossen wurden und sich bankwirtschaftlichen Fragestellungen widmen.

Innovationen aus der Wissenschaft

Die beiden Hauptpreise gingen dieses Jahr an Dr. Marcus Mittendorf, Universität der Bundeswehr München, und an Dr. Martin E. Schwarz, Technische Universität München. Die Hauptpreise waren jeweils mit 5.000,- Euro dotiert. Alle anderen eingereichten Arbeiten erhielten einen Förderpreis, der bei Habilitationen 1.500,- Euro und bei Dissertationen 750,- Euro betrug. „Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist auf Innovationen aus der Wissenschaft angewiesen, um auf Dauer global konkurrenzfähig zu bleiben. Um diesen Prozess zu unterstützen, laden wir die elf bayerischen Universitäten jährlich ein, prämiierungswürdige Arbeiten einzureichen, die von einer unabhängigen Jury beurteilt werden“, erklärte Dr. Rudolf Hanisch,

Vorstandsmitglied der BayernLB, die Zielsetzung des Wissenschaftspreises. Die Bank würdigt mit der Vergabe von zwei Hauptpreisen und 10 Förderpreisen das Engagement der Jungakademiker für die Lösung hochkomplexer, bankwirtschaftlicher Fragestellungen.

Für eine stärkere gesellschaftliche Würdigung wissenschaftlicher Leistungen hat Wissenschaftsminister Thomas Goppel anlässlich der Preisverleihung gewonnen. Der Minister betonte, dass „gemessen an ihrer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mindestens so viel öffentliche Aufmerksamkeit bekommen müssten wie mancher Sportler oder Entertainer.“ Es bestehe eine „gewisse Schiefelage“, wenn der Vereinswechsel eines Zweitliga-Fußballspielers breiten Platz in der Berichterstattung einnehme und über die Gewinnung eines internationalen Spitzenwissenschaftlers lediglich mit einem Dreizeiler berichtet werde.

Gewinn für beide Seiten

Die Wissenschaftspreise der BayernLB lenkten die Aufmerksamkeit auf vielversprechende junge Wissenschaftler und seien so für die öffentliche Anerkennung von Nachwuchswissenschaftlern seit Jahren wegweisend. Neben der öffentlichen Würdigung der Preisträger ermöglichte das Engagement der BayernLB zugleich den engeren Kontakt zwischen Wissenschaftlern und Wirtschaft. „Kein Wirtschaftsunternehmen kann es sich erlauben, die aktuelle Forschung an den Hochschulen aus dem Blick zu verlieren. Umgekehrt profitieren die Hochschulen von der Praxiserfahrung und dem enormen Wissens- und Ideenreichtum der Unternehmen. Enge Zusammenarbeit bringt deshalb fast immer einen Gewinn für beide Seiten“, so Goppel.

denfalls habe einen Zusammenschluss nicht nötig, schliesslich müsse jede Bank ihre Hausaufgaben selbst machen. Jetzt forciert die BayernLB, wie der Vorstandsvorsitzende abschliessend mitteilte, auch ihre Strategie für die Länder Mittel- und Osteuropas (MOE). Die MOE-Länder seien wachstumsstark, sie benötigten aber noch drei bis fünf Jahre für ihren Weg in die Stabilität. Die BayernLB unterstütze die 82 bayerischen Sparkassen und deren Kunden auf den MOE-Märkten mit kompetenter Beratung und einem Netzwerk von Kooperationspartnern vor Ort. E. Scholl

FDP will Sparkassen in Bayern stärken

Klaus Breil kündigt Grundsatzpapier an

München (Ip). Bayerns Liberale wollen sich nachhaltig für eine Stärkung der Sparkassen im Freistaat einsetzen. Damit sollen die Kreditinstitute besser auf Änderungen vorbereitet werden, die im Rahmen der vollzogenen rechtlichen Neuerungen in Zukunft vermehrt zutage treten. Der Wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bayern, Klaus Breil, kündigte ein Grundsatzpapier dazu an.

„Zur Versorgung der Regionen in Bayern mit Bankdienstleistungen, insbesondere auch für den Mittelstand als tragende Säule unserer Wirtschaft, sind die Sparkassen - wie auch die Genossenschaftsbanken - unverzichtbar“, heißt es in einer Presseerklärung der Liberalen. Das Sparkassengesetz müsse hin zur Öffnung der einzelnen Institute für privates Kapital mit allen Rechten und Pflichten weiterentwickelt werden. Nur so könnten die Sparkassen auf die kommenden Herausforderungen der sich wandelnden Wirtschaft hinsichtlich Kapitalausstattung vorbereitet werden, zeigte sich Breil überzeugt. Dazu sei auch die Erweiterung der Kompetenz durch Vertreter weiterer privater Kapitalgeber in den Beschluss- und Aufsichtsgremien hilfreich.

Gesetzliche Änderungen halten die Liberalen dazu für unvermeidlich: „Den Kommunen muss außerdem die volle Verfügungsberechtigung - bis hin zum Verkauf - über ihre jeweilige Sparkasse auch gesetzlich eingeräumt werden. Die FDP-Bayern sieht sich in dieser Forderung mit vielen Kommunalpolitikern über das gesamte Parteienspektrum einig. „Wir müssen die Sparkassen auf die veränderten Rahmenbedingungen nach Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ab Juli dieses Jahres umfassend vorbereiten“, erklärte der Breil.

Erfolgreiches Geschäftsjahr bei Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken:

„Guerilla-Konkurrenz“ aus Österreich

Verbandspräsident Stephan Götzl wirft dem Nachbarland vor allem eine laschere Bankenaufsicht vor, beklagt aber auch hausgemachte Ursachen

Für Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken war 2004 ein erfolgreiches Jahr. In einem schwierigen Umfeld konnten die Genossenschaftsbanken ihre Erträge steigern, das Eigenkapital stärken und die Risikokosten im Griff behalten. Trotzdem ist der seit Jahresbeginn amtierende neue Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB), Stephan Götzl, alles andere als zufrieden. Denn er sieht die Genossenschaftsbanken, „die sich besonders dem Mittelstand verpflichtet fühlen“, durch „Ungleichbehandlung einem unfairen Wettbewerb durch ausländische Banken“ ausgesetzt. Dabei hat er besonders die Konkurrenz aus Österreich im Visier.

Götzl warf in seiner von einem unerwartet starken Medienauftrieb gekennzeichneten ersten Bilanzpressekonferenz der Konkurrenz aus dem Nachbarland „Guerilla-Taktik“ vor: „Die Vertriebler reisen morgens über die Grenze und abends wieder zurück“. Auf diese Weise hätten, so habe eine Umfrage unter den bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken ergeben, die Mitgliedsbanken Firmenkunden an die ausländische Konkurrenz verloren. Außerdem hätten 31 Banken insgesamt 154 Mio. Euro Einlagen über die Grenze abgegeben. Nach der Befragung kommen 82 Prozent der ausländischen Konkurrenten aus Österreich. Nach Götzls Darstellung gibt es ähnliche Probleme in Baden-Württemberg mit Schweizer Banken und in Nordrhein-Westfalen mit niederländischen Instituten. Und in Zukunft sei nicht auszuschließen, dass es zu vergleichbaren Verhältnissen durch Konkurrenten aus Polen oder der Tschechischen Republik kommen werde.

Deutsche Bürokratielichte

Die Ursache für diese Entwicklung sieht Götzl einerseits hausgemacht, nämlich in der Bürokratie und Regulierungsdichte in Deutschland, andererseits in den schwächeren bankenaufsichtlichen Anforderungen sowie in einer besonderen steuerre-

levanten EU-Regelung bei Einlagengeschäften in Österreich. So verlange der Paragraph 18 des deutschen Kreditwesengesetzes (KWG) von einem Kreditkunden die „formalistische Offenlegung“ seiner wirtschaftlichen Verhältnisse bereits von einem Kreditbetrag von 250.000 €



Stephan Götzl.

an. In Österreich liege die Grenze bei 750.000 €. Diese Hürde solle zwar vom 1. April an durch einen Beschluss des Bundesfinanzministeriums, „zu dem Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu wesentlich beigetragen hat“, beseitigt werden. Doch verärgert ist der Verbandspräsident darüber, dass das Bundesamt für Finanzdienstleistungen (BaFin) als Aufsichtsbehörde „in Eigen-

dynamik und Betonung formaler Erfordernisse statt materieller Gesichtspunkte“ durch Rundschreiben und Verlautbarungen, die über das von der Politik Vorgegebene noch hinausgehen, die neue Regelung „teilweise wieder aushebelt“.

So dürfen dank bankenaufsichtlicher Regelung Kredite 10 Prozent des Eigenkapitals nicht übersteigen. Im Verbandsbereich des GVB werden damit neun Banken mit weniger als 2,5 Mio. Euro Eigenkapital schlechter gestellt. Und weitere 92 Banken mit weniger als 7,5 Mio. Euro Eigenkapital können die neue Offenlegungsgrenze auf Grund der Eigenkapital-Restriktionen nicht ausschöpfen. Götzl: „Es geht nicht darum, dass die Banken künftig unkalkulierbare Risiken eingehen. Das ist nicht im Interesse unserer Banken - allerdings genauso wenig wie bankenaufsichtliche Bevormundung und Gesetzesbürokratie durch Betonung formaler Erfordernisse.“ Inzwischen habe das BaFin Gespräche über eine kulantere Regelung „im bisherigen Rahmen“ für die betroffenen Banken zugesagt.

Hohe Kosten und Wegfall des Bankgeheimnisses

Eine weitere Benachteiligung sieht Götzl im Kontenabrufverfahren des Paragraphen 24c KWG, der der Terrorismusbekämpfung und dem Kampf gegen Geldwäsche dient. Während die deutsche Kreditwirtschaft die Kosten dieser Regelung zu 100 % tragen müsse, was im Jahr mehr als 100 Mio. Euro ausmache, gewähre Österreich seinen Banken jedes Jahr einen spürbaren Zuschuss.

Außerdem falle durch die Erweiterung der staatlichen Abfragebefugnisse das Bankgeheimnis in Deutschland nun völlig weg, was die Ungleichbehandlung zwischen deutschen und österreichischen Instituten nur noch steigern. Den Banken im Nachbarland komme auch zugute, dass die EU Österreich übergangsweise eine Quellensteuererhebung (mit 15 Prozent beginnend und über etliche Jahre auf 35 Prozent steigend) statt Ertragsmeldungen ans Finanzamt zugestanden habe. Götzl: „Das alles verzerrt die geschäftliche Konkurrenz. Wir sind nicht gegen Wettbewerb, aber so geht's nicht.“

Expansionsgelüste

Unterdessen hat die Raiffeisen Landesbank Oberösterreich AG (RLB OÖ) angekündigt, dass sie in Bayern weiter expandieren will. Die Linzer Genossenschaftsbank sieht ihr Potenzial vor allem in Bayern, weil hier die Margen besser als in Österreich und noch längst nicht ausgereizt seien. Der Geschäftsradius aus Linz soll von 300 auf 500 km ausgeweitet werden. Die Bank will in den bayerischen Westen vordringen und neben den bisherigen Niederlassungen in München, Nürnberg, Regensburg, Landshut und Passau mit insgesamt 110 Mitarbeitern auch bald in Ulm und Würzburg vertreten sein. Binnen Jahresfrist, so die Angaben der österreichischen Bank, sei die Zahl der bayerischen Kunden um gut 1000 auf 4110 Firmen und 1486 besser betuchte Privatleute gestiegen. Diese Zunahme habe nur die Mundpropaganda

besorgt, denn an Kundenberatern an der Grenze habe es sogar gemangelt.

Die österreichischen Banker bestreiten im übrigen vehement, dass sie wegen der lascheren Bankenaufsicht in Österreich und der EU-Sonderregelung Vorteile hätten. Sie verweisen vielmehr darauf, dass sie eine bessere Relation von Aufwand und Ertrag (Cost-Income-Ratio) als ihre bayerischen Konkurrenten hätten. Dazu Götzl: „Wenn ich Österreicher wäre, würde ich auch so argumentieren.“ Als Reaktion auf die Konkurrenz aus dem Nachbarland haben zwei Genossenschaftsbanken, nämlich die Volksbank Raiffeisenbank Rottal-Inn eG (Bilanzsumme etwa 1 Mrd. Euro) und die kleinere Volksbank Raiffeisenbank im Berchtesgadener Land eG jeweils eine Niederlassung in Österreich gegründet, die im Mai die Geschäfte aufnehmen. Aber mit einer größeren Gründungswelle rechnet Götzl dennoch nicht.

Eine Milliarde Euro Gewinn

Im Berichtsjahr 2004 haben die 364 (Vorjahr: 386) Genossenschaftsbanken in Bayern bei einer addierten Bilanzsumme von 100,6 (99,4) Mrd. Euro ein Betriebsergebnis vor Risikovor-sorge von wieder 1,03 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) erzielt, was einem Gewinn von gut 1 Mrd. Euro entspricht. Der Jahresüberschuss hingegen stieg auf 0,30 (0,23) Prozent, wobei die Zinsspanne mit 2,65 (2,67) Prozent nahezu konstant blieb, die Provisions-spanne aber auf 0,70 (0,66) Prozent zulegte und andererseits der Verwaltungsaufwand auf 2,37 (2,40) Prozent gedrückt werden

konnte. Pro Kunde wurde ein Ertrag von 470 Euro erreicht.

Besonders gut verlief die Vermittlung von Bauspar- und Versicherungsverträgen sowie von Wertpapieren, besonders Fondsanteilen. Zum guten Ergebnis trug auch die Verminderung der Risikoaufwendungen bei. Nach 0,33 Prozent im Jahr zuvor werden es diesmal zwischen 0,25 und 0,30 Prozent sein.

Traditionelle Kundennähe

Für die traditionelle Kundennähe der Volks- und Raiffeisenbanken spricht, dass mit 2,4 Mio. Bürgern über ein Viertel der erwachsenen bayerischen Bevölkerung Mitglied einer Genossenschaftsbank ist. Und mit 7,1 Mio. Bürgern ist weit mehr als die Hälfte der bayerischen Gesamtbevölkerung Kunde einer Genossenschaftsbank.

Ihr haftendes Eigenkapital konnten die Genossenschaftsbanken auf 7,8 (7,5) % der DBS erhöhen - bei einer Benchmark von 5 %! Nach 22 Fusionen in 2004 dürften in diesem Jahr 15 bis 17 weitere folgen, wodurch die Präsenz in der Fläche, die für Genossenschaftsbanken unabdingbar sei, keineswegs vernachlässigt werde. Mit mehr als 3.400 Filialen unterhalten die Volks- und Raiffeisenbanken in Bayern das dichteste Bankennetz entsprechend ihrer Maxime „Konzentration auf regionale Märkte“. Dementsprechend nahm die Zahl der Mitarbeiter mit 35.120 (35.500) kaum ab. Die Azubiquote liegt bei 7,9 Prozent. Dazu Götzl: „Wer bietet mehr?“ Weil das Vertrauen der Kunden nur mit einem umfassenden Service vor Ort zu gewährleisten sei, hält man bei den Volks- und Raiffeisenbanken nichts von ei-

ner Politik des Hire and Fire.

In Bayern unterhalten die Genossenschaftsbanken 3.850 Geldausgabeautomaten und 4.400 Kontoauszugdrucker. Weil es längst nicht mehr kostendeckend sei, soll die Abhebung durch Kunden von Privatbanken, insbesondere von Onlinebanken, an den Geldautomaten der Volks- und Raiffeisenbanken um bis zu 1,50 Euro teurer werden.

Die bilanzwirksamen Einlagen nahmen leicht auf 80,2 (79,0) Mio. Euro zu, die insgesamt betreuten Kundeneinlagen, also einschließlich der Kundeneinlagen im Depot, auf 120,6 (116,5) Mio. Euro. Wegen der schwachen Inlandskonjunktur und der hohen Insolvenzzahlen blieb das Kreditvolumen mit 59,3 (59,5) fast auf dem Stand des Vorjahres. Dabei gab es eine Verschiebung zu langfristigen Ausleihungen. Der Marktanteil im Einlagengeschäft stieg leicht auf 19, der im Kreditgeschäft auf fast 14 Prozent.

Förderkredite

Ein besonderes Engagement zeigten die Genossenschaftsbanken bei der für den Mittelstand wichtigen Vermittlung der Förderkredite der LfA Förderbank Bayern. Nach der Anzahl waren es 53 (47), nach dem Volumen 42 (39) Prozent, womit die Volks- und Raiffeisenbanken auf diesem Gebiet führend sind.

Als einen weiteren bedeutenden Beitrag zur bayerischen Gesamtwirtschaft sehen die Genossenschaftsbanken, dass sie 2004 rund 327 Mio. Euro Steuern auf Ertrag und Einkommen geleistet haben. Dies, so Götzl, sei besonders wichtig für die Städte und Gemeinden in den Regionen. dhg.

Rechts- und Betriebsform der Bezirkskrankenhäuser

In ihrer jüngsten Sitzung im Bezirksklinikum Mainkofen bieten die Mitglieder des Bezirksausschusses unter dem Vorsitz von Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein über die Rechts- und Betriebsform der Bezirkskrankenhäuser. Nach dem Bayerischen Krankenhausgesetz können die Bezirke Krankenhäuser und die damit verbundenen Einrichtungen als Regiebetrieb, Eigenbetrieb, selbstständiges Kommunalunternehmen des öffentlichen Rechts oder in einer Rechtsform des privaten Rechts führen.

Von den sieben bayerischen Bezirken führen Oberbayern, Oberpfalz und Schwaben ihre Krankenhäuser als Eigenbetriebe, Unterfranken als Regiebetriebe, Mittelfranken und Oberfranken seit Beginn des Jahres 2005 als selbstständige Kommunalunternehmen.

Die Bezirkskrankenhäuser in Niederbayern sind seit Jahren als optimierte Regiebetriebe ausgestaltet und arbeiten trotz schwieriger Rahmenbedingungen nach wie vor kostendeckend. Insofern bestünde für den Bezirk Niederbayern kein dringender Handlungsbedarf. Um jedoch die Zukunftsfähigkeit der Bezirkskrankenhäuser langfristig zu sichern, stimmten die Mitglieder der CSU-Bezirkstagsfraktion für eine Umwandlung der Rechts- bzw. Betriebsform. CSU-Fraktionsvorsitzender Dr. Franz Lichtnecker sah in Synergieeffekten und kürzeren Entscheidungswegen die Pluspunkte für diese Änderung. Als zusätzlicher Einsparfaktor könnte sich auch die mögliche Lösung aus dem öffentlichen Tarifwerk bei neu einzustellendem Personal erwei-

sen. Die Analyse der Verwaltung sollte deshalb auf ein Kommunalunternehmen ausgerichtet werden.

Gegen diesen Vorschlag sprachen sich die SPD-Fraktionsvorsitzende Rita Röhrl und Renate Franzel von Bündnis90/Grüne aus; gerade weil bisher keine Defizite zu verzeichnen waren.

Mit einem Abstimmungsergebnis von 6:2 (bei 8 Stimmberechtigten) wurde die Bezirksverwaltung beauftragt, für eine Rechts- und Betriebsformänderung die nötigen Schritte in die Wege zu leiten. Insbesondere ist zu prüfen, ob alle Bezirkskrankenhäuser in einem Unternehmen zusammengefasst werden oder mehrere selbstständige Betriebe zu gründen sind; der Gutshof in Mainkofen ist davon ausgenommen.

Inwieweit das Bezirkskrankenhäuser Straubing als rein forensische Klinik und zentrale Maßregelvollzugsanstalt für ganz Bayern in ein gemeinsames Unternehmen einbezogen werden könnte, bedarf einer Abklärung mit dem Freistaat Bayern. ☞

Unternehmerische Abgabenlast:

Vergleich zwischen Österreich und Bayern

Ergebnisse einer Studie im Rahmen einer Expertentagung in Simbach am Inn

Wenn es um die wirtschaftliche Attraktivität ihrer Länder geht, verstehen Bayern und Österreich keinen Spaß. Das beweisen seit längerem die jeweiligen Firmen-Ansiedlungs-Agenturen, die in der Vergangenheit eine Streitrunde nach der anderen eingeläutet haben. Auf Initiative der Wirtschaftsförderung am Landratsamt Rottal-Inn fand im Bürgerhaus in Simbach am Inn eine Informationsveranstaltung mit rund 100 Teilnehmern, darunter vor allem Unternehmer, Steuerberater und Politiker, statt. Auch von österreichischer Seite meldeten sich Interessierte.

Seit dem 1. Januar 2005 gelten im Nachbarland neue Regelungen für die Unternehmensbesteuerung. So wurde die Körperschaftsteuer von 34 Prozent auf 25 Prozent gesenkt und eine Gruppenbesteuerung eingeführt. Hinzu kommt, dass es in Öster-

reich keine Gewerbesteuer gibt. Dadurch soll der Wirtschaftsstandort Österreich gestärkt und Anreize für ausländische Investoren gegeben werden. Den bayerischen Unternehmen stellt sich daher die Frage, ob der Standort Österreich wirklich attraktiver, die Abgabenlast tatsächlich geringer ist.

Vergleichbare Grundlagen

Letztlich mussten beide Seiten einräumen, dass für eine objektive Beurteilung schlicht und ergreifend die vergleichbaren Grundlagen fehlen. Und so ließ die für „invest-in-bavaria“ arbeitende Wirtschaftsprüfer- und Steuerberatergesellschaft Pape & Partner bei ihrem Vergleich Fakten wie Beiträge zur Berufsgenossenschaft, Lohnfortzahlungsversicherung oder IHK-Umlage ebenso weg wie die nach Meinung der Österreicher großen Unterschiede beider Länder im Gehaltsgefüge.

Arthur Pape verwies auf die Basis seiner Studie und betonte, er habe einen reinen Steuervergleich gemacht - „und da schnei-

det Bayern insgesamt gesehen meist besser ab als Österreich.“ Kleine und mittlere Unternehmen, so die Studie, werden in Österreich stärker mit Steuern und Abgaben belastet als in Deutschland. Die österreichischen Lohnsummenabgaben führen meist zu einer höheren Belastung als die deutsche Gewerbesteuer. Die Lohnsummenabgaben in Österreich fallen unabhängig vom Gewinn an, weil sie ausschließlich an die Bruttolöhne anknüpfen.

Holding-Strukturen

Dieses Ergebnis gilt auch für deutsche Unternehmen, die sich in Österreich engagieren, da die Unternehmensbesteuerung in dem Land erfolgt, in dem die unternehmerische Tätigkeit entfaltet wird. Der Unterschied zwischen den beiden Ländern ergibt sich aus der unterschiedlichen Gewinntransfers über die Grenze diese Grundaussage nicht. Einem allgemein gültigen Belastungsvergleich entziehen sich grenzüberschreitende Holding-Strukturen, da es hier immer auf die konkreten Umstände im Einzelfall ankommt.

Magister Johann Eder von der Firma EMB, der als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater für die österreichische Ansiedlungs-Agentur ABA tätig ist, kam seinerseits zu der Erkenntnis, dass ein „reiner Steuervergleich zwischen den beiden Län-

dern sowieso unsinnig ist“. Wegen der Steuern allein sollte und brauche kein einziges bayerisches Unternehmen seinen Standort nach Österreich verlagern. Eine Niederlassung aufbauen, ja, eine Flucht nein“, riet Eder.

Individuelle Faktoren

Ein Standortvorteil ist mehr als ein Steuervergleich - denn hier spielen zu viele firmenindividuelle Faktoren eine Rolle“, waren sich schließlich beide Seiten einig. Dazu gehörten Qualifikation der Mitarbeiter, spezielle Förderprogramme wie Arbeitszeiten und Innovationskraft genauso. Und hier habe einmal die eine Seite und dann wieder die andere Vorteile. „Wir Österreicher sind sicher besser was schnellere Genehmigungs-Möglichkeiten, flexibleres Arbeitsrecht und Gruppenbesteuerung anbelangt, die Bayern haben die Nase in Sachen Innovationskraft ihrer Firmen vorn - und zusätzlich haben sie den großen deutschen Markt im Rücken“, betonte Johann Eder.

Übermäßige Bürokratie

Dass die Auseinandersetzung darüber, wo die Abgabenlast für Firmen nun kleiner oder größer ist, nur „einen Nebenkriegsschauplatz“ darstellt, betonten Rottal-Inns Landrätin Brunni Mayer sowie Bürgermeister Richard Findl, Simbach am Inn. „Viel mehr als marginale Steuerunterschiede drückt uns in Bayern die übermäßige Bürokratie“, kritisierten beide. Findl verwies auf den in Waltersdorf geplanten Bau eines Fachmarktcenters, an dem die Stadt schon über zwei Jahre „dran“ sei. „Bei uns geht nichts vorwärts und in Braunau kann man kaum so schnell schauen, wie die ihre Projekte verwirklichen“, erklärte der Rathauschef. Das aber führe zum Abfluss von Kaufkraft. **DK**

Bezirk Oberfranken:

Kommunalunternehmen gegründet

Der Bezirkstag von Oberfranken hat eine zukunftsweisende Entscheidung getroffen und die Gründung eines Kommunalunternehmens beschlossen. Das Kommunalunternehmen trägt die Bezeichnung „Kliniken und Heime des Bezirks Oberfranken“ und vereint die Bezirkskliniken in Bayreuth, Kutzenberg, Hochstadt und Rehau und die Heime in Bayreuth und Kutzenberg unter einem Dach. Nach der Satzung steht an der Spitze des Kommunalunternehmens ein neunköpfiger Verwaltungsrat unter Vorsitz des Bezirkstagspräsidenten Dr. Günther Denzler. In den Verwaltungsrat wurden die bisherigen Mitglieder des Gesundheitsausschusses berufen.

Die Geschäftsführung obliegt einem Vorstand, der mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet wurde. Seine Bestellung erfolgt durch das Unternehmen nach dessen Gründung. Das Personal wird unter Wahrung aller Besitzstände übernommen und kann zu den bisherigen tariflichen Bedingungen weiterbeschäftigt werden. Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler bedankte sich in diesem Zusammenhang bei den Personalräten der bisherigen Eigenbetriebe und wies ausdrücklich darauf hin, dass ohne deren Mitarbeit und Engagement die Gründung eines Kommunalunternehmens nicht möglich gewesen wäre.

Zudem beschloss der Bezirks-

Beckstein zu neuen Finanzierungsmodellen:

Prüfung mit großer Nüchternheit

„Bei neuen Finanzierungsweisen und Betriebsformen sollen die Kommunen ohne Scheuklappen, aber mit großer Nüchternheit prüfen, ob diese Modelle Vorteile bieten oder zumindest nicht mit Nachteilen gegenüber konventionellen Wegen behaftet sind. Dabei müssen die Kommunen wirtschaftlich, aber ebenso sozial denken und handeln, denn die Kommune ist dem Gemeinwohl verpflichtet“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich des 2. Bayerischen Kommunalforums „Konzern Kommune - Partnerschaft mit Privaten“ in Nürnberg.

Diese neuen Finanzierungs- und Betriebsmodelle sind auch bekannt unter dem Überbegriff „Public Private Partnership“, kurz „PPP“ - gelegentlich auch „Öffentlich Private Partnerschaft“, „ÖPP“ - genannt.

PPP oder ÖPP gibt es schon seit rund 20 Jahren. Dabei überträgt der öffentliche Auftraggeber einem Privaten zum Beispiel nicht nur einen Bauauftrag, sondern auch weitere Aufgaben wie etwa den baulichen Unterhalt oder den Betrieb eines Gebäudes für mehrere Jahrzehnte. „PPP-Modelle kommen regelmäßig insbesondere in Zeiten knapper Kassen immer wieder ins Gespräch. Sie sind jedoch nicht als Wunder- oder Allheilmittel anzusehen, vielmehr müssen die Kommunen deren Wirtschaftlichkeit in jedem Einzelfall prüfen. Modellanpreisungen unter der Überschrift „Kläranlage zum Nulltarif“, die es auch in Bayern gegeben hat, sollten eher argwöhnisch stimmen“, so Beckstein.

Die Notwendigkeit eines Wirtschaftlichkeitsvergleichs beruht auf dem Gebot der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung. Neue Modelle müssen daher bei gleichem Leistungsumfang und gleicher Leistungsqualität mindestens ebenso wirtschaftlich errichtet und bezogen

auf ihre Lebensdauer betrieben werden können. „Selbstverständlich ist in den Wirtschaftlichkeitsvergleich nicht nur das Ergebnis für die Gemeinde, sondern für den Bürger einzubeziehen. Nach unseren bisherigen Erfahrungen haben sich reine Vorfinanzierungsmodelle in der Regel nicht als kostengünstiger gegenüber herkömmlicher Finanzierung erwiesen. Erst durch Einbeziehung des Betriebs- und Bauunterhalts für eine lange Laufzeit können sich für den Investor wettbewerbserhebliche Vorteile eröffnen“, berichtet Beckstein.

Bereits 1991 hat das Bayerische Innenministerium den Kommunen einen Leitfadensatz zu PPP an die Hand gegeben und diesen vor drei Jahren zusammen mit dem Finanzministerium und dem Umweltministerium aktualisiert. Seit einem Jahr erörtern die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Vertreter der anderen betroffenen Ministerien, der Bayerische Oberste Rechnungshof, der Bayerische Kommunale Prüfungsverband, die kommunalen Spitzenverbände sowie die Kredit- und Bauwirtschaft regelmäßig gemeinsam die Ziele und Meinungen zum Thema Public Private Partnership im Bereich Bauen. **DK**



Landrätin Brunni Mayer.

Bayerische Sparkassen bleiben ...

(Fortsetzung von Seite 5) ten, so Naser, sei der Marktanteil der Sparkassen bei den Kundenkrediten von 18,6 % auf 19,1 % gestiegen.

Die addierte Bilanzsumme der 82 bayerischen Sparkassen ging leicht zurück von 153,0 Mrd. Euro (2003) auf 152,7 Mrd. Euro 2004 (- 0,2 %). Der Zinsüberschuss bei den bayerischen Sparkassen blieb mit 2,4% der DBS gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant. Die zweite Ertragskomponente, der Provisionsüberschuss, zog auf 0,60% der DBS an (Vorjahr 0,56 %). Das Betriebsergebnis vor Bewertung stieg von 1,00 % auf 1,04 % der Durchschnittsbilanzsumme, in

absoluten Beträgen von 1,53 Mrd. Euro auf 1,59 Mrd. Euro (+3,9 %).

Der vorläufige Jahresüberschuss erhöhte sich von 0,22 % auf 0,24% der DBS bzw. auf 370 Mio. Euro. Zufrieden zeigte sich Dr. Naser mit der Entwicklung der Cost-Income-Ratio, die von 66,7 % auf 65,59 % zurück ging. Dies sei für eine flächendeckend tätige Organisation mit ihren zahlreichen stationären Vertriebsstellen eine große Leistung. Immerhin unterhalten die bayerischen Sparkassen 2672 konventionelle Geschäftsstellen (- 127), 272 SB-Geschäftsstellen (+ 30) und 307 Beratungcenter (+ 20) in allen Landesteilen Bayerns.

Beteiligungen positiv

Positiv entwickelten sich nach den Ausführungen Dr. Nasers auch die Beteiligungen der bayerischen Sparkassen. Namentlich erwähnte er die BayernLB und die Versicherungskammer Bayern. Die BayernLB habe die mit Blick auf den anstehenden Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung erforderliche Restrukturierung erfolgreich abgeschlossen und werde gegenüber dem Vorjahr ein deutlich verbessertes Ergebnis präsentieren. Auch die Zusammenarbeit mit den bayerischen Sparkassen konnte weiter intensiviert werden. Zwischenzeitlich haben 76 der 80 bayerischen Sparkassen den Verbundvertrag mit der BayernLB unterzeichnet.

Rating und Basel II

Über die Gründung der „Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH“ berichtete Vizepräsident Rudolf Faltermeier. In den Bereichen Risikoklassifizierung und Adressenrisiko habe die Sparkassen-Finanzgruppe neue Verfahren entwickelt. Damit solle der heimische Mittelstand im

Wettbewerb gestärkt werden, indem man ihm Optionen zur Ratingverbesserung erschließt.

Aus der Gesamtbewertung der deutschen Sparkassen, Landesbanken und der Bausparkassen durch die Rating-Agentur Moody's mit einer Mindestbewertung von A1 leitet Faltermeier den Beweis für den guten Zusammenhalt, die wirtschaftliche Kraft sowie die Marktführerschaft der Sparkassen-Finanzgruppe ab. Nach den Worten des Vizepräsidenten betrachtet Moody's die Sparkassen-Finanzgruppe als einen Verbund, dessen finanzielle Stärke primär auf den Sparkassen ruht. Deren große Stabilität führe zu einer Kapitalstärke, die sich im nationalen und internationalen Vergleich mit den besten Adressen messen könne.

Die neuen Eigenkapitalregeln des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht - kurz: Basel II - treten zwar erst Anfang 2007 in Kraft; trotzdem hätten die Sparkassen bereits jetzt deutlich höhere Anforderungen zu erfüllen als bisher.

Gut für Deutschland

Über die Informationskampagne des Verbandes „Sparkassen. Gut für Deutschland.“ referierte Vizepräsident Werner Netzel. Öffentlich-rechtlich bedeutet: „Für alle da sein“, versicherte er. Diese Philosophie setze man „bis in die Fingerspitzen“ um. Seit Jahren bemühten sich die Sparkassen um alle Kunden, zeigten Flagge vor Ort und erreichten durch ihre flächendeckende Präsenz eine einzigartige Stärke im Markt. Die neueste Kundenzufriedenheitsstudie bestätige diese Positionierung. Die Sparkassen seien die Instanz, die in Bezug auf Service und Leistung die größte Steigerung der Kundenzufriedenheit vorweisen könne. **DK**

Erfolg stabilisieren Wachstum gestalten

Mutige Unternehmerpersönlichkeiten bei ihrer Geschäftsentwicklung zu unterstützen ist Ziel der StartUp-Konferenz, die der Sparkassenverband Bayern inzwischen zum dritten Mal durchführt. Am 2. Juni 2005 werden dazu im CCN Congress-Center Nürnberg über 300 Teilnehmer erwartet.

Hauptanliegen wird es in diesem Jahr sein, Jungunternehmer und Gründer, die ihre StartUp-Phase bereits erfolgreich abgeschlossen haben, auf dem weiteren Wachstumspfad mit einem vielfältigen Angebot nützlicher Informationen zu unterstützen. Entsprechend lautet das diesjährige Motto der Konferenz: „Erfolg stabilisieren - Wachstum gestalten.“ Weitere Informationen und Anmeldung über www.sparkassenverband-bayern.de/startup oder direkt an das Referat Firmenkunden des Sparkassenverbandes Bayern, Tel. 089/2173-1310. **DK**

Gemeinnützige Förderleistungen von 37,3 Mio Euro

Im Jahr 2004 haben die bayerischen Sparkassen für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen insgesamt 37,3 Mio. Euro bereitgestellt. In dieser Summe sind Spenden, Stiftungsausstattungen und sonstige Förderbeiträge zusammengefasst.

Insgesamt gibt es in Bayern 69 Sparkassen-Stiftungen, dazu kommen die überregionale Bayerische Sparkassenstiftung sowie die Sportjugendstiftung der bayerischen Sparkassen. Allein sechs Stiftungen wurden im Jahr 2004 neu geschaffen. Zusammen halten diese Einrichtungen 109 Mio. Euro Stiftungskapital. Die Förderleistungen werden für soziale, kulturelle, breitensportliche und umweltbezogene Vorhaben verwendet. **DK**

Umwandlung der Gesundheitsausschuss entfällt. Gemäß der neuen Hauptsatzung wird es weiterhin einen Ausschuss für Soziales geben, obwohl dieser wegen des neuen Ausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch seine rechtliche Grundlage verloren hat. Die Fraktionen plädierten allerdings für den Erhalt des Ausschusses im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Sozialverbänden.

Zukunftskommission für Soziales in Oberfranken

Ins Leben gerufen wurde überdies eine „Zukunftskommission für Soziales in Oberfranken“. Diese Kommission hat die Aufgabe, grundsätzliche und allgemeine Angelegenheiten des Sozialwesens zu beraten und Visionen hinsichtlich Fragen der Qualitätssicherung und Entbürokratisierung zu entwickeln. Der Sozialausschuss zeigte sich erfreut über Einsparungen bei der Sozialhilfe, die nicht zuletzt aus den entsprechenden Beschlüssen des Bezirks zu Jahresbeginn 2004 resultieren. Dennoch wird für 2004 bei den Sozialhilfeausgaben ein Fehlbetrag in Höhe von 7 Mio. Euro erwartet.

Für den Haushalt 2005 wurden bei der Hilfe zur Pflege die Ausgaben um 3,9 Mio. Euro angehoben. Für die Eingliederungshilfe wurde eine Ausgabensteigerung von 3,8 Mio. Euro eingeplant. Der Kämmerer des Bezirks erläuterte in diesem Zusammenhang die Auswirkungen auf den Bezirkshaushalt 2005. Bei den Sozialhilfeausgaben wird im Jahr 2005 im Vergleich zum Jahr 2004 insgesamt ein Fehlbetrag von 17 Mio. Euro erwartet. **DK**

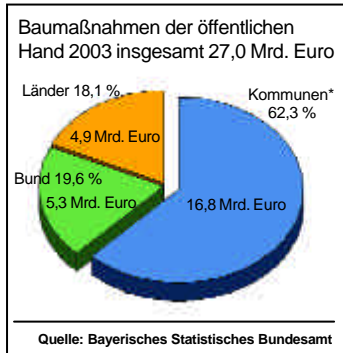
Forderung der Bauindustrie an die Kommunen:

Mehreinnahmen für Investitionen und Bauen verwenden

Von Dr. Josef Wallner, Bayerischer Bauindustrieverband

Die bayerischen Kommunen konnten sich im Jahr 2004 über einen Anstieg ihrer Steuereinnahmen um 12,8 % auf 9.428,3 Millionen Euro freuen. Diese Mehreinnahmen von über 1 Mrd. Euro müssen die Kommunen hauptsächlich für Sanierung, Erhalt und Ausbau ihrer Infrastruktur ausgeben - im Sinne einer nachhaltigen Zukunftsvorsorge.

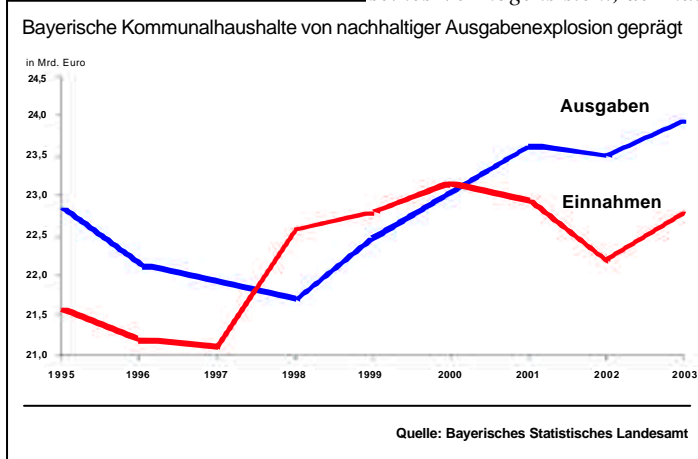
Kommunen sind der bedeutendste öffentliche Bauauftraggeber. Als Gestalter des unmittelbaren Lebensumfelds des Bürgers sind die Kommunen ein bedeutender öffentlicher Bauauftraggeber. Von den Baumaßnahmen der öffentlichen Hand in Deutschland in Höhe von 27 Mrd. € werden 16,8 Mrd. €, das sind 62,3 %, von Städten, Gemeinden und Landkreisen getätigt. Mit einem Anteil von 62,3 % am gesamten öffentlichen Bauvolumen sind die Kommunen der mit Abstand bedeutendste öffentliche Bauauftraggeber.



Die Kommunen sind der größte Auftraggeber der deutschen Bauwirtschaft.

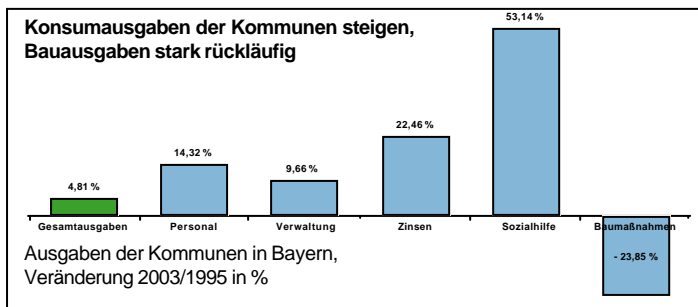
Seit 2000 anhaltend hohes Defizit in den Kommunalhaushalten

Weiter ansteigende Einnahmen trotz rückläufiger Einnahmen haben die kommunalen Haushalte 2001 in das Defizit rutschen lassen. 2002 hat sich das Minus ausgeweitet, 2003 konnte der Fehlbetrag nur leicht vermindert werden. Trotz des hohen Einnahmewachstums haben die Kommunalhaushalte wohl auch 2004 defizitär abgeschlossen (genaue Zahlen liegen noch nicht vor).



Die Kommunen „sparen“ hauptsächlich bei ihren Baumaßnahmen

Als Reaktion auf die Fehlbrüche in ihren Haushalten haben die Kommunen nicht ihre laufenden Ausgaben zu beschränken versucht, sondern sie haben hauptsächlich die Investitionen eingeschränkt. Der Großteil der kommunalen Investitionen besteht aus Baumaßnahmen.



Verkehrsinfrastruktur und den Hochbauten dürfte die Lage ähnlich sein, auch wenn genaue Zahlen nicht vorliegen.

Rückläufige Ausgaben für Abwasserentsorgung - trotz tickender Bombe im Untergrund

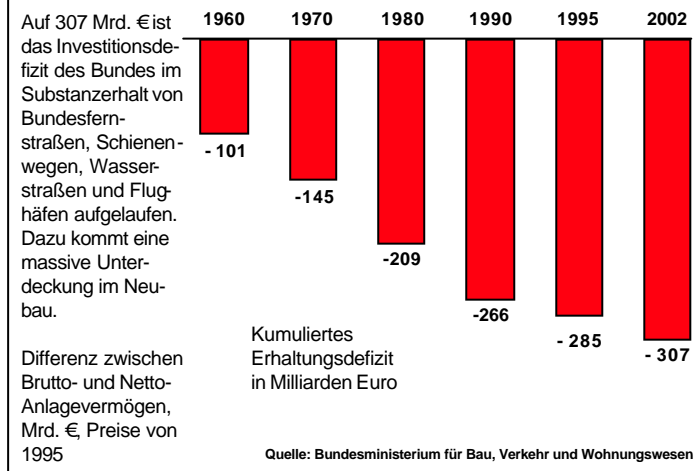
Deutlich rückläufig sind die kommunalen Ausgaben für die Abwasserentsorgung. Innerhalb eines Jahrzehnts haben sie sich beinahe halbiert. Auch hier besteht das Risiko: Ausgaben vermieden - aber nicht gespart. Denn viele Kommunen haben ihre Ausgaben für die Abwasserentsorgung gekürzt, obwohl sie keine verlässlichen Daten über den Zustand ihres Kanalnetzes haben. Dafür sind umfangreiche Untersuchungen notwendig - und sie sind auch gesetzlich vorgeschrieben. So schreibt die Bayerische Eigenüberwachungsverordnung den Kommunen vor, in bestimmten Abständen das Kanalnetz und die zugehörigen Bauwerke auf Bauzustand, Betriebssicherheit und Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Die Ergebnisse der Untersuchung sind zu dokumentieren und 5 Jahre

Wer am Bau „spart“, der zahlt später drauf

Bei den Bauausgaben zu sparen, das kann unter Umständen später teuer werden. Wenn Erhaltungsaufwendungen unterlassen, notwendige Reparaturen und Sanierungsaufwand nicht getätigt werden, so zieht das oft weit höhere Folgekosten in der Zukunft nach sich. Wer an solchen Ausgaben „spart“, der fördert den Substanzverzehr, der verschleudert letztlich Geld des Steuerzahlers.

Hohes Erhaltungsdefizit bei Verkehrsinfrastruktur

Die Kommunen tragen Verantwortung für einen bedeutenden Teil des öffentlichen Vermögens. Dazu zählen kommunale Bauten, Straßen, Brücken, Kanäle und andere Aktiva. Doch aufgrund ihres veralteten Rechnungswesens, der Kameralistik, kennen sie weder den Wert ihres Vermö-

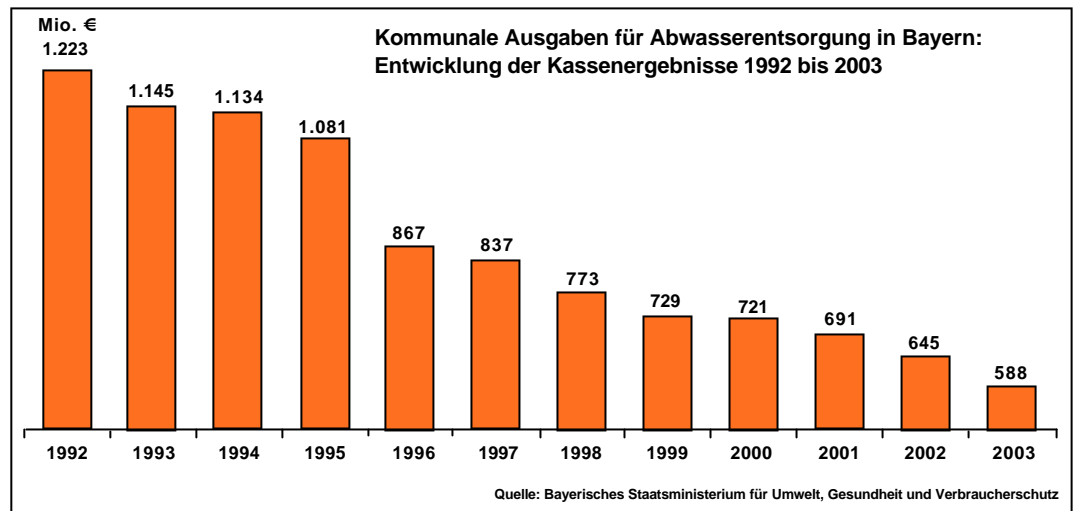


gens noch dessen Wertverfall. Dieses Problem betrifft alle staatlichen Ebenen und die Folgen sind verheerend. Denn wer nicht weiß, wie es um den Wert seines Vermögens steht, der hat

lang aufzubewahren. Doch die Eigenüberwachungsverordnung wird nicht umgesetzt. Nach den Erkenntnissen der auf diesem Markt tätigen Ingenieurbüros und bauausführenden Unternehmen wird die seit 1995 bestehende Eigenüberwachungsverordnung von den Kommunen nur sporadisch und sachlich unzureichend umgesetzt. Die geplante flächendeckende Schadenserfassung bis zum Jahr 2005 ist ebenfalls nicht gewährleistet. Im Gegenteil: Aufgrund der prekären Finanzsituation der Kommunen wurde bereits eine Verlängerung der Fristen bei der Schadenserfassung und -kontrolle sowie eine Aufweichung von Grenzwerten gestattet.

Das ist kein auf Bayern beschränktes Problem. Fachleute halten ein Sechstel des öffentlichen Kanalnetzes in Deutschland für sanierungsbedürftig. Es geht um gewaltige Summen: Deutschlandweit dürften Schadenssummen von rund 75 Milliarden Euro zusammenkommen. Auf Bayern dürften rund 7,5 Mrd. € entfallen. Möglicherweise tickt also bereits vielerorts eine Bombe im Untergrund. Schätzungen zufolge dürften deutschlandweit rund 400 Millionen Kubikmeter aus defekten Abwasserkanälen entweichen - eine Menge, die einen Güterzug füllen würde, der zweieinhalbmal um den Globus reicht.

Lecke Abwasserkanäle sind eine Gefahr für Umwelt und Gesundheit. Wenn ungeklärte Abwässer durch Lecks entweichen, können Trinkwasserreservoirs verunreinigt, Badeseen verschmutzt werden, mit hohen Fol-



gekosten bis zu Gesundheitsgefahren. Die Kommunen, welche die Eigenüberwachungsverordnung noch nicht umgesetzt haben, sind aufgerufen, dies unverzüglich nachzuholen.

Abwasserentsorgung in Eigenverantwortung der Kommunen

Bislang konnten die bayerischen Kommunen bei der Abwasserentsorgung wie der Wasserversorgung auf große Unterstützung des Freistaats bauen. Doch diese Mittel laufen aus - und dies ist so richtig. Nachdem bayernweit nahezu Vollversorgung mit Kanälen erreicht ist, gibt es keinen Grund mehr, dass das Land von Ausnahmen abgesehen - auf diesem Gebiet mit Fördergeldern tätig werden muss.

Wasser und Abwasser auf Gebührenbasis

Die Kommunen sollten daher bei Wasser und Abwasser auf Gebührenfinanzierung umstellen. Bei beiden Kategorien ist genau zuordenbar, wer der Nutzer ist. Wasser und Abwasser können

wie ein normales Gut bepreist werden. Eine Steuerfinanzierung ist jedenfalls nicht mehr nötig.

Privatwirtschaftliche Lösungsansätze

Privatwirtschaftliche Lösungsansätze wie PPP (Public Private Partnership) oder die vollständige Privatisierung sollten nicht hauptsächlich deshalb zum Zuge kommen, weil die öffentliche Hand ihre Mittel anderweitig ausgibt. Für privatwirtschaftliche Lösungen spricht hauptsächlich der Effizienzgedanke: Häufig sind Private deutlich billiger als der Staat. Und diese entspricht dem Subsidiaritätsprinzip, nach dem der Staat und die Kommunen nur das tun sollen, was sie nachweislich besser können.

Weg mit der Kameralistik

Damit die Kommunen besser über den Wert ihrer Infrastruktur (Straßen und Kanäle) sowie ihrer Hochbauten Bescheid wissen, müssen sie baldmöglichst zu einem modernen Rechnungswesen mit Erfassung des Vermögens-

wertes und dessen Entwicklung im Lauf der Zeit übergehen. Die Kameralistik hat als ein über 450 Jahre altes Rechnungswesen ausgedient!

Hilfestellung durch den Bayerischen Bauindustrieverband

Viele Kommunen sehen noch Probleme, ihr Vermögen richtig zu bewerten. Hier ist der Bauindustrieverband zusammen mit der vbw bereit, zu helfen. Im Auftrag der beiden Verbände wird in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium, dem Kommunalen Prüfungsverband, dem Gemeindetag und dem Landkreistag ein Leitfadens zur Erfassung und Bewertung kommunalen Vermögens erstellt. Dieses „Vademecum“ für die kommunale Bilanz, das zur Jahresmitte 2005 veröffentlicht wird, soll den Kommunen Rechts- und Anwendungssicherheit mit detaillierten Beispielen und nachvollziehbarer Handhabung für die Praxis bieten. Dann gibt es für die Kommunen kein Hindernis mehr, die Kameralistik aufzugeben und ein modernes Rechnungswesen einzuführen. ☞

„Mobile Schule hat sich bewährt“

GRAEFF stellt nach Schulbrand Ersatzräume - große Herausforderung mit Bravour gemeistert

In Neckargemünd, einer beschaulichen, 14.000 Einwohner zählenden Gemeinde vor den Toren Heidelbergs, ging der 2. Juni 2003 als ein „schwarzer Tag“ in die über tausendjährige Stadtgeschichte ein. Bei einem durch Schweißarbeiten ausgelösten Großbrand wurde das Schulzentrum, in dem bis dato rund 1250 Gymnasiasten und Realschüler aus Neckargemünd und den umliegenden Odenwaldgemeinden untergebracht waren, bis auf die Grundmauern zerstört. An einen geregelten Lehrbetrieb war von einem Tag auf den anderen nicht mehr zu denken. Nur mit Mühe konnte der Unterricht aufrecht erhalten werden - ganze Klassenverbände wurden provisorisch in Museen, Sporthallen, ja selbst in Seminarräumen nahegelegener Banken umgesiedelt.

Heute, mehr als anderthalb Jahre später, herrscht in Neckargemünd wieder hektisches Alltagsstreben. Mit einem Unterschied: Bei den Klassenräumen handelt es sich um mobile Schulpavillons der Firma GRAEFF. Der Mannheimer Fer-

tigbauspezialist erhielt von der Stadtverwaltung den Auftrag, innerhalb von nur sechs Wochen Ersatzräume bereitzustellen und somit das größte Containerdorf Baden-Württembergs zu errichten. Das Wandern von einem Provisorium zum Näch-

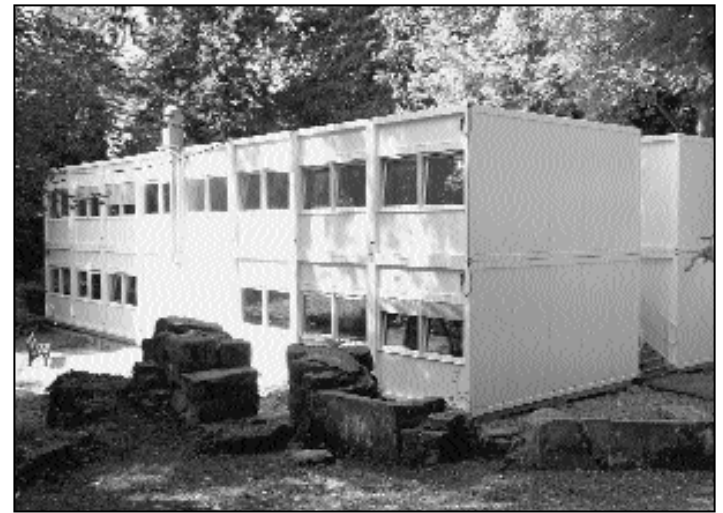
sten sollte für Lehrer und Schüler ein Ende haben, nach den Sommerferien ein geregelter Unterricht möglich sein - und das auf einer Fläche von insgesamt 3900 qm. Eine zunächst völlig harmlos klingende Zahl, hinter der sich jedoch nicht weniger als 45 Klassenzimmer, 14 Fachräume für Informatik, Physik und Chemie sowie ausreichend Platz für Sanitäreinrichtungen verbergen. Dazu wurden bei GRAEFF in Rekordzeit knapp 250 Einzelcontainer gefertigt. Möglich wurde dies durch die enorme Flexibilität der Belegschaft, denn produziert wurde beinahe rund um die Uhr, an sieben Tagen die Woche.

Zeitplan

In den vergangenen Wochen hat sich die Stadt Neckargemünd in Zusammenarbeit mit der Schule intensiv mit der Vergabe der Planung für den Neubau des Schulzentrums beschäftigt. In der letzten Stadtratssitzung wurden die Ergebnisse des Entscheidungsfindungsprozesses der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Der Zeitplan steht bereits: Mit Beginn des Schuljahres 2007/2008 soll die modernste Schule der Region bezugsfertig sein. Dann haben die GRAEFF-Ersatzgebäude ihre Aufgabe erfüllt und werden in den firmeneigenen Container-Mietpark übernommen, wo neue, vielseitige Einsatzmöglichkeiten warten.

Weitere Informationen:
GRAEFF Container & Hallenbau GmbH, Pfingstweidstr. 25-27, 68199 Mannheim, Tel. 0621-8444-4, Internet: www.graeff-gmbh.de



Innerhalb von nur sechs Wochen wurden Ersatzräume bereitgestellt und somit das größte Containerdorf Baden-Württembergs errichtet.

Schwäbisch Hall glänzt in Bayern an der Spitze

Bauspar-Marktanteil wächst auf knapp 35 Prozent
Kooperation mit Genossenschaftsbanken als Erfolgsgarant

In Bayern blieb die Bausparkasse Schwäbisch Hall auch 2004 wieder auf Erfolgskurs. Mit einem eingelösten Bausparvolumen von 6,5 Mrd. EUR wurde der Marktanteil auf 34,8 Prozent ausgebaut. Zum fünften Mal in Folge verteidigte die größte deutsche Bausparkasse ihre Spitzenposition im Freistaat. „Mit diesem Resultat sind wir sehr zufrieden“, betonte Schwäbisch Hall Landesdirektor Reiner Waltersbacher in München.

Beim Absatz von Baufinanzierungen wartet der Branchenführer mit sehr guten Zahlen auf: Gegenüber dem Vorjahr stieg das Volumen um 6,7 Prozent auf 838 Mio. EUR, während der Branchentrend negativ ausfällt. Der Schwäbisch Hall-Landesdirektor sieht den entscheidenden Vorteil in der Zusammenarbeit mit den bayerischen Kreditgenossenschaften. „Wir werden diese vertrauensvolle Partnerschaft auch dieses Jahr weiter intensivieren“, sagte Waltersbacher.

Im Berichtsjahr haben die genossenschaftlichen Banken und Schwäbisch Hall in Bayern fast 210.000 neue Bausparverträge mit einem eingelösten Volumen von 6,5 Mrd. EUR abgeschlossen. Mit diesem Ergebnis war der Branchenführer bis auf zwei Prozent an das Resultat des Ausnahmejahres 2003 herangekommen und hat das „Normaljahr“ 2002 gar um 43,9 Prozent übertroffen. Jeder fünfte Neuvertrag bei Schwäbisch Hall kam aus dem Freistaat. Zum 31.12.2004 betreute das Unternehmen in Bayern 1,4 Mio. Bausparer, die 1,6 Mrd. EUR Sparbeiträge geleistet hatten. Das Vertragsvolumen wuchs im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 Prozent auf mehr als 41 Mrd. EUR.

Baufinanzierungsgeschäft weiter gewachsen

In Zusammenarbeit mit den bayerischen Genossenschaftsbanken gelang es Schwäbisch Hall das Baufinanzierungsgeschäft auszubauen und damit dem Branchentrend zu trotzen. Das Gesamtvolumen wurde gegenüber 2003 um 6,7 Prozent auf 838 Mio. EUR gesteigert. Das davon in die Bücher der örtlichen Genossenschaftsbanken vermittelte Volumen nahm um 70,2 Prozent auf 376 Mio. EUR zu. Früchte trägt auch die Zusammenarbeit mit den genossenschaftlichen Hypothekenbanken DG Hyp und Münchner Hypothekenbank. Über den Schwäbisch Hall-Außendienst wurden Hypothekendarlehen im Umfang von 45 Mio. EUR - 55,9 Prozent mehr als im Jahr zuvor - an die beiden Hypothekenbanken vermittelt.

Neben den Geschäftsfeldern Bausparen und Baufinanzierung hat Schwäbisch Hall auch das weitere Vorsorgegeschäft ausgebaut. Das vom mobilen Schwäbisch Hall-Vertrieb vermittelte Abschlussvolumen von Vorsorgeprodukten für die genossenschaftlichen Banken sowie In-

vestmentfonds und Versicherungen der Verbundpartner Union Investment und R+V stieg gegenüber 2003 um 23,2 Prozent auf 664 Mio. EUR. Großen Anteil hatten die vermittelten Vorsorgeprodukte der genossenschaftlichen Banken. Ihr Volumen stieg um 87,7 Prozent auf 76 Mio. EUR. Auch das an die Union Investment vermittelte Fondsvolumen legte kräftig zu um beinahe 70 Prozent auf knapp 70 Mio. EUR.

Ergänzend zum Bausparen vermittelten die 600 Schwäbisch Hall-Außendienstmitarbeiter in Bayern insgesamt knapp 43.000 Bank-, Baufinanzierungs-, Versicherungs- und Fondsprodukte für die Genossenschaftsbanken und unsere Verbundpartner Union Investment, R+V-Versicherung sowie die genossenschaftlichen Hypothekenbanken. Das sind beinahe 20 Prozent mehr als im Jahr davor.

Altersvorsorge auch aus dem Bestand

Im Altersvorsorgemarkt und speziell beim Wohneigentum sieht Schwäbisch Hall-Landesdirektor Waltersbacher echte Chancen: „Die Menschen haben verinnerlicht, dass zusätzliche private Vorsorge notwendig ist. Und das selbst genutzte Wohneigentum ist für 66 Prozent der Deutschen die ideale Altersvorsorge.“ Nach Prognosen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung wird die Wohneigentumsquote in Bayern von heute 49 Prozent auf über 53 Prozent im Jahr 2015 steigen. Für München, Regensburg und Nürnberg und deren Umland sind die Wachstums- und Bevölkerungsprognosen positiv. Sie lassen in eine zunehmende Nachfrage nach Wohneigentum erwarten. Verstärkt wird diese Entwicklung in den Wachstumsregionen Bayerns durch mittel- und langfristig wirkende Trends wie die zunehmende Zahl der Haushalte oder der steigende Wohnflächenbedarf pro Kopf.

An Bedeutung gewinnen die Finanzierung von Investitionen in bestehende Gebäude. Mehr als 60 Prozent des Bauvolumens entfallen auf den Modernisierungsmarkt. Dieses Potenzial ergibt sich aus der Tatsache, dass vier von fünf Wohnungen in Bayern älter als 20 Jahre sind. Neue staatliche Vorschriften und Richtwerte für den Energieverbrauch, beispielsweise der Energiebedarfsausweise, geben zusätzliche Impulse.

Wohn- und Gewerbebau aktuell:

Wenn Bauland jetzt brach liegt ...

Das Frühjahr steht vor der Tür und die ersten Bautätigkeiten beginnen. Doch nicht jede Kommune hat ihre erschlossenen Bauplätze auch an den Mann bzw. den Bauherrn gebracht.

Die Gründe dafür sind vielfältig - die Folgen aber für alle Schwarz auf Weiß ersichtlich: Jeder brachliegende Quadratmeter erschlossenes Bauland kostet die Gemeinde Tag für Tag bares Geld - gebundene Finanzen, die im Haushalt nicht mehr anderweitig zur Verfügung stehen.

Angesichts der angespannten Situation sehen immer mehr Kommunen akuten Handlungsbedarf. Gerade für kleine und mittlere Gemeinden ist die sinkende Nachfrage nach Bauland oft katastrophal. Aufgrund der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung wird bis zum Jahr 2020 kein neues Bauland benötigt; das bestehende wird wohl nicht einmal mehr aufgebraucht werden. Konkurrenz der Anbieter - ob kommunal oder privat - wird damit immer größer.

Problemstellungen

Vor diesem Hintergrund sind die Fragen an die Verantwortlichen vielfältig: Welche Möglichkeiten der Vermarktung gibt es? Welche Faktoren beeinflussen den Verkauf von Baugebieten - positiv oder negativ? Wo liegen gerade in unserem Bauland die Stärken und Schwächen? Wie kann ich die gebundenen Finanzen schnellstmöglich für den Haushalt aktivieren? Und letztlich: Wie kann ich der Nachbarkommune die berühmte „Nasenlänge“ voraus sein? Starkes Interesse an Fragen rund um das Thema „Bauland erfolgreich verkaufen“ belegt die gut besuchte Workshop-Reihe der kommunal manage-

ment AG, Kulmbach. Der Intensiv-Tagesworkshop des Unternehmens, das in Nordbayern bereits über 100 Kommunen in den Bereichen Software, GIS und Standortmarketing betreut, startet mit einer Bestandsaufnahme. Anhand von Checklisten wird der individuelle Projektstand mittels eines Stärken-Schwächen-Profiles ermittelt: Wo besteht konkreter Handlungsbedarf?

Lohnender Einsatz

Der Einsatz hatte sich gelohnt. Pünktlich zum Ferienende war das neue Schulzentrum bezugsfertig und konnte unter großem Öffentlichkeitsinteresse seiner Nutzung übergeben werden. „Für uns war dies eine echte Herausforderung, schließlich handelte es sich um einen sehr umfangreichen Auftrag, bei dessen Umsetzung viele Details zu berücksichtigen waren“, berichtet Geschäftsführer Heinrich Graeff rückblickend über das Neckargemünder Ersatzschulprojekt. „Unsere große Erfahrung im Schul- und Kindergartenbau kam uns natürlich

6. Allgäuer Altbautage:

Große Resonanz bei Hausbesitzern

Es ist die Vielfalt, die jährlich mehrere tausend Besucher zu den Altbautagen zieht. „Eine so große Auswahl zu so vielen Themenbereichen gibt es sonst nirgendwo“, betonte Besucherin Sabine Ullrich, die aus Marktoberdorf zu den Allgäuer Altbautagen gekommen war. Dieses Lob freute auch den Mitveranstalter, das Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!), der sich mit der Resonanz durchweg zufrieden zeigte.

Die Themen „Lüftungsanlagen“ und „Vorbeugung gegen Schimmel“ waren dieses Jahr besonders gefragt. Sowohl die Aussteller als auch die Vorträge zu diesen Themen waren gut besucht. Ein Dauerbrenner war wie die Jahre zuvor auch die Wärmedämmung. „Mit unseren Schlagwörtern ‚darf's ein bisschen mehr sein‘ erhalten wir schon Aufmerksamkeit“, erklärt eza!-Geschäftsführer Martin Sambale. Die Dämmstoffstärke sei bei einer Sanierung nicht der eigentliche Kostenfaktor, sondern die Arbeitszeit. Und eine dickere Dämmschicht wirke sich doch sehr positiv auf den Heizenergieverbrauch aus, betont Sambale.

Vorzeiganlagen

Aufklärung in Sachen Sanierung wollten auch die über 90 Aussteller betreiben. „Viele Leute wissen gar nicht, was heute technisch alles möglich ist“, bemerkte ein Aussteller. Der Heizungstechniker setzt zudem auf „Vorzeiganlagen“: „Wenn einer in der Straße eine Solaranlage auf dem Dach hat, rüsten die Nachbarn Zug um Zug nach“, so seine Erfahrung.

Nicht die Nachbarn, sondern der Kaminkehrer bewegte Anton Schmölz zu einer neuen Heizung. Sein Modell aus dem Jahre 1973 muss dringend ausgetauscht werden. Der Oberostendorfer wünscht sich eine Entscheidungshilfe für den anstehenden Austausch. Nach einem Gespräch mit dem eza!-Energieberater glaubt er bei den Altbautagen fündig geworden zu sein. Für ihn, die Aussteller

und Veranstalter hat sich das Wochenende auf alle Fälle gelohnt.

Regeln nicht verstanden?

„...oder darf es etwas weniger sein?“ Seltsam, diese Frage wird einem beim Bäcker oder Gemüsehändler kaum gestellt. Wohl aber im Bauhandwerk und bei der Bauwirtschaft, wenn es darum geht, an der Wärmedämmung, der Qualität der Fenster und der Effizienz der Lüftung zu „sparen“. Hat man hier etwa die Regeln eines erfolgreichen Händlers noch nicht verstanden?

Dr. Wolfgang Feist vom Passivhausinstitut brachte die Situation in der Baubranche bei der Eröffnung der Altbautage auf den Punkt. Er zeigte auf, dass ein Mehr an Wärmedämmung, eine bessere Qualität bei Fenster und Lüftungsanlage letztlich oft entscheidend für den Komfort oder die Vermeidung von Bauschäden sein kann.

Energiepass

Martin Sambale verwies bei der Eröffnung auf den Energiepass. Nach einer EU-Richtlinie muss dieser bis Anfang 2006 in Deutschland für Gebäude eingeführt werden. Dieser Energiepass, der einfach und nachvollziehbar, ähnlich wie die Klassenbezeichnung bei Kühlgeräten, den energetischen Standard eines Gebäudes auch für Laien offensichtlich macht, wird dann Pflicht sein, wenn eine Wohnung oder ein Haus verkauft oder neu vermietet wird. DK

Pfarrhof Mickhausen:

Raumkonzept für Umbau und Sanierung steht

Pfarrbüro, Pfarrwohnung und Gästeappartement sind geplant
Rund 500.000 Euro Gesamtkosten erwartet - Baubeginn weiter offen

Mickhausen (wkl). Nicht nur die politische Gemeinde, auch die kirchlichen Gremien ziehen in Mickhausen einmal im Jahr beim Pfarrfamilienabend - Bilanz. Im Mittelpunkt des Rechenschaftsberichtes von Kirchenpflegerin Beate Berger stand dabei ein weiteres Mal der Umbau und die Sanierung des denkmalgeschützten Pfarrhofes. Vom Augsburger Diözesanbauamt sei mittlerweile der im benachbarten Grimoldsried ansässige Architekt Roland Rieger mit der Planung der Baumaßnahme beauftragt worden. Gemeinsam mit Pfarrer Stefan Gast und der örtlichen Kirchenverwaltung sei ein detailliertes Raumprogramm erarbeitet worden, das jetzt als Grundlage für alle weiteren Planungen und für die Kostenermittlung dient.

Aus Gründen einer langfristigen und zeitgemäßen Nutzbarkeit des aus dem 16. Jahrhundert stammenden Gebäudes, so Beate Berger, müsse eine räumliche Trennung der Funktionen Pfarrbüro, Pfarrwohnung und Archiv/Gästeappartement angestrebt werden. Im Detail ist vorgesehen, das Pfarrbüro im Erdgeschoss um einen zusätzlichen Büroraum sowie um einen Kopier- und Technikraum zu erweitern.

Den gestiegenen Platzbedarf begründete die Kirchenpflegerin mit der seit Herbst vergangenen Jahres um die Pfarrei Langeneufnach erweiterten Pfarreiengemeinschaft Stauden. Die Pfarrwohnung soll künftig komplett im Obergeschoss zu-

sammen gefasst werden. Derzeit befinden sich Küche und Bad noch im Erdgeschoss, während nur die Wohn- und Schlafräume im Obergeschoss angesiedelt sind. „Dieser Zustand ist in der heutigen Zeit nicht mehr zumutbar“, so Beate Berger. Im Dachgeschoss, wo schon bisher das Pfarrarchiv untergebracht war, soll zusätzlich ein kleines Appartement eingebaut werden.

Mehr Raumhöhe

Für eine optimale Anbindung und Erschließung der oberen Stockwerke ist es erforderlich, den bestehenden Treppenhauseinbau abzutragen und durch ein neues Treppenhaus zu ersetzen. Erhalten bleibt das Kellergeschoss. Allerdings soll der Boden hier etwas abgesenkt werden, um mehr Raumhöhe zu gewinnen.

Auf der Grundlage dieser Vorentwurfsplanung wurden

Vorentwurfsplanung

Gästen der Pfarrei, einer Haushaltshilfe oder einer Gemeindefreierin kann hier Unterkunft auf Zeit geboten werden. Auf Geheiß des Landesamtes für Denkmalpflege muss ge-

mittlerweile ein Maßnahmenkatalog und eine grobe Kostenschätzung erstellt. Darin aufgeführt sind alle Maßnahmen, die zur vollständigen und umfassenden Sanierung und Instandsetzung in bau- und installationstechnischer sowie in denkmalpflegerischer Hinsicht erforderlich sind.

Die geschätzten Kosten für das gesamte Projekt beziffert der Architekt auf rund 500.000 Euro. Allerdings berge diese Zahl noch gewisse Unsicherheiten, da einige Bereiche, wie beispielsweise die Geschossdecken, die Bodenaufbauten und die Fundamentierung, noch nicht eingehend untersucht und bewertet werden konnten. Eine definitive Finanzierungszusage der Bischöflichen Finanzkammer stehe deshalb noch aus.

Erst nach deren Vorliegen, so die Kirchenpflegerin, könne die Pfarrei St. Wolfgang einen außerordentlichen Haushalts- und Finanzierungsplan aufstellen. Dann werde es sich zeigen, welcher Anteil an den Gesamtkosten von der Staudenpfarre selber für den Umbau und die Sanierung ihres Pfarrhofes aufgebracht werden muss. Beate Berger jedenfalls appellierte schon jetzt an die Spenden- und Hilfsbereitschaft der Gläubigen und der gesamten Bürgerschaft: „Wir wollen doch, dass sich unser Pfarrer Stefan Gast bei uns wohl fühlt und noch lange in unserer Pfarrei bleibt!“

Beckstein zur städtebaulichen Sanierung:

„EU und Bayern investieren 2005 gemeinsam 25,5 Millionen Euro“

Der Freistaat Bayern erhält in diesem Jahr 17 Millionen EU-Finanzhilfen im Rahmen der Städtebauförderung. Zusammen mit den ergänzenden Landesmitteln der Städtebauförderung in Höhe von 8,5 Millionen Euro stehen damit in Bayern insgesamt 25,5 Millionen Euro für die städtebauliche Sanierung im Rahmen des EU-Programms Ziel-2 zur Verfügung. „Damit können zusammen mit den Anteilen der im Programm aufgenommenen 23 Kommunen in diesem Jahr in Bayern städtebauliche Investitionen in Höhe von 34 Millionen Euro unmittelbar finanziert werden,“ freut sich Innenminister Dr. Günther Beckstein.

Die Mittel der EU kommen Städten und Gemeinden in den sogenannten Ziel-2-Gebieten Bayerns (Grenzregionen zur Tschechischen Republik sowie städtische Problemgebiete) zu Gute. Das alphabetische Verzeichnis der geförderten Kommunen und Weiteres zur Städtebauförderung ist unter <http://www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung/> abrufbar.

Für Beckstein ist das bayerische Ziel-2-Programm in der Kombination mit der Städtebauförderung eine hervorragende Ergänzung und Erweiterung der Städtebauförderungsprogramme: „Es trägt in den Grenzregionen zur Tschechischen Republik und in den städtischen Problemgebieten wesentlich dazu bei, die regionalen Ungleichgewichte auszugleichen und die Entwicklung der betroffenen Regionen voranzutreiben“.

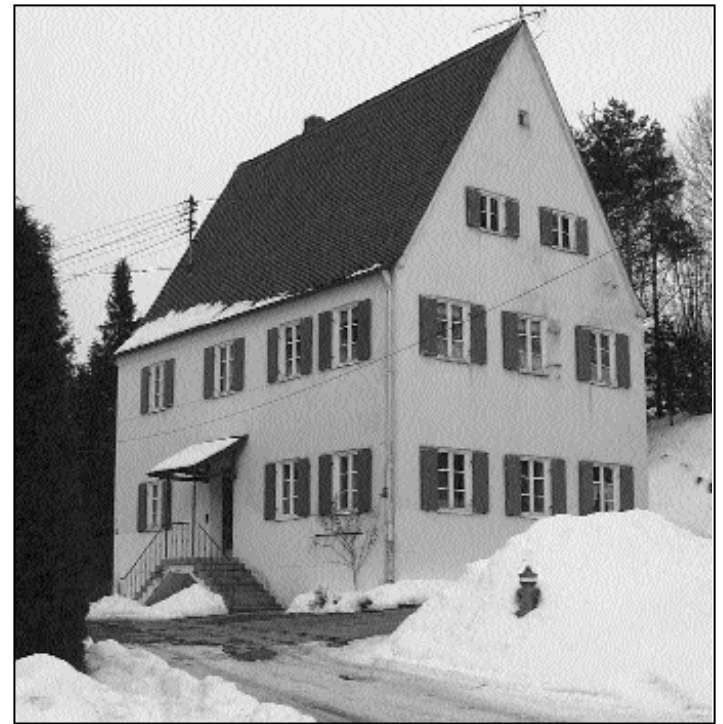
Kommunen profitieren

Trotz des Konsolidierungskurses der Staatsregierung steht für die Kommunen ergänzend zu den EU-Finanzhilfen auch 2005 wiederum ein stattlicher Betrag aus Mitteln des Freistaats bereit. Insbesondere in der Grenzregion zu Tschechien und in Hochfranken können Kommunen in besonderen Einzelfällen, die eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung der Region haben, durch eine erhöhte Landesbeteiligung eine Förderung bis zu 80 Prozent erhalten.

„Eine Voraussetzung für die Bewältigung des Strukturwandels sind leistungsstarke und im überregionalen Standortvergleich konkurrenzfähige Zentren in den Verdichtungs-

und im ländlichen Raum. Hierzu ist die Förderung ein wichtiger Baustein, Ziele der Stadtentwicklung umzusetzen und den Abwärtstrend in den städtischen Problemgebieten aufzuhalten“, so Beckstein.

Einen Schwerpunkt bildet dabei die Wiederbelebung von Brachflächen. In den Zentren des ländlichen Raums sind brach gefallene Flächen von Militär, Industrie, Gewerbe, Bahn und Post wesentliche Reserveflächen für eine positive städtebauliche Entwicklung, die mit Hilfe einer umfassenden Erneuerung reaktiviert und einer neuen Nutzung zugeführt werden können.



Beim Pfarrfamilienabend wurde das Raumkonzept für Umbau und Sanierung des denkmalgeschützten Mickhausener Pfarrhofes vorgestellt.
Bild: Walter Kleber

Stadtgestalt prägt auch Stadtgesellschaft

„Die Stadtgestalt prägt auch die Stadtgesellschaft. Alle Programme der Städtebauförderung vom Stadtbau bis zur klassischen Stadterneuerung zielen daher insbesondere darauf ab, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Besonders deutlich wird das im Programm 'Soziale Stadt'“ so Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Tagung „Stadtgestalt - ihre soziale Dimension“ der evangelischen Akademie in Tutzing.

Das Programm „Soziale Stadt“ unterstützt aktuell 41 Städte, Märkte und Gemeinden in Bayern mit insgesamt 50 Programmgebieten. Die einzelnen Kommunen wie auch die Programmgebiete sind unter <http://www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung/programme/> im Internet abrufbar.

„Soziale Stadt“ vor Ort

Ziel der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ von Bund, Land und Kommunen ist, die Lebenssituation in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf aufzuwerten und die Chancen der Bewohnerinnen und Bewohner in der Gesellschaft zu steigern. Dazu gehört, dass sich die Wohnungssituation verbessert, die örtliche Nahversorgung ausgebaut wird und die Stadtteile und der öffentliche Raum sicher, gut nutzbar und lebendig gestaltet sind. Parallel hierzu werden Qualifizierung und Bildung gestärkt, soziale Netze und Infrastrukturen aufgebaut und gefestigt, so dass sich zugewanderte und wenig privilegierte Menschen besser in die Stadtgesellschaft integrieren können. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeiten Politik und

Verwaltung, Träger und Institutionen, Wohnungsunternehmen, Schulen, soziale Einrichtungen und Vereine, Kirchen, Architekten und Städtebauer und vor allem Bewohnerinnen und Bewohner zusammen. „Wir erleben das in Bayern auf einer sehr breiten Basis, denn: „Soziale Stadt“ wird vor Ort gemacht. Auf diese Weise werden auch Abwägungsprozesse für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und Entscheidungen auf eine breite Basis gestellt“, betonte Beckstein.

Transrapid-Baubeginn für 2006 erwartet

München (AP) - Der Bau der Münchner Transrapid-Strecke rückt näher. „Wenn das Verfahren normal läuft, kann im nächsten Jahr das Baurecht für die gesamte Strecke erteilt werden“, sagte der bayerische Verkehrsminister Otto Wiesheu in München. Die Deutsche Bahn habe die Unterlagen für die ersten zwei Bauabschnitte eingereicht, die restlichen drei sollten bis zum Frühjahr folgen. Er warte, „dass der Transrapid im Jahr 2010 zwischen Flughafen und Hauptbahnhof fährt“.



Kreisheimatpfleger Professor Dr. Walter Pötzl (vorne rechts) und Vize-Landrat Fritz Hölzl (hinten links) zeichnen elf Anwesen im schwäbischen Baustil aus dem Landkreis Augsburg aus. Die „Bauherren und -frauen“ erhielten Urkunden und eine Anerkennungsprämie von 500 Euro.

Landratsamt Augsburg:

Bewunderung schwäbischer Baukunst

Im Mittelpunkt einer Foto-Ausstellung im Landratsamt Augsburg standen die prämierten Objekte des Jahres 2004, die in jeweils mehreren Aufnahmen vorgestellt wurden. Überdies war von den vorhergegangenen Prämierungen eine Auswahl zu sehen, so dass in dieser Ausstellung etliche Beispiele schwäbischen Bauens vorgeführt wurden.

Darunter befanden sich unter anderem zwei ehemalige Pfarrhöfe und drei Mühlen vornehmlich junger Bauherren. Umrahmt wurden die Bilder deshalb von einer kleinen thematischen Ausstellung zum Thema „Mühlen“.

Kreistagsbeschluss

Schon Mitte der 80er Jahre beschloss der Kulturausschuss des Kreistages auf Anregung des Kreisheimatpflegers Prof. Dr. Walter Pötzl, in einem alljährlich stattfindenden Wettbewerb alte typisch schwäbische Häuser, die gepflegt oder renoviert sind, und neue Anwesen, die unter Beachtung schwäbischer Stilelemente erst in den letzten Jahren gebaut wurden, auszuzeichnen und in einer Foto-Ausstellung der Öffentlich-

keit vorzustellen. Im Jahr 2004 konnten elf Prämien zu je 500 Euro vergeben werden.

Der Kulturausschuss des Kreistages will mit diesem Wettbewerb einen Beitrag zur privaten Denkmalpflege und zur Förderung schwäbischen Stilbewusstseins leisten. Ziel ist es, schwäbisches Bauen auch im Landkreis Augsburg wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

Vize-Landrat Fritz Hölzl, der die Ehrung zusammen mit dem Kreisheimatpfleger vornahm, dazu: „Kulturelles Erbe gilt es zu bewahren - das ist ein Auftrag. Jedes Haus vermittelt ein Stück Heimat und Geborgenheit. Moderne Einheitsbauten gibt es genug. Diese schwäbische Baukunst hat auch einen positiven Einfluss auf die Ortsbilder.“

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung:

Auf dem Prüfstand

Erstellung oder Bewertung von Ver- und Entsorgungskonzepten

Häufig wurden im Zuge der Gebietsreform Gemeinden zu größeren Verwaltungseinheiten vereinigt. Vielfach wurde dabei auch die Wasserversorgung zu einem Versorgungsbereich zusammengefügt. Dennoch sind noch Jahre danach die Strukturen einzelner Orts-Wasserversorgungen mit ihren Gewinnungsgebieten, Hochbehältern und Netzen isoliert vorhanden, ohne zu einem gut funktionierenden Versorgungssystem zusammengefasst worden zu sein. Oft fehlen sinnvolle Netzverbindungen oder wichtige Betriebspunkte. Zum Beispiel können wegen nicht vorhandener Absperrvorrichtungen nur sehr schwer Netzuntersuchungen zur Leckortung durchgeführt werden, obwohl sehr häufig hohe Verluste im Netz zu beklagen sind. Auch erschweren fehlende Vorsorgeeinrichtungen häufig ein schnelles Handeln im Falle von notwendig werdenden Desinfektionsmaßnahmen bei Verunreinigungen im Netz.

Ebenso ergibt sich aus der Sicht der Abwasserentsorgung die Notwendigkeit einer geordneten Sammlung und Behandlung der Abwässer mit dem Ziel eines optimalen Gewässerschutzes oder die Erneuerung von Anlagen, die inzwischen in die Jahre gekommen sind. Noch immer werden Entscheidungen mangels verfügbarer Investitionsmittel in die Zukunft verschoben. Damit entfernt man sich natürlich immer mehr von einer Problemlösung, zumal davon auszugehen ist, dass mit einer Zuweisung von Zuschüssen aus den öffentlichen Haushalten kaum noch zu rechnen ist.

Im Zuge von Erneuerungsmaßnahmen ist es sinnvoll, vorhandene gewachsene Strukturen zu überdenken und Maßnahmen so zu gestalten, dass sie sowohl in technischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht den gestiegenen Anforderungen an eine moderne Wasserversorgung, wie sie die Trinkwasser-Verordnung verlangt, oder den Anforderungen an eine zeitgemäße Abwasserentsorgung entsprechen.

Beispielsweise untersucht aquaKomm derzeit das Konzept eines Wasserversorgungs- und Abwasserzweckverbandes mit einem Versorgungsraum von 50.000 Einwohnern mit dem Schwerpunkt auf technisch und betrieblich relevante Fragestellungen. Anlass zu dieser Aufgabe gaben massive Meinungsunterschiede zwischen den Verantwortlichen des Zweckverbandes und den versorgten Bürgern hinsichtlich der Notwendigkeit der zu tätigen Investitionen und damit verbundenen Lasten aus Gebührenerhöhungen oder Beitragserhebungen.

Meinungsunterschiede

Aus diesem Erfahrungspotential heraus werden auch Vorschläge zur kooperativen Zusammenarbeit mit anderen Nachbargemeinden oder Versorgungsunternehmen entwickelt, um damit die kommunale Wasserwirtschaft gegenüber den Herausforderungen aus der europäischen wasserpolitischen Entwicklung zu stärken.

Ablauf der Untersuchung

Einer Erfassung des gegenwärtigen Standes der Ver- und Entsorgungseinrichtungen unter Berücksichtigung bereits getätigter Investitionen und den geplanten Maßnahmen der nächsten zwanzig Jahre folgt die Darstellung faktischer, rechtlicher und örtlicher Gegebenheiten. Die Hauptzielsetzung, unter Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen, ist die Ermittlung von Einsparpotentialen.

Das Ergebnis der Untersuchung macht den Verantwortlichen in den Kommunen, den Bürgervertretern und der Leitung des Zweckverbandes die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen transparent. Auf der Grundlage dieser Untersuchung können langfristig alle weiteren Entscheidungen für die Modernisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung gesichert getroffen werden.

Basis für Vertrauen

Eine erfolgreiche Durchführung der Beratung setzt die lückenlose Einbindung und vorbehaltlose Zusammenarbeit der zuständigen Verantwortlichen bei Behörden, in Kommunalverwaltungen und im Zweckverband voraus. Sie schafft die Basis für ein nachhaltiges Vertrauen der Bürger in die kommunale Versorgungswirtschaft.

Vielfältige Kompetenz

In diese Arbeit bringt aquaKomm durch eine Einbindung von Mitarbeitern seiner Gesellschafterunternehmen, namhafter südbayerischer Versorgungsunternehmen, nicht nur seine Kompetenz als Planer, sondern auch seine jahrelange Erfahrung als kommunaler Betreiber von Ver- und Entsorgungsanlagen ein.

Jörg Schuchardt

„Gesund.Leben.Bayern“

Umweltminister Werner Schnappauf „outet“ sich als Kneippianer

Bad Wörishofen. Vor kurzem hielt sich Staatsminister Werner Schnappauf zu einem Besuch in der Kneippstadt auf. Anlass seines Besuches war die Verleihung der Auszeichnung „Wellness im Kurort“ durch den Präsidenten des Deutschen Heilbäderverbandes, Professor Manfred Steinbach.

In seiner Begrüßung wies Bürgermeister Klaus Holetschek auf die Bedeutung der Kneipp'schen Lehre in Zusammenhang mit ganzheitlichen Naturheilverfahren hin und betonte die Bedeutung der Gesundheitsprävention, allerdings sei das geplante Präventionsgesetz noch nicht ausgereift. Eine Lanze brach Holetschek für die Gesundheitsregion Allgäu, die den Wettbewerb keinesfalls zu scheuen brauche.

Umweltminister Schnappauf „outete“ sich gleich zu Beginn seiner Ausführungen als überzeugter Kneippianer. Er habe bei früheren Aufenthalten in der Kneippstadt die Kneippkur kennen und schätzen gelernt - „mein Leben und mein Wohlbefinden haben sich durch Kneipp zum Positiven verändert! Wir leben in einer Zeit, die reif ist für Prävention“, so der Minister. „Die Gesundheitsvorsorge ist wesentliches Fundament des bayerischen Gesundheitswesens.“ Wenn Europa innovativster Wirtschaftsstandort Europas werden solle, so müsse er auch zum gesündesten Standort werden. „Wirtschaftlichkeit, Zukunftsfähigkeit und Gesundheitsmarkt sind zwei Seiten einer Medaille“.

Dabei spiele die Erhaltung der Gesundheit eine wesentliche Rolle, aus diesem Grund solle die Prävention nun auch gesetzlich verankert werden. Der Bürger sei auch bereit, mehr Geld für die Gesundheitsvorsorge auszugeben, das Anspruchsdenken falle allmählich weg. „Wir sind in einer Phase, in der der Bürger erkennt, dass

er selbst für die Erhaltung seiner Gesundheit verantwortlich ist.“ Um Gesundheitsförderung und Prävention noch effektiver zu gestalten, habe die Bayerische Staatsregierung die neue Gesundheitsinitiative „Gesund.Leben.Bayern.“ beschlossen. Deren inhaltliche Schwerpunkte sind das Nichtrauchen, der verantwortungsvolle Umgang mit Alkohol, die Vermeidung von kindlicher Fettleibigkeit durch gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung sowie betriebliche Gesundheitsförderung.

Zentrum der Prävention

Immerhin seien bereits 46 Prozent der Bundesbürger Übergewichtig, davon 11,3 Prozent Kinder und Jugendliche. 50 Prozent der Bürger bewege sich außerhalb der Arbeitszeit nicht mehr. „Wir setzen an den Lebensumfeldern der Menschen an“ so Schnappauf. Die Kneippstadt bezeichnete Schnappauf als „Zentrum der Prävention in Europa“.

In der sich anschließenden kurzen Diskussion waren sich die Teilnehmer der Gesprächsrunde einig, dass das geplante Präventionsgesetz dringender Nachbesserung bedürfe und über die Qualitätsstandards ein Ausgleich im europäischen Wettbewerb geschaffen werden müsse. Mit der Verleihung des Prädikates „Wellness im Kurort“ wurde der Kneippstadt ein Gütesiegel des Deutschen Heilbäderverbandes verliehen, das strengsten Qualitätskriterien unterliegt und Erholung und Entspannung auf höchstem Niveau garantiert. **Karin Donath**



Von links: Dr. Dominik Godde, Geschäftsführer E.ON Wasserkraft GmbH, Christian Herrmann, Dokumentarfilmer, Dr. Helmut Rennau, Ornithologe, Helmut J. Englmann, 1. Bürgermeister von Aschheim, Erhard von Kuepach, Leiter Unternehmenskommunikation E.ON Wasserkraft GmbH. Bild: JST

Vogelwild - „Die schöne große Unbekannte“

Eine Perle der Natur versteckt zwischen Millionenmetropole und A99

Wellness und Erholung für 10 Tausende Zugvögel und Enten - der Ascheimer Speichersee mit seinen Fischteichen. Kaum einer kennt das Gebiet. Versteckt liegt es zwischen dem stark befahrenen Autobahnstrang, dem Testgelände der BMW-AG und dem Betriebsgelände der E.ON Wasserkraft GmbH am Rande von München. Doch jedes Jahr kommen 40 000 Wasservögel aus ganz Europa und sogar aus Sibirien im Sommer zur Mauser nach Aschheim.

Naturschutz braucht Öffentlichkeit

Es ist schon ein kleines Wunder, welche Artenvielfalt hier an der A99 Zwischenstopp macht, völlig unbeeindruckt von Lärm und Hektik der Blechlawinen gleich neben an. Nicht umsonst ist der erste Mann in Aschheim Helmut J. Englmann mächtig stolz auf „die schöne große Unbekannte in der Region München“, wie er das Gewässer nennt. Der Bürgermeister freut sich, dass sich jetzt der Dokumentarfilmer Christian Herrmann in das EU-Vogelschutzgebiet getraut hat. Ein Jahr beobachtete dieser mit einem Kamerateam die Tiere in ihrer abgeschlossenen Welt. Denn „Naturschutz braucht Öffentlichkeit“, meint auch die Programmleiterin des Bayerischen Fernsehens Ulrike Leutheusser bei der Presseführung des Films „Zwischenstopp in Oberbayern - Zugvögel an der A99“. Für Bürgermeister Engelmann ist der Film der erste wichtige Schritt, den Menschen die Einzigartigkeit des Vogelschutzgebiets näher zu bringen. Ihm könnte das mit der Öffentlichkeit jedoch ruhig noch ein bisschen weiter gehen. Er fordert einen Aussichtsturm, um die Wasserlandschaft besser einsehen zu können. Dann könnten auch Anwohner und Touristen ein kleines Stück Wildnis am Rande der Großstadt bewundern. Genehmigung und Finanzierung für dieses Projekt stehen jedoch noch aus.

Wasserkraft und Vogelschutz

Es ist gerade die Abgeschlossenheit, die das Teichgebiet so einmalig macht. Bade- und Wassersportbetrieb sind unmöglich, die seltenen Zwergsäger, Schwarzhalstaucher und Kormorane bleiben völlig unter sich. Dank der E.ON Wasserkraft GmbH ist das Gelände zum größten Teil eingezäunt. Der geschützte Raum ist für die kommenden 30 Jahre sicher, denn der Bayerische Naturschutzfond hat das Gebiet für diese Zeit von E.ON gepachtet. Das Vogelschutzgebiet ist neben den Renaturierungsprojekten an Inn und Isar, eines von insgesamt 111 Schutzgebieten, die von Bayerns großem Energie-

versorger mitbetreut werden. „Wir machen nicht viel Werbung damit, aber wir sind stolz auf unsere Arbeit“ meint dazu der Pressesprecher von E.ON Wasserkraft Erhard von Kuepach.

„Zwischenstopp in Oberbayern - Zugvögel an der A 99“

„Ein kleines Paradies der Natur umstößt von Verkehr“ so beschreibt Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller den Speichersee, der zu den drei bedeutendsten Mauseerengebieten für Wasservögel in ganz Europa gehört. Sie freut sich - zusammen mit Bürgermeister Engelmann - dass der neue Film der ARD-Sendereihe „Welt der Tiere“ „auch auf der Bundesschau die Aufmerksamkeit auf diesen ökologischen Schatz lenken“ wird.

„Zwischenstopp in Oberbayern - Zugvögel an der A 99“ läuft auch im Bayerischen Fernsehen, am Sonntag, den 10. April 2005 um 16 Uhr. Einschalten und Staunen! **JST**

Pfarrkirchen:

Schutz vor 100jährigem Hochwasser

Umweltstaatssekretärin Emilia Müller hat den Startschuss zur Hochwasserschutzmaßnahme an der Rott, mit der die Stadt Pfarrkirchen vor einem hundertjährigem Hochwasser geschützt werden soll, gegeben. Müller: „Durch die ganzheitliche Maßnahme werden Hochwasserschutz, ökologische Sanierung und Naherholungsraum der Stadt Pfarrkirchen optimal verbunden.“ Mit dem neuen Hochwasserschutz Pfarrkirchen sollen der Staatssekretärin zufolge insgesamt 56 Hektar bestehendes Gewerbe-, Misch-, Wohn- und Sondergebiet geschützt werden. In diesem Gebiet befinden sich auch über 500 Arbeitsplätze. Zudem sei geplant, wieder einen naturnahen Flusslauf herzustellen, um zusätzlichen Rückhalte- und Überschwemmungen zu gewinnen. Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu schaffen und die Gewässergüte zu verbessern. Die Kosten der Gesamtmaßnahme belaufen sich auf rund 20 Millionen Euro. **JST**

IFAT 2005 vom 25. bis 29. April:

Abwassertechnik im Wandel

Führende Fachmesse für Umwelt und Entsorgung in München präsentiert sich mit erweitertem Messekonzept

Kaum ein Markt entwickelt sich so schnell wie der für Umwelt und Entsorgung - und zwar weltweit. Die IFAT 2005, 14. Internationale Fachmesse für Wasser, Abwasser, Abfall und Recycling, zeigt vom 25. bis 29. April in München spezifische Branchenlösungen und den neuesten Stand der Technik zur Umsetzung praxisorientierter, wirtschaftlicher Lösungen sowie ein breites Angebot an qualifizierten Dienstleistungen im Bereich der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft.

Auf dem Abwasserssektor geht die Ära großtechnischer und flächendeckender Entsorgungssysteme zu Ende. Verbrauchernahe Siedlungstechnik erobert das Terrain. Dezentrale und anpassungsfähige Einheiten verbinden die Ver- und Entsorgungsbereiche Abwasser, Wasser, Regenwasser, Bioabfall und Energie. Neben diesem Trend gewinnen Verfahrenslösungen zur Elimination höchst brisanter Risikostoffe an Bedeutung.

„Wie sollen Abwassersysteme in 100 Jahren aussehen?“, hat sich eine Arbeitsgruppe der DWA - Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. vor rund drei Jahren gefragt, und die Experten meinten: „Insgesamt sind erhebliche Verbesserungen im Vergleich zum konventionellen System möglich“, denn ein entsprechender Strukturwandel „kann durch Synergien mit anderen Bereichen der Siedlungstechnik, insbesondere der Abfall- und der dezentralen Energiewirtschaft, große Chancen bieten“.

Pilotprojekt

Was das in der Praxis bedeutet, zeigt ein Pilotprojekt, das Mitte 2004 in der deutschen Gemeinde Knitlingen an den Start ging. Rund 100 Wohngrundstücke erhielten dezentrale Systeme zur Abwasseraufbereitung, die aufwändige Kanalsys-

teme überflüssig machen und neue Ressourcen für die Wasserversorgung erschließen. Das Abwasser wird mit Hilfe moderner Membran- und Reaktortechnologie aufbereitet. Dabei vergären die organischen Bestandteile zu Biogas. Phosphor- und Stickstoff-Salze werden als wertvolle Düngemittel zurückgewonnen. Das Gas, bei dessen Herstellung sich auch Bioabfälle mitverwerten lassen, versorgt die Wohnanlage mit Strom und Wärme. Es entsteht praktisch kein Klärschlamm, und das gereinigte Abwasser wird zur Bewässerung verwendet oder versickert. Gleichzeitig installierte Regenwasserzisternen versorgen die Haushalte mit Brauchwasser.

Rund um den Globus

Solche Systeme zeichnen sich durch hohe Anpassungsfähigkeit aus. Deshalb sind sie rund um den Globus einsetzbar - in urbanen Ballungsräumen wie in ländlichen Regionen; auf High-Tech-Niveau in Industrienationen und mit solider, einfach handhabbarer Ausführung in Entwicklungsländern. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verfolgt mit dem ecosan-Projekt der GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit; ww.gtz.de/ecosan) schon seit Jahren diesen Ansatz.

Viele Hersteller abwassertechnischer Systeme und Kom-

ponenten sind mittlerweile dem Trend zu dezentral und flexibel konzipierten Anlagen gefolgt. Dabei wurde die Integration von Abwasserbehandlung und Wasserversorgung mit Hilfe kreislauf- und stoffstromorientierter Verfahren unter Einbezug von Bioabfallverwertung, Energiegewinnung, Nährstoffrecycling und Regenwassernutzung immer mehr zum Standard. Die IFAT zeigt das Spektrum der heute verfügbaren Technologien.

Hochbrisantes Problem

Ebenfalls im Angebot von Messeausstellern finden die Besucher erste Verfahrenslösungen für ein noch junges und zugleich hochbrisantes Abwasserproblem. Seit einigen Jahren werden Arzneimittelrückstände und endokrin wirksame Substanzen in Grund- und Oberflächenwässern, vereinzelt auch schon im Trinkwasser nachgewiesen. Der Eintrag erfolgt vielfach über den Abwasserpfad: von Menschen und Tieren ausgeschiedene Steroidhormone sowie Kontrazeptiva und andere Medikamentenwirkstoffe, aber auch verschiedene Industriechemikalien wie Weichmacher und die als Tenside eingesetzten Alkylphenolethoxylate mit ihren Abbauprodukten.

Verfahrensansätze

Das in Schiffsanstrichen enthaltene TBT und einige Pestizide gehören ebenfalls zu dieser Gruppe von Substanzen, die mit Störungen der Geschlechtsdifferenzierung und der Fortpflanzung in Zusammenhang gebracht werden. Über 550 solcher Stoffe hat die EU-Kommission bereits auf einer Verdachtsliste hormonell wirksamer Substanzen. Gegenüber herkömmlichen Abwasserreinigerungsverfahren erweisen sie sich als ziemlich resistent. Aber es gibt erfolgversprechende Verfahrensansätze für Kläranlagenabläufe ohne Hormon-Mix.

Daten in Fluss halten

Wer Wasser bewegt, muss auch Daten in Fluss halten. Softwareprodukte für die Wasserversorgung sind ein Marktsegment mit Wachstumspotenzial. Die IFAT 2005 führt in den Themenbereichen Wasser und Abwasser Unternehmen aus der Informationstechnologie-Branche zusammen. Messebesucher haben die seltene Chance, das vielfältige Angebot datentechnischer Lösungen im Überblick zu studieren.

Maßgeschneiderte Produkte

Softwarehäuser halten heute maßgeschneiderte IT-Produkte für alle Handlungsfelder der Wasserversorgung parat. Das Spektrum reicht von Programmmodulen mit eng umgrenzter Aufgabenorientierung bis hin zu weit verzweigten Systemen, die multidimensionale Datenströme erfassen, anwendungsgerecht aufbereiten und aufgabenbezogen integrieren. IT ist im Spiel, wenn es um die übersichtliche Ordnung flächenbezogener Daten mit Hilfe geografischer Informationssysteme geht - nötig beispielsweise zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie - und ebenso, wenn bei der Fernableitung von Wasseruhren punktgenau die Zählerstände erfasst und dem richtigen Kundenkonto zugeordnet werden. Eine leistungsfähige Investitions- und

Organisationsplanung der Wasserversorger- und Abwasserentsorgungsunternehmen ist ohne digitale Medien längst nicht mehr vorstellbar.

In der Wasserversorgung überwachen und steuern Rechner die gesamte Wertschöpfungskette. Angefangen beim Grundwassermonitoring mit quantitativer und qualitativer Zustandserfassung durchdringt Datentechnik über die Prozesssteuerung in Aufbereitungsanlagen sowie über die Kontrolle der Leitungsnetze und Verteilungsströme bis zur Abrechnung mit dem Kunden und der Organisation einer serviceorientierten Unternehmensführung alle Betriebsbereiche.

Komplexes Design

Gleiches gilt für die Sammlung und Reinigung der Abwässer. Bildverarbeitende Systeme ermöglichen eine effiziente Archivierung und Auswertung jener Informationsfülle, die Inspektionskameras in endlosen Kanalnetzen zusammen tragen. Ein wirksames und zugleich wirtschaftliches Erhaltungsmangement ist anders nicht mehr denkbar. Ebenso wenig kann das komplexe Verfahrensdesign einer modernen Kläranlage ohne computergesteuerte Prozessleittechnik realisiert werden. Selbst bis in die letzten Verästelungen der Klärschlamm-Entsorgungspfade - etwa zum Zweck der Mengenallokation - lässt sich die Bedeutung der Informationstechnik weiter verfolgen.

Programmkomponenten

Auch in der Industrie, die immer diffizilere Kreislaufsysteme für Reinigungs- und Prozesswässer in ihre Betriebsabläufe integriert, gewährleisten Programmkomponenten die korrekte Funktion. Und Betreiber großer Regenwassernutzungsanlagen sowie ausgedehnter Bewässerungssysteme stehen gleichfalls auf den Kundenlisten wasserwirtschaftlich orientierter Softwareschmieden.

Integrales Instrumentarium

In den hoch technisierten Industrienationen ist Datentechnik längst zum integralen Instrumentarium für all jene geworden, die mit Wasser zu tun haben. Als Kernvorteile ergeben sich daraus ein nachhaltigeres Ressourcenmanagement, höhere Wirtschaftlichkeit und eine leistungsfähigere Kundenorientierung. Mitarbeiter wasserrechtlicher Anlagen schätzen es als Vorteil internetbasierter Leit- und Fernüberwachungssysteme, ihren Bereitschaftsdienst am heimischen PC absolvieren zu können. Dort, wo Wasser knapp ist und folglich die Nutzungsinteressen von Bevölkerung, Landwirtschaft und Industrie in Konkurrenz zueinander treten, liegen heute die wesentlichen Entwicklungspotenziale. Die Erde hat genug Wasser für alle. Dessen gerechte Verteilung ist allein eine Frage der klugen Bewirtschaftung. IT-Produkte können dabei helfen.

Mehr Aussteller

Auf der Weltmesse zeigen mehr Aussteller als je zuvor innovative Technologien. Insgesamt präsentieren sich 2.135 Aussteller (2002: 2.039 Firmen) aus 35 Ländern auf der IFAT in München. Die internationale Ausstellerbeteiligung wächst um über 20 Prozent. Die 14. Internationale Fachmesse für Wasser, Abwasser, Abfall und Recycling, spiegelt damit die hervorragende Rolle neuester Umwelttechnologien bei wachsender Globalisierung wieder. **DK**

Wasserversorgung:

Verbleib in kommunaler Hand!

Einer völligen Freigabe des Wassermarktes (Liberalisierung) erteilte Umweltminister Werner Schnappauf erneut eine klare Absage. „Wasser ist keine Ware wie jede andere, sondern unser wichtigstes Lebensmittel. Die Aufgabe Wasserversorgung muss in kommunaler Hand und öffentlicher Verantwortung bleiben. Es ist bewiesen, dass unser System bisher schon eine flächendeckende Versorgung in hoher Qualität mit bundesweit günstigen Preisen sicherstellt“, betonte der Minister in Wildbad Kreuth beim gemeinsamen Workshop der Hanns-Seidel-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Chancen und Risiken einer Privatisierung in der Wasserwirtschaft.

„Eine Liberalisierung mit völlig freiem Wettbewerb würde dagegen hohe Risiken für Qualität und Preis mit sich bringen. Minderwertigeres, gechlortes Einheitswasser kann nicht das Ziel sein.“ In Betracht könnten nur wohl überlegte Privatisierungen kommen, ohne dass die Kommunen die Verantwortung der Aufgabenerfüllung aus der Hand geben.

Bei einer Liberalisierung drohten aus Kostengründen die Qualitätsminderung des angebotenen Trinkwassers, weniger Vorsorge beim Grundwasserschutz, der Rückgang der ortsnahen Versorgung, die Vernachlässigung der Instandhaltung und Netzenerneuerung. „Die Entwicklung im Strommarkt zeigt, dass auch bei freiem Wettbewerb die Preise nicht automatisch sinken“, betonte der Minister. In England beispielsweise habe die Freigabe des Wassermarktes die Preise um 30 Prozent steigen lassen und das bei geringen Investitionen mit der Folge, dass bis zu 30 Prozent des Wassers durch undichte Leitungen versickern. Schnappauf forderte die Bundesregierung auf, hier „endlich Flagge zu zeigen“ und sich nachdrücklich gegen eine Freigabe des Marktes einzusetzen. Die EU-Kommission strebt dies an.

Statt dessen könnte im Einzelfall die Privatisierung der Wasserversorgung durchaus Chancen für die Weiterentwicklung bieten. Das bedeutet, die Kommunen können sich bei Einrichtung oder Durchführung der Wasserversorgung ganz oder teilweise Privater bedienen, die Aufgabe bleibt aber in kommunaler Hand. Schnappauf: „Entscheidend ist, dass die Kommunen sorgfältig die Situation prüfen und mit Augenmaß planen. Nicht jede Privatisierung bringt auf Dauer Vorteile. Ganz aus den Augen lassen, sollten aber die Kommunen diese Möglichkeit nicht. Die Entscheidung über Art und Umfang einer Privatisierung muss aber in jedem Fall bei den Kommunen bleiben.“ Schnappauf appellierte an die Kommunen, die Modernisierung aktiv voranzutreiben. „Wichtig sind neben mehr Zusammenarbeit der Wasserversorgungsunternehmen mehr Kosteneffizienz, technischer Fortschritt und vor allem das Lernen von den Besten“, ergänzte der Minister. **KS**

Das Legionellenproblem wird unterschätzt

Schutz bietet der Einsatz von Chlordioxid in Schwimmbädern und öffentlichen Einrichtungen

Noch immer wird das Legionellenproblem in Schwimmbädern und Wasserleitungen unterschätzt. Eine Studie des Deutschen Verbandes unabhängiger Prüfungslaboratorien (VUP) kommt zu dem alarmierenden Ergebnis, dass ein Drittel aller untersuchten Wasserproben mit Legionellen befallen waren. Die Bakterien verbreiten sich hauptsächlich in Schwimmbädern und in den Warmwassersystemen von Krankenhäusern, Altenheimen, Hotels, Sport- und Messehallen, Schulen und Kasernen.

Wenn beim Einatmen von bakterienhaltigen Aerosolen Legionellen in die Lunge gelangen, kann es zu einer Erkrankung kommen. Obwohl es ausreichende und erprobte technische Möglichkeiten zur Desinfektion des Wassers gibt, erkranken jedes Jahr zwischen 6.000 und 10.000 Menschen an der so genannten Legionärskrankheit, einer schweren Infektion der Lunge. 400 von ihnen sterben.

Gefahrenquellen

Legionellen treten bevorzugt in wasserführenden Rohren, Armaturen und Klimaanlagen auf. Sie vermehren sich besonders schnell bei Temperaturen zwischen 25 und 55 Grad und siedeln sich bevorzugt in Biofilmen an. Biofilme kommen u.a. durch schleimbildende Bakterien zustande. Vor allem schwach durchströmte Leitungssysteme, schlecht isolierte Kaltwasserstränge oder so genannte „tote Leitungen“ gelten als Gefahrenquellen.

Experten fordern deshalb häufige Kontrollen und eine ausreichende Erhitzung des Wassers. Die Trinkwasserverordnung schreibt deshalb eine periodische

Überprüfung aller wasserführenden Systeme in öffentlichen Gebäuden auf Legionellen vor. Der Betreiber jeder Wasserversorgungsanlage muss darüber hinaus nach dem Infektionsschutzgesetz nachweisen, dass das abgegebene Wasser der Trinkwasserverordnung entspricht und haftet auch für eventuelle Schäden.

System in seiner Gesamtheit betrachten

In vielen Fällen wird versucht, Legionellen durch betriebstechnische Maßnahmen wie thermische und chemische Desinfektion, bautechnische Veränderungen und UV-Strahlen zu bekämpfen. Dabei sollte man das zu sanierende System in seiner Gesamtheit betrachten und die einzelnen Maßnahmen aufeinander abstimmen.

Sicheres Abtöten bei 75° C

Legionellen beginnen bei Temperaturen von über 60° C abzusterben. Um sie sicher abzutöten, müssten im gesamten System Wassertemperaturen von 75° C erreicht werden. Doch scheitert die thermische Desin-

fektion oft an baulichen Gegebenheiten und die erforderliche Temperatur wird nicht wenigstens drei Minuten lang an allen Zapfstellen erreicht.

Problemzonen

Verzinkte Rohrleitungen und hoher Kalkgehalt im Wasser stellen weitere Problemzonen dar. Zudem kostet die thermische Behandlung viel Arbeitszeit und Geld und unterbindet nicht die Wiederverkeimung. Bautechnisch gesehen, kann man der Legionellengefahr durch Stilllegen nicht benötigter Speicher und durch Wärmedämmung von Leitungen begegnen. Sinnvoll ist der Einbau einer Wasserenthärtungsanlage, die mineralische Ablagerungen verhindert.

Sichere Methode

In vielen Fällen ist jedoch die permanente Behandlung der Kalt- und Warmwassersysteme mit chemischen Mitteln die sicherste Methode. Chlordioxid hat sehr gute bakterizide, spozidale und viruzide Wirkungen und wird u.a. für die Desinfektion von neu verlegten Rohrleitungen sowie zur Desinfektion von Brunnen und Filtern eingesetzt. Es hat gegenüber Chlor den Vorteil, dass keine Trihalogenmethane, Chlorphenole oder Chloramine entstehen. Die Keimtötung ist im pH-Bereich

von 6 bis 9 nahezu konstant.

Chlordioxid ist im Wasser sehr beständig, baut Biofilme ab und verhindert deren Neubildung. Wallace & Tiernan entwickelte Chlordioxidanlagen, die Legionellen durch eine kontinuierliche Desinfektion sicher abtöten und die Werte der Trinkwasserverordnung einhalten. Die Anlagen dosieren Chlordioxid direkt proportional zum Wasserverbrauch. Die gesetzlich zugelassene Menge von 0,4 ppm kann dabei durch kontinuierliche Messungen direkt überwacht werden. Erfahrungen zeigen, dass die einmal eingestellte Eingangskonzentration im Laufe der Zeit vermindert werden kann, da sich der Biofilm reduziert und die Zehrung von Chlordioxid reduziert wird.

Ideale Brutstätten

In Schwimmbädern gelten die Aktivkohleschichten im Filter als ideale Brutstätten von Legionellen. Insbesondere gegen vorhandene Biofilme im Filter ist mit Desinfektionsmitteln wie Chlor oder Ozon nichts auszurichten. Auch hier kann Chlordioxid eingesetzt werden. Es ist aufgrund seiner besonderen Eigenschaften sowohl als Desinfektions- als auch als Oxidationsmittel geeignet. Chlordioxid löst unter anderem die schützende Schleimhülle bzw. Amöben, welche oftmals Bakterien oder Viren umgeben, ab. Erst dann ist es möglich, Krankheits-

Naturbad-Modellprojekt in der Oberpfalz

Mit dem Stamsrieder Modellprojekt werde Bayern um ein umwelt- und naturfreundliches Badeparadies reicher, betonte Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller beim Spatenstich zur Errichtung eines Naturbads im historischen Schlosspark.

Müller: „Ziel des vom Umweltministerium und der EU geförderten Modellprojekts ist, die gewonnenen Erkenntnisse allen Gemeinden zur Verfügung zu stellen, die ebenfalls am Umbau eines herkömmlichen Freibads in ein Naturbad interessiert sind.“ Stamsried könne mit Zuschüssen von rund 180.000 Euro aus Landesmitteln und rund 365.000 Euro aus Mitteln der EU rechnen.

Nach den Worten Müllers habe ein Naturbad gegenüber einem herkömmlichen Freibad viele Vorteile: Zum einen sind es ökonomische Aspekte wie geringere Baukosten, geringerer Energieverbrauch, geringerer Trink- bzw. Frischwasserverbrauch durch Kreislaufführung des Badewassers und geringere Wartungskosten. Zum anderen schlagen auch ökologische Aspekte zu Buche: Das ganzjährig nutzbare Gewässer wird im Sommer als Naturbad, im Winter zum Eisstockschießen und in der Übergangszeit als eine Art Feuchtbiothop genutzt. Darüber hinaus könne gerade die chemielose Wasserreinigung ein zusätzlicher touristischer Besucheranreiz sein. So werde auf Wasseraufbereitungstechniken mit Chlor, Ozon oder UV-Strahlen ebenso verzichtet wie auf Fungizide. Das Badewasser wird in einen nachgeschalteten Regenerationsteich geleitet, wo der Abbau der Keime und Schadstoffe allein durch die Bakterien im Wurzelwerk der Wasserpflanzen erfolgt. Das so gereinigte Wasser wird im Kreislauf in das Badebecken zurückgeleitet.

erreger abzutöten oder zu inaktivieren.

Hohe Wirtschaftlichkeit

Chlordioxid entfaltet seine Wirkung pH-Wert-unabhängig. Dies bedeutet, dass es keine Rolle spielt, ob Bakterien oder Viren von saurem oder alkalischem

Milieu umgeben sind. Zusätzlich bewirkt Chlordioxid eine Reduktion der AOX-Werte im Rückspülwasser. Der Einsatz wirkt sich zudem positiv auf die Wirtschaftlichkeit aus: Durch eine Verlängerung der Filterrückspülintervalle werden Frischwasser und Energie eingespart.

Kosten zur Bereitung von Chlordioxid vor Ort

Laut Trinkwasserverordnung und dem neuen DVGW-Arbeitsblatt 290 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Chlordioxid, das zur Desinfektion von Trinkwasser verwendet wird, vor Ort herzustellen ist.

Vergleich in Bezug auf verschiedene Wasserverbrauchszahlen:

	Verbrauch ClO ₂ für 5 m ³ /h	Verbrauch ClO ₂ für 120 m ³ /d	Verbrauch ClO ₂ für 43800 m ³ /a
Dosierung von 0,2 g/m ³ Chlordioxid	1 g/h	24 g/d	8,76 kg/a
Preis bei Erzeugung aus Salzsäure- und Natriumchloritlösung vor Ort	0,16 Euro/h	3,86 Euro/d	1.410,- Euro/a

Kosten für 9% ige Salzsäure und 7,5% ige Natriumchloritlösung wurden mit 2,05 Euro/kg Lösung kalkuliert. Bei der Erzeugung vor Ort liegen die Anlagekosten je nach Ausführung und Verhältnissen vor Ort inkl. Einbau zwischen 10 und 18 T Euro.

Neues Chemikalienrecht:

Für mehr Gesundheits- und Umweltschutz

Auch die Bundesregierung muss sich für eine Nachbesserung der von der EU geplanten Chemikalienverordnung (REACH) einsetzen. Dazu hat Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzstaatssekretärin Emilia Müller die Bundesregierung aufgerufen. „Die Kommission hat signalisiert, bei der geplanten Regelung die Ergebnisse neuer Folgenabschätzungen zu berücksichtigen. Jetzt ist es höchste Zeit für den Bund, in Brüssel tätig zu werden“, forderte Müller bei einer Veranstaltung der IHK in Bayreuth zu REACH.

„Es ist kontraproduktiv, wenn der Bund durch Streitigkeiten mit Verbänden versucht, auf dem Rücken der Verbraucher größere gegen kleinere Unternehmen auszuspielen und das Wesentliche aus den Augen verliert, nämlich einen sicheren Umgang mit Chemikalien, eine schnelle Datengewinnung und die Weitergabe aller wichtigen Informationen. Für mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz brauchen wir praktikable Regelungen, die zügig zum Ziel führen“, betonte die Staatssekretärin.

Stoffliche Registrierung

Entscheidend für die Registrierung eines Stoffes müsse dessen mögliches Risiko für Umwelt und Gesundheit sein und nicht allein die produzierte oder importierte Menge eines Stoffes. Auch seien die Regi-

strierungsanforderungen zu vereinfachen und der Know-how-Schutz zu verbessern, so die Staatssekretärin.

Gefahren identifizieren

Durch die systematische Erfassung risikobezogener Daten von Chemikalien sollen langfristig bisher möglicherweise unbekanntes Gefahrenpotenziale frühzeitig identifiziert werden.

Im Interesse eines effektiven Umwelt- und Verbraucherschutzes ist es Müller zufolge zu begrüßen, dass Brüssel das europäische Chemikalienrecht vereinheitlichen und rund 30.000 Chemikalien systematisch erfassen und bewerten will. „Der Verordnungsvorschlag mit weit mehr als 1.000 Seiten ist jedoch immer noch ein bürokratisches Monstrum und in der Praxis kaum handhabbar“, so die Staatssekretärin.

Pilot-Studie

Bayern hatte die konkreten Auswirkungen des REACH-Vorschlags bereits in einer Pilot-Studie untersucht. Weniger Aufwand für die Registrierung von Stoffen, das konkrete Risikopotential als Kriterium für die Datenerhebung bei REACH, die Verringerung von Wettbewerbsnachteilen für EU-Unternehmen gegenüber Nicht-EU-Unternehmen und ein sinnvoller Schutz von Geschäftsgeheimnissen sind das Ziel des bayerischen Engagements im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens. „Dafür muss sich auch die Bundesregierung einsetzen“, betonte Müller.

Weitere Infos unter <http://www.arbeitsschutz.bayern.de>

Großräumige Studie über Grundwasservorräte:

Tertiärgrundwasser im Raum Augsburg

Tiefengrundwasser muss besonders sorgsam bewirtschaftet und als eiserne Reserve für nachfolgende Generationen bewahrt werden. Im Raum Augsburg und angrenzenden Gebieten werden bis zu 1470 Liter pro Sekunde entnommen, weshalb die Gefahr einer Übernutzung gegeben ist. Grund genug, erstmals das Tiefengrundwasser nun in einer Studie großräumig und umfassend zu untersuchen.

Ziel der Studie war die Ermittlung der Grundwasservorräte im Tiefengrundwasser, seine Neubildung und eine Gesamtschau über dessen gegenwärtige Nutzungen. Daraus werden Erkenntnisse gewonnen für den künftigen Umgang mit dem Tiefengrundwasser, um es als Trinkwasserspeicher für künftige Generationen zu erhalten.

Die Studie wurde vom Büro Hydro Consult in Augsburg erstellt, die fachliche Betreuung vom Wasserwirtschaftsamt Donauwörth und dem Landesamt für Wasserwirtschaft wahrgenommen. Beteiligt war auch die Regierung von Schwaben. Das Untersuchungsgebiet wurde abgegrenzt nach der Grundwasserströmung und reicht etwa von Dillingen bis Neuburg im Norden und von Bad Wörishofen bis Fürstfeldbruck im Süden.

Wesentliches Ergebnis

Als wesentliches Ergebnis der Untersuchung ist festzuhalten, dass in dem rund 4150 km² großen Bilanzraum das natürliche Grundwasserangebot des zweiten Hauptgrundwasserstockwerkes zu 98 Prozent durch bestehende Wasserrechte vergeben ist. Dieses Grundwasser ist grundsätzlich älter als ca. 50 Jahre. Große Anteile davon sind sogar mehrere tausend Jahre alt. Die Neubildung des Tiefengrundwassers aus dem Nieder-

schlag geht folglich nur sehr langsam und in geringer Menge vor sich. Der Entnahmemenge von 1470 Litern steht eine Grundwasser-Neubildungsrate von im Durchschnitt nur etwa 0,4 l/s pro km² gegenüber.

Bewährten Weg fortsetzen

Entsprechend altes Grundwasser wird in den Flusstälern, in denen das Tiefengrundwasser ansteigt, zum Teil in weniger als 30 bis 50 Metern Tiefe angetroffen. Im Bereich der Höhenzüge des Tertiärhügellandes ist dies je nach örtlichen geologischen Verhältnissen erst in etwa 50 bis 100 Metern Tiefe der Fall. Im oberflächennahen Grundwasser dagegen beträgt die Grundwasser-Neubildung ein Vielfaches des tieferen und es erfolgt ein rascher Grundwasserumsatz innerhalb weniger Jahre oder Jahrzehnte. Die Studie zeigt, dass der seit Beginn der neunziger Jahre verfolgte Weg der Reduzierung von Tiefengrundwasserentnahmen weiter fortzusetzen ist.

Die Untersuchung bildet die Grundlage für die notwendige nachhaltige Bewirtschaftung des Tiefengrundwassers im Großraum Augsburg. Es wurde ein für die räumliche Abgrenzung von Tiefengrundwasser plausibles Modell erarbeitet, das sich auch in der Praxis anwenden lässt.

Es können grundsätzliche Alternativen zur Tiefengrundwas-

sernutzung aufgezeigt werden. Dazu bietet sich örtlich die Erschließung des ersten Hauptgrundwasserstockwerkes im Tertiär an. Die überwiegenden Wassermengen des künftigen Bedarfs sind jedoch aus den quartären Schottern, insbesondere des Lechtales, zu gewinnen.

Der Schutz der oberflächennahen Grundwasservorkommen - insbesondere in den Bereichen der quartären Flusstäler, in denen konkurrierende Nutzungen noch nicht überwiegen - durch wirksame Wasserschutzgebiete oder Vorrang-/Vorbehaltsgebiete für die Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung erhält für den Großraum Augsburg zusätzliche Bedeutung.

Trinkwasserversorgung

Die Studie dient der Bewertung der Trinkwasserversorgung der Region insgesamt. Für die zweifellos gegenüber Schadstoffeintrag empfindlicheren oberflächennahen Grundwässer der öffentlichen Wasserversorgung ist ein ausreichender Vorrat an tieferen Grundwässern bereitzuhalten, auf den im Bedarfsfall (Verschmutzung des oberflächennahen Grundwassers) zurückgegriffen werden kann. Somit ist eine Bevorratung des Tiefengrundwassers zugunsten der öffentlichen Wasserversorgung notwendig. Nutzungen mit gewerblichem Hintergrund, wie z. B. die Gewinnung von großen Mengen „Mineralwasser“ müssen dabei zurückstehen. Entsprechende Bilanzierungen des Tertiärgrundwassers sollten auch für benachbarte Gebiete durchgeführt werden. **DK**

Off Road Award:

Mercedes-Benz Unimog ist Geländewagen des Jahres 2005

Mercedes G belegt zweiten Platz in der Kategorie „Klassiker“

Bereits zum zweiten Mal ist der Unimog von den Lesern der Zeitschrift Off Road zum besten Geländewagen des Jahres in der Kategorie „Sonderfahrzeuge“ gekürt worden. Die Auszeichnung „Geländewagen des Jahres 2005“ erfolgte auf Grund der in der Oktober-Ausgabe des traditionsreichen Münchner Allrad-Magazins in insgesamt sieben Kategorien zur Wahl gestellten geländetauglichen Fahrzeuge. Am 14. Dezember 2004 hat die Preisverleihung mit den gläsernen OFF ROAD-Obelisken auf dem Gelände des Alten Güterbahnhofs in Düsseldorf stattgefunden.

Rund 5000 Leser haben aus den 67 ausgeschriebenen Fahrzeugen die Sieger gewählt, wobei Mercedes-Benz-Fahrzeuge gleich zweimal ganz vorn zu finden waren: Der Unimog U 3000 belegt bei den „Sonderfahrzeugen“ mit überragenden 64 Prozent der Leserstimmen den ersten Platz, der Mercedes G konnte in der Kategorie „Geländewagen-Klassiker“ mit 33,2

Prozent der abgegebenen Stimmen den zweiten Platz für sich verbuchen.

Gewählt wurde in den Kategorien „Geländewagen“, „Luxus-Geländewagen“, „Sports Utility Vehicles (SUV)“, „Luxus-SUV“, „Klassiker“, Pick-ups“ und „Sonderfahrzeuge“.

Bei den Sonderfahrzeugen - geländegängige Fahrzeuge, die zum Transport von Lasten und

Gütern in entlegene Gebiete bzw. als Basis für Sonderaufbauten wie Feuerwehr-, Expeditions-, Militärfahrzeuge dienen, hatte eindeutig der U 3000 die Nase vorn. Gelobt wurden vor allem seine charakteristischen Produktmerkmale wie das Konzept überragender Geländegängigkeit mit Portalachsen und enormer Verwindungsfähigkeit in Kombination mit höchster Robustheit und Solidität. Oder mit den Worten der Redaktion bei der Preisverleihung ausgedrückt: „Überzeugender kann eine Wahl nicht ausfallen, denn von diesem geländegängigsten Fahrzeug der Welt träumt jeder Off-Roader“. Bereits im Jahr 1994 wurde der Unimog schon einmal zum Geländewagen des

Jahres gewählt - damals in Gestalt des U 90 „Funmog“, einer Kombination aus Stadt-, Freizeit-, Gelände- und Nutzfahrzeug.

Die seit Herbst 2002 am neuen Unimog-Produktionsstandort in Wörth produzierte hochgeländegängige Unimog-Produktlinie U 3000 bis U 5000 ist für schwierige Einsätze im Gelände abseits aller Straßen und Wege prädestiniert.

Dank ihrer überragenden Geländegängigkeit ist diese Produktlinie für Einsätze in schwerstem Gelände oder im Dienste der internationalen Sicherheit prädestiniert. Ihre Haupt-Einsatzgebiete finden sich bei der Feuerwehr - insbesondere bei der Waldbrand-Bekämpfung -, im Katastrophenschutz, als Basis-Fahrgestell für Expeditionsfahrzeuge sowie bei Service- und Wartungsarbeiten an schwer zugänglichen Orten. Damit sind die Unimog-Typen U 3000, U 4000 und U 5000 die ideale Ergänzung zu den Fahrzeugen der im Frühjahr 2000 vorgestellten Unimog-Produktlinie U 300 bis U 500, die als geländegängige



Auszeichnung mit dem OFF ROAD AWARD 2005: Mercedes-Benz Unimog ist zum Geländewagen des Jahres gewählt worden.

Geräteträger hauptsächlich im Arbeitseinsatz bei Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes, bei kommunalen Lohnunternehmen, in der Bau- und Energiewirtschaft sowie im innerbetrieblichen Transport anzutreffen sind.

In der Kategorie „Klassiker“ sind Geländewagen zusammengefasst, die sich über viele Jahre allen modischen Trends zum Trotz treu geblieben sind. Der

Mercedes G hat dort den zweiten Platz belegt mit der Begründung, er sei „nach 26 Jahren Bauzeit wilder denn je“. Sein Charme sei immer noch ungebrochen, denn konzeptionell habe sich sein überlegenes Konzept mit permanentem Allradantrieb in all den Jahren nur unwesentlich verändert, obwohl sich seine inneren Werte permanent weiterentwickelt hätten.

„Wir stellen uns mit breiter Brust den neuen Herausforderungen!“

Mitgliederversammlung der VdAW-Fachgruppe Landwirtschaftliche Lohnunternehmer Bayern in Manching

Rund 50 Lohnunternehmer konnte der Vorsitzende der VdAW Fachgruppe Landwirtschaftliche Lohnunternehmer, Georg Schmid-Maier, in Manching begrüßen. Manfred Pusch vom bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft in München und Dr. Jürgen Heinrich von der Martin Luther-Universität in Halle informierten über die EU-Agrarreform sowie die Auswirkungen der EU-Osterweiterung. Der VdAW stellte das neue Zertifizierungssystem „Deutsches Agrar-Service Zertifikat (DASZ) für überbetriebliche Dienstleistungen vor.

Georg Schmid-Maier betonte in seinem Branchenbericht, dass die Erntearbeiten in der abgelaufenen Saison dank der großen Schlagkraft und Zuverlässigkeit durch die Lohnunternehmer gut erledigt werden konnten. „Nach wie vor ist aber in unserer Branche mit der Investition in modernste Technik auch ein großes Risiko vorhanden. Viel Kapital, das meist fremd finanziert ist, ist in Maschinen gebunden. Diese kommen nur an wenigen Tagen zum Einsatz“, führte Schmid-Maier aus.

Heftige Kritik äußerte der Vorsitzende an den Ausnahmegenehmigungen für überbreite Arbeitsmaschinen, wenn diese auf öffentlichen Straßen umgesetzt werden müssen. In Hinblick auf die Regelungen im benachbarten Baden-Württemberg, wo Sammelgenehmigungen und erleichterte Auflagen in Aussicht gestellt werden, forderte Schmid-Maier nun auch das bayerische Innenministerium auf, diese Regelungen zur bevorstehenden Saison anzuhängen.

Ministerialrat Manfred Pusch vom bayerischen Landwirtschaftsministerium betrachtete vor dem Hintergrund einiger Strukturdaten des Freistaats vor allem die Mechanisierungskosten als zu hoch an. Angesichts eines Bilanzwertes von über 1200 Euro je ha LF, der weit über dem bundesdeutschen Durchschnittswert von 850 Euro je ha LF liege, müsse erstes Ziel die Kostensenkung sein. „Wir haben Überzeugungsarbeit zu leisten, um hier die Dienstleistung der Lohnunternehmer als Kostensenker anzubieten“, meinte Pusch.

Maschinenringe

Zur Förderung der Maschinenringe in Bayern gab Pusch zu bedenken, dass diese Förderung lediglich mit Zusatzaufgaben genehmigt worden sei. In einem EU-Prüfverfahren sei festgelegt worden, dass die Fördergelder den Landwirten zu Gute kommen müssen sowie eine klare Trennung zwischen Maschinenring und gewerblicher Tochter herrschen müsse. Für 2006 werde ein maximaler Förderbetrag für die bayerischen

Maschinenringe von 3,2 Mio Euro vorgesehen.

Dr. Jürgen Heinrich von der Martin-Luther-Universität in Halle berichtete von den Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Landwirtschaft und Lohnunternehmer. Durch die Erweiterung des Wirtschaftsraumes würde die Nachfrage nach Lebensmitteln zunehmen. Auf der anderen Seite sei die Kaufkraft in Osteuropa noch nicht auf dem westlichen Niveau. Auch sei zu erwarten, dass Importe in die alten EU-Länder drücken würden. Da in den landwirtschaftlichen Betrieben allein die Personal- und Maschinenkosten schon rund 50 Prozent ausmachten, sieht der Wissenschaftler hier die Bedeutung der Dienstleister. Die maximalen Kosten bei Mähdruschfrüchten sieht Dr. Heinrich bei 350 Euro/ha.

Zertifizierung

Das Deutsche Agrar-Service-Zertifikat (DASZ) stellt künftig bundesweit die einzige Möglichkeit dar, Dienstleistungen im überbetrieblichen Bereich zu zertifizieren. Der Dienstleistungsstandard sowie das davon abgeleitete Handbuch wurden vom Initiator VdAW vorgestellt. Zertifizierte Lohnunternehmer verpflichten sich zukünftig, Vorgaben im Bereich Umweltschutz, Unfallverhütung, Dokumentation und Lebensmittelhygiene einzuhalten.

4. Bayerischer Katastrophenschutzkongress in Weiden:

Manöverkritik an „Mangelverwaltung“

Manöverkritik wurde beim 4. Bayerischen Katastrophenschutzkongress in Weiden geübt. Unter dem Motto „Katastrophenschutz und Großschadensfall - volle Leistung ohne Mittel!“ wurde eine düstere Bestandsaufnahme über die Leistungsfähigkeit des Sanitäts- und Betreuungsdienstes vorgenommen. Die 130.000 bayerischen Helfer sind zwar überaus engagiert. Doch fehlt ihnen das materielle Handwerkzeug, um bei einem Großschadensereignis wirklich schnell und wirksam eingreifen zu können.

Vor rund 700 Teilnehmern meinte Schirmherr Wolfgang Prinz von Bayern, „aktiver Reservoffizier und als Kommandeur eines Heimatschutzbataillons mit dem Problem knapper Gelder vertraut“, dass das Kongress-Thema gut gewählt sei. Die Weidener Kongresse seien auch deshalb so erfolgreich, weil hier „Fehlerfeststellung“ und „konstruktive Manöverkritik“ betrieben werde. Er mahnte den „unbedingten Willen aller Beteiligten um Mängelbeseitigung“ an.

„Finger auf die Wunde“

Auch Staatsrat Dr. Volkmar Schön aus Hamburg, Bundesbereitschaftsleiter und Präsidiumsmitglied des Deutschen Roten Kreuzes, betonte, dass beim Bayerischen Katastrophenschutzkongress der „Finger auf die Wunde gelegt“ werde. Er verwies darauf, dass nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zwar von Bund und Ländern „neue Strategien zum Schutz der Bevölkerung“ verabschiedet wurden, es jedoch an einem „greifbaren und in ganz Deutschland gleichartigen Gesamtkonzept“ mangle.

Schuld ist Rot-Grün

Staatsministerin Monika Hohlmeier, zugleich auch Landesbereitschaftsleiterin, machte ihrerseits den Bund für die fehlende Ausrüstung von Sanitäts- und Betreuungsdienst im Katastrophenschutz verantwortlich. Im Hinblick auf die seit Jahren eingeforderte Helfergleichstellung berichtete sie, dass sie mit Innenminister Günther Beckstein gesprochen und ihm die Zusage abgefragt habe, er wolle eine Lö-

sung finden, mit der ein erster Meilenstein gesetzt werden könne.

Mit der Geduld am Ende

Beim Katastrophenschutzkongress wurde deutlich, dass die Bereitschaften nicht mehr bereit sind, sich länger an der Nase herumführen zu lassen. Die Verantwortlichen der Bereitschaften sprechen inzwischen ganz offen von „Mangelverwaltung“. Es fehlt an allen Ecken und Enden - vom Verbandspäckchen bis zu Heizung, Feldküchen, Schutzkleidung, Dekontaminationsanlagen (im A-, B- oder C-Fall) und vor allem an Fahrzeugen.

Überalterter Fuhrpark

Der Fuhrpark ist hoffnungslos überaltert. „Wir sind mit Schrottautos unterwegs“, klagen die Helfer. „Die alten, oft schon 40 Jahre alten Autos müssen still gelegt werden, neue werden nicht angeschafft.“ „Zelte sind gut. Noch schöner wäre es, wenn wir sie auch beheizen könnten“, sagte ein Helfer in der Diskussion. Für sie ist besonders deprimierend, dass sich der Freistaat aus seiner Verantwortung windet und die nötige - per Gesetz allerdings nur „ergänzende“ - Unterstützung des Bundes als Vorleistung anmahnt. „Für uns gibt's nur Orden, Urkunden, Schulterklopfen, aber kein Geld.“

Das Desaster wäre längst perfekt, so hieß es, wenn auf Ebene der Kreisverbände durch Sammlungen und Spendenaktionen nicht versucht würde, den Betrieb aufrecht zu erhalten. So werden etwa ausrangierte Fahrzeuge des Rettungsdienstes angekauft. DK

High-Tech für die Abfallwirtschaft

Entsorgungswirtschaft auf der IFAT: Differenzierter Service mit leistungsstarker Technik

Anspruchsvolle Standards charakterisieren die Abfallwirtschaft in Deutschland und anderen Ländern der EU. Rechtliche Vorgaben und deren organisatorische Ausgestaltung bei den Unternehmen der Entsorgungswirtschaft sowie der Einsatz effizienter Technologien verbinden Entsorgungssicherheit mit Preiswürdigkeit und Umweltschutz.

Dem Gebot „Vermeidung vor Verwertung vor Entsorgung“ folgend, hat sich in weiten Bereichen der Güterproduktion die Abfallvermeidung als Teil der Herstellerverantwortung etabliert. Auf der IFAT 2005 stellen sich die Dienstleistungsunternehmen und Anlagenbauer der Entsorgungsbranche sowie die Hersteller von Sammelfahrzeugen und Erfassungssystemen dem kritischen Vergleich durch das Fachpublikum.

Beispiel Deutschland: Die Abfallstatistik zeigt für die Jahre 1996 bis 2000 ein nahezu konstantes Abfallaufkommen, das in dieser Zeitspanne von 391 Millionen Tonnen um geringfügige 3,5 Prozent auf 405 Millionen Tonnen angestiegen ist. Den Löwenanteil daran haben Bauschutt, Bodenaushub, Straßenaufbruch und Baustellenabfälle mit 62 Prozent (Daten: Umweltbundesamt).

Weit ab folgen Abraummaterial aus dem Bergbau (12 Prozent), Abfälle des produzierenden Gewerbes (11 Prozent), Siedlungsabfälle (11 Prozent) und Sonderabfälle (4 Prozent). Die Menge der Siedlungsabfälle, die neben verwertbaren Fraktionen wie Bioabfall, Papier, Papp, Glas, Metallen und Kunststoffen auch den Rest- und Sperrmüll aus Haushalten und

Gewerbe umfassen, blieb im betrachteten Zeitraum fast unverändert. Sie lag mit engen Schwankungsbreiten im Bereich um 45 Millionen Tonnen pro Jahr. Wenngleich die Recyclingquote bei den Siedlungsabfällen kontinuierlich gestiegen und der zu entsorgende Hausmüllanteil entsprechend gesunken ist, türmte sich dieser in 2000 dennoch zu einem Berg von 11,3 Millionen Tonnen (1996: 19,9). Für dessen Entsorgung stehen hierzulande 61 thermische und 28 mechanisch-biologische Behandlungsanlagen sowie 358 Hausmülldeponien bereit.

Europäische Standards

Auf der Grundlage europäischer Abfallpolitik und entsprechender nationaler Rechtsvorschriften steht in Deutschland die Schließung einer Vielzahl von Altdeponien an, die heutigen Anforderungen nicht mehr genügen. Im Kerngebiet der EU agiert die Entsorgungswirtschaft nahe am Stand der Technik. Dagegen besteht insbesondere bei den ost- und südosteuropäischen Mitgliedern noch erheblicher Nachholbedarf. Die Notwendigkeit, europäische Standards in nationales Recht umzusetzen, wird aus diesen Ländern viele aufmerksame Besucher zur IFAT führen.

Schaidinger zur Luftqualität in den Städten:

Wir haben den Dreck, aber uns sind die Hände gebunden

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, fordert Bund und Land auf, endlich wirkungsvolle rechtliche Instrumentarien zu schaffen, um die Bürger vor Feinstäuben zu schützen. Er fordert außerdem, die Öffentlichkeit ausführlich über die Situation und ihre Hintergründe zu informieren.

Schaidinger: „Es ist unverantwortlich, die Städte an den Pranger zu stellen, ohne ihren Handlungsspielraum konkret zu benennen und ihnen ein wirksames Instrumentarium zur Bekämpfung der Luftverschmutzung zu geben“. Schaidinger stellt außerdem klar, dass der weitaus größte Teil der Feinstaubbelastung überregional verursacht und transportiert werde. Der Anteil des lokalen Verkehrs liege z. B. in Regensburg bei nur 3 Prozent. Zugleich drängte der Städtetagschef darauf, dass nicht nur die Symptome, sondern vor allen Dingen die Ursachen der Luftverschmutzung angegangen werden. Er forderte den Bund auf, endlich dafür zu sorgen, dass alle neuen Dieselfahrzeuge mit Filtern ausgestattet werden und über steuerliche Anreize die Nachrüstung von Altfahrzeugen begünstigt wird.

An die Länder, insbesondere auch an den bayerischen Finanzminister appellierte Schaidinger, die bisherige Blockadehaltung im Bundesrat aufzugeben und einer entsprechenden Änderung der Kraftfahrzeugsteuer zuzustimmen. Schaidinger: „Die Gesundheit unserer Bürger muss uns doch mehr wert sein, als kurzfristige haushaltspolitische Überlegungen“. Der Städtetagsvorsitzende forderte Bund und Land auf, die Rechtsgrundlagen dafür zu schaffen, dass die Kommunen innerstädtische Fahrverbote für Dieselfahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß aussprechen können. So kann erreicht werden, dass die Schadstoffbelastungen in den Städten geringer werden.

Keinen Sinn sieht der Vorsitzende des Städtetags darin, Fahrverbote für bestimmte Straßen in den Innenstädten auszusprechen. Schaidinger: „Damit werden die Probleme nur in andere Wohnquartiere verlagert“. Für wenig erfolgversprechend hält Schaidinger auch die Einführung einer sog. City-Maut. Sie ist seiner Auffassung nach umweltpolitisch untauglich, weil sie nicht zwischen „sauberen Autos“ und „Dreckschleudern“ unterscheidet.

Nach den seit 1. Januar geltenden EU-Richtlinien zur Luftqualität darf der maßgebliche Grenzwert von 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft an höchstens 35 Tagen im Jahr überschritten werden. Eine Reihe bayerischer Städte läuft Gefahr, diese Grenzwerte demnächst zu erreichen. In München wurde bereits an 34 Tagen der Richtwert von 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft überschritten. In den Städten Augsburg, Neu-Ulm, Ansbach und Passau wurden bereits über 20 Überschreitungstage gezählt. Noch knapp darunter liegen die Städte Nürnberg, Bayreuth, Ingolstadt, Landshut, Regensburg und Lindau.

Überwachung von Ver- und Entsorgungsnetzen:

Einsparpotenziale bei der Betriebsführung

Vorkonfigurierte Leitsysteme reduzieren Aufwand für Engineering und Betriebsführung. Flexible Lösungen für komplexe Aufgaben mit skalierbaren Leitsystemen. Fernwirk- und Automatisierungssysteme für alle Aufgaben der Wasser- und Abwasserwirtschaft.

Auf der weltgrößten Messe für Umwelt und Entsorgung, der IFAT, stellt IDS Ettlingen Produkte und Lösungen für die Steuerung und Überwachung von Ver- und Entsorgungsnetzen vor.

Die Systeme unterstützen den Anwender bei allen Aufgaben der Wassergewinnung, -verteilung und -entsorgung sowohl bei der dezentralen Automatisierung als auch bei der zentralen Überwachung und Steuerung. Im Mittelpunkt stehen dabei Einsparpotenziale bei der Projektierung und Betriebsführung und damit der wirtschaftliche Betrieb der Anlagen.

Leitsystem High-Vis Aqua

Mit Kooperationspartnern aus der Schweiz und Österreich und Anlagenbauern aus Deutschland präsentiert IDS in München das Leitsystem High-Vis Aqua. Mit diesem System werden durch vorkonfigurierte Lösungen die Aufwendungen für Installation und Engineering auf ein Minimum reduziert. Muster für typische Anwendungen, wie zum Beispiel die Bewirtschaftung von Regenüberlaufbecken

oder für die Erstellung von ATV-Protokollen, senken die Kosten für die Projektierung ganz erheblich.

In Verbindung mit den Fernwirk- und Automatisierungssystemen IDS 650 und 850 bietet IDS Komplettsysteme für alle Aufgaben der Wasser- und Abwasserwirtschaft an.

Flexible Lösungen

Für komplexe Aufgaben im Wasser- und Abwasserbereich zeigt IDS flexible Lösungen mit dem Leitsystem IDS High-Leit. Neben Funktionen für die Nullmengenmittlung und Lecküberwachung werden Modelle für die Wasserbedarfsprognose und Verfahren für die Mischwassersteuerung zur Verfügung gestellt.

Das System kann auch für die Überwachung und Steuerung großer Kanalnetze konfiguriert werden. Spezielle Optimierungs- und Prognosemodule bestimmen das Ablaufverhalten im Kanalnetz und erlauben es, die einzelnen Stauräume entlang eines Kanalsystems bei Niederschlägen optimal zu bewirtschaften.

Wir stellen aus:

IFAT 25. - 29.04.2005 in München, Halle B4, Stand 316

Arbeitstagung der schwäbischen Landräte:

An der Seite der Bezirke

**Aber: Forderung nach weiterhin striktem Sparkurs
Teilhauptschulen, Schulbau und Hartz IV weitere Themen**

Zu ihrer regelmäßigen Arbeitstagung trafen sich die schwäbischen Landräte unter Leitung ihres Bezirksvorsitzenden, des Augsburger Landrats Dr. Karl Voegelé, in Fischen/Oberallgäu. Beherrschendes Thema waren - neben der Diskussion über die Auflösung der Teilhauptschulen in Bayern - die Kreis- und damit eng verbunden die Bezirksfinanzen.

Die Landräte begrüßten die Einsparbemühungen des Bezirkes im Umfang von 2 Millionen Euro. Durch sie erhöht sich die Bezirksumlage geringer als zunächst befürchtet. „Wir schwäbischen Landräte stehen zu den Bezirken“, erklärte der Vorsitzende. Voegelé forderte aber weiterhin strikte Sparmaßnahmen ein.

Keine Lösung

Auch müssten die Wohlfahrtsverbände viel stärker als bisher ihre Bereitschaft zu Kostensenkungen einbringen, so Landrat Voegelé weiter. „Eine Abschaffung der Bezirke kann nur Sinn machen, wenn deren Aufgaben zukünftig vom Staat selbst erledigt werden. Alles andere stellt lediglich eine weitere Aufgaben- und Kostenverlagerung von oben nach unten dar, gegen die wir uns mit aller Macht wehren müssen“, brach-

te er die Stimmung seiner Landratskollegen auf den Punkt. Der Ruf nach der Auflösung der Bezirke sei keine Lösung, die Aufgaben blieben.

Fehlende Solidarität

Einig waren sich die Landräte in ihrer Enttäuschung über die fehlende Solidarität unter den bayerischen Bezirken. Gemeinsam mit dem Bezirkstagspräsidenten Jürgen Reichert mahnten sie eine grundlegende Neuregelung des kommunalen Finanzausgleiches an. Solange sich hier die Staatsregierung nicht bewege, werde die anhängige Popularklage des Bezirkes und aller zehn schwäbischen Landkreise gegen die jetzige Form dieses Ausgleichs mit Nachdruck weiterverfolgt, so der Bezirkstagspräsident. Erfreut zeigten sich die Landräte über seine abschließende Ankündigung, trotz aller Sparbemühungen

notwendige Hochwasserschutzmaßnahmen, soweit sie in der Zuständigkeit des Bezirkes lägen, weiter zu verfolgen.

Teilhauptschulen

Einen breiten Raum der Diskussion nahm der örtliche Widerstand gegen die geplante Auflösung von Teilhauptschulen ein. Die Leiterin der Schulabteilung der Regierung von Schwaben, Gabriele Holzner, nannte als Ursache für die Reform den drastischen Geburtenrückgang und die weitere Profilierung der Hauptschulen. Es werde keine Schnellschüsse geben, versicherte sie. Man werde behutsam und Fall bezogen Regionalkonzepte erstellen. Die Landräte forderten jedoch eindringlich, rechtzeitig in die jeweiligen Entscheidungen eng eingebunden zu werden. Örtliche Besonderheiten müssten berücksichtigt werden, um nicht weiter unnötig Porzellan zu zerbrechen.

Hoch- und Schulbaumaßnahmen

Auf die sehr schwierige Situation bei der Förderung von Hochbau-, insbesondere Schulbaumaßnahmen, wies Regierungspräsident Ludwig Schmid hin. Da mit einer Erhöhung der Mittel nicht zu rechnen sei, wollen die Landräte der Staatsregierung Druck machen, damit wenigstens die Förderkontingente der Jahre 2006 und 2007 bereits heuer vom Finanzministerium freigegeben werden. „Wir brauchen die Schulen jetzt, nicht irgendwann“, mahnten die Landräte. Derzeit stecken in Schwaben 27 Schulbauten für rund 40 Millionen Euro im Förderstau. Alle Schulbaumaßnahmen sollen sofort beginnen dürfen, ohne dass der Zuschussanspruch verloren geht, fordern Schwabens Landräte. Dies sei angesichts günstiger Zinsen sowie

Familyfest 2005 in Höchstädt a. d. Donau

Am 16. April 2005 laden die Familien der Fokolar-Bewegung zum internationalen „Familyfest 2005“ ein. Zeitgleich werden per Satellitenschaltung 14 Hauptstädte der Welt zu einem interaktiven Programm miteinander verbunden, weitere 120 Städte sind live zugeschaltet. Von Rom aus wird vom Kapitolsplatz übertragen.

Die Schirmherrschaft haben bisher unter anderem übernommen: EU-Kommissionspräsident Barroso, der italienische Ministerpräsident, das italienische Außenministerium und der Päpstliche Rat für die Familie. Aus Deutschland haben bisher Bundesfamilienministerin Renate Schmidt und der bayerische Landtagspräsident Alois Glück die Schirmherrschaft übernommen. Hier wird es fünf Familyfeste und verschiedene Übertragungsorte geben.

Familie auf Platz eins

Laut Umfragen in allen Altersstufen in Deutschland steht die Familie nach wie vor auf Platz eins der Werteskala. Lebenslange Partnerschaft gehört zu den erstrebenswertesten Zielen. Die Verwirklichung gestaltet sich dann aber oft gar nicht so leicht. Das Familyfest stellt sich den offenen Fragen rund um Familie und Gesellschaft, setzt Signale für eine familienfreundliche Politik, vermittelt aber auch Lebensfreude und macht Mut, zu entdecken, wie inspirierend und dynamisch FA-

als Impuls für die Bauwirtschaft sinnvoll.

IZBB und Hartz IV

Für Einrichtungen der Mittags- und Ganztagsbetreuung bearbeitet die Regierung derzeit rund 80 Anträge auf Zuschüsse aus dem Bundesprogramm „Initiative Zukunft, Bildung und Betreuung“ (IZBB). Die Hälfte der Maßnahmen ist durch das neue achtjährige Gymnasium (G8) bedingt. Streitfrage dabei ist noch, wer künftig die Betriebskosten übernimmt. Allein für die drei Gymnasien im Landkreis Augsburg rechnet Landrat Voegelé mit jährlichen Folgekosten von 250 000 Euro.

Die Landräte machten ihrem Ärger über Hartz IV Luft. Die Umsetzung sei noch mit großen Problemen behaftet, die überwiegend im Verantwortungsbereich der Arbeitsverwaltung lägen. Johannes Reile, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages, bat die Anwesenden, ihm ihre Erfahrungsberichte mit den bestehenden Problemen zuzuleiten. Er versprach, sich darum zu kümmern. „Hartz IV darf auf keinen Fall zu Lasten der Landkreise gehen“, forderte Voegelé im Namen seiner Kollegen.

„Benchmarking“ bei öffentlichen Gebäuden

Der Finanzexperte der Bayerischen Landesbank, Peter Springer, stellte den Landräten ein Programm zum so genannten „Benchmarking“, einer vergleichenden Analyse der Betriebskosten von öffentlichen Gebäuden, beispielsweise in den Schulen, vor. Durch dieses könnten die Landkreise Einsparmöglichkeiten für ihre Gebäude erkennen.

Da die Landkreise Aichach-Friedberg, Lindau und Oberallgäu durchweg positive Erfahrungen gemacht hätten, signalisierte Landrat Dr. Voegelé stellvertretend für seine Kollegen, dass diese Möglichkeit der Kosteneinsparung angesichts der immer knapper werdenden Gelder auch in allen anderen schwäbischen Landkreisen genutzt werden sollten.



Ehrenbürgerwürde für Alois Glück

Sichtlich erfreut war der bayerische Landtagspräsident Alois Glück darüber, dass ihn seine Heimatstadt Traunreut zum Ehrenbürger ernannt hatte. Beim Festakt im Heimathaus überreichte ihm Bürgermeister Franz Parzinger (rechts) die Urkunde und Glück lobte Traunreut als Vorbild in vielerlei Richtungen. Traunreuts Bürgermeister begründete, warum Glück künftig einer von zwei Traunreuter Ehrenbürgern sein wird: „Hier wird Dein Wirken konkret spürbar, ob bei den Einrichtungen der Lebenshilfe, dem Wilhelm-Löhe-Zentrum, der Jugendsiedlung oder bei der großartigen Unterstützung wichtiger städtischer Projekte wie zum Beispiel der Einrichtung einer Polizeidienststelle, der Unterstützung wichtiger Straßenbauten, des Integrationsprojekts oder im Orgelförderverein.“

Trauer um Bürgermeister Franz Ertl

Trauer in Münsing: Der langjährige Bürgermeister der Gemeinde, Franz Ertl, starb nach schwerem Leiden im Alter von 64 Jahren. Bereits im Dezember 2004 war er nach achtjähriger Amtszeit zurückgetreten.

Bereits 1990 wurde der Landwirt aus Leidenschaft und Ratshauschef aus Berufung in den Gemeinderat gewählt. Nicht immer einfach war sein Amt als Bürgermeister einer prosperierenden Tourismusgemeinde. Dennoch konnte Ertl viele Projekte, die sein Vorgänger Silvester Pölt begonnen hatte, vollenden und teilweise mit großen Festen einweihen: Das Sport- und Freizeitzentrum, den Lübbachausbau, den neuen Dorfplatz, das Gewerbegebiet und den Hochbehälter. Auch der Flächennutzungsplan wurde unter seiner Ägide fertig. Die Konsolidierung des Haushalts hat der Verstorbene dabei nie aus den Augen verloren. Um Franz Ertl trauern seine Frau Elisabeth, vier Kinder und drei Enkel.

Familien- und Kinderregion Günzburg:

Präsentation auf ITB

Mitte März traf sich auf der 39. Internationalen Tourismus-Börse in Berlin alles, was im Tourismus Rang und Namen hat - und die Familien- und Kinderregion Landkreis Günzburg war gemeinsam mit den Partnern in Bayerisch-Schwaben am Bayernstand dabei.

Veranstalter, Hotels, Airlines, Städte und Regionen aus 181 Ländern präsentierten sich beim weltgrößten Branchentreff in Berlin. Nach langer Krise wegen der schwachen Konjunktur und der Terroranschläge spürt die Branche jetzt wieder eine wachsende Reiselust. Der Umsatz der Touristikfirmen stieg im vergangenen Jahr um 5,2%.

Das Reiseland Deutschland, so war ebenfalls zu hören, ist bei ausländischen Besuchern so beliebt wie nie zuvor. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland in deutschen Beherbergungsstätten mit neun oder mehr Betten und auf Campingplätzen stieg im vergangenen Jahr um 8,8%. Damit wurde der bisherige Höchststand aus dem Jahr 2000, als die Weltausstellung EXPO in Deutschland stattfand, übertroffen, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

Eine der Publikumsattraktionen auf der diesjährigen ITB waren für die aktionshungrigen Messebesucher die Kletterbäume am Bayern-Stand. In unmittelbarer Nähe war die Regionalmarketing Günzburg mit Freizeitkarte, Kulturführer, Imagebroschüre und vor allem dem aktuellen „journal“ mit Unterkunfts- und Gaststättenverzeichnis vertreten. Und die Informationen kamen an. Vor allem die jüngeren Messebesucher strahlten beim Anblick des LEGOLAND-Logos und manch einer der Großen war überrascht, dass LEGOLAND im süddeutschen Günzburg liegt und nahm die Informationsbroschüren gerne mit. „Wir sind sehr zuver-

sichtlich“, so Dagmar Debus, Geschäftsführerin der Regionalmarketing Günzburg GbR, „dass wir durch das verstärkte bundesweite Marketing für die Region und durch ebensolche Aktivitäten von LEGOLAND die Gästezahlen in diesem Jahr noch weiter steigern können.“

Das Jahr 2004 war für die Familien- und Kinderregion Landkreis Günzburg - und damit liegt sie klar im positiven Trend - sehr erfolgreich. So konnten die Übernachtungszahlen im Vergleich zum Vorjahr um 0,2% gesteigert werden, die Gästeankünfte stiegen um 4,1%.

Angesichts der Tatsache, dass es sich bei diesen Zahlen der amtlichen Statistik lediglich um die Angaben der gewerblichen Vermieter handelt, kann die Region sehr zufrieden sein. Denn in Wirklichkeit liegen Ankünfte und Übernachtungen deutlich höher. Die privaten Vermieter, die sich in den letzten Jahren stark entwickelt haben, tragen zum tatsächlichen Ergebnis nämlich zusätzlich und nicht unerheblich bei.

Trotz der überaus positiven touristischen Entwicklung der Region ist die große Herausforderung, in den nächsten Jahren die Aufenthaltsdauer der Gäste von derzeit 1,8 Tagen zu steigern, d.h. Touristen länger in der Region zu halten. Hierzu wird durch verstärkt überregionales Marketing und entsprechende Angebote - wie zum Beispiel Aufbau eines Pools an Gästeführern und Ausbau der touristischen Infrastruktur - viel getan.

Hans Joas

Arbeitslosigkeit und Armut fordern Kommunen heraus

Frühjahrsvollversammlung des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum München und Freising

Die wachsende Zahl armer und benachteiligter Menschen wird für die Kommunen in Bayern immer mehr zu einer sozialen Herausforderung und finanziellen Belastung. Mit dieser Thematik befasste sich der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum München und Freising bei seiner Frühjahrsvollversammlung in Fürstenfeldbruck. Hintergrund der Beratungen waren auch die als dramatisch eingestuften neuesten Arbeitslosenzahlen und der von der Bundesregierung vorgelegte Armutsbericht für Deutschland.

Die Delegierten aus Pfarreien, Dekanaten und kirchlichen Verbänden des ganzen Erzbistums sind besorgt, ob das Prinzip der Solidarität in der Kommunalpolitik überhaupt noch eine Rolle spielt. Nach Ansicht des Vorsitzenden des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum München und Freising, Professor Alois Baumgartner, sollen die Kommunen und Pfarrgemeinden in Bayern gemeinsam dafür eintreten, dass Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut nicht noch weiter an den Rand gedrängt oder gar ausgegrenzt werden.

Kostenfaktor Mensch?

Baumgartner forderte, „der Menschlichkeit wieder mehr Macht zu geben und aufzuhören, den einzelnen Menschen nur als Kostenfaktor zu sehen“. Viele Menschen drohen, weil sie nicht mehr dazu gehören und weder berufliche noch private Wertschätzung erfahren würden, regelrecht „abzusacken“. Wenn die katholische Kirche „Beteiligungsgerechtigkeit“ einfordere, bedeute dies: Menschen aus der Anonymität holen, sie in das Gemeinwesen integrieren, ihnen Anerkennung und Wertschätzung zu teil werden lassen.

„Spaltung von morgen“ vorprogrammiert

Für die besonders vom Abstieg bedrohten Alleinerziehenden oder Familien mit mehr als zwei Kindern verlangte der Diözesanratsvorsitzende neben dem unabhängig vom Einkommen gewährten Familien- und Lastenausgleich eine besondere „Grundsicherung für bedürftige Eltern“. Ansonsten sei mit

Kindern, die arm, ungefordert, womöglich sogar schlecht ernährt sind, „die Spaltung von morgen“ vorprogrammiert. Baumgartner nannte es verheerend, dass im Blick auf diese Kinder und Familien in der Familien- und Jugendhilfe gespart und gekürzt werde: „Das verstößt gegen unser Gerechtigkeitsempfinden.“

Ehrenamt im Visier

Auch zu den im Zuge von Sparmaßnahmen durchgeführten kirchlichen Strukturreformen in den bayerischen Diözesen nahm Baumgartner Stellung. Verstärkt werde dabei auf das Ehrenamt gesetzt. Er werde aber hellhörig, wenn die Gremien der Mitverantwortung bei der Gestaltung des pfarrlichen Lebens - Kirchenverwaltung und Pfarrgemeinderat - als „Belastung“ empfunden würden. Zentralisierung und Professionalisierung seien nicht der Weisheit letzter Schluss. Gerade in Gemeinden ohne eigenen Priester am Ort sei der Pfarrgemeinderat ein „unverzichtbares pastorales Gremium“.

Eigenständigkeit der Gemeinde erhalten

Der Vorstand des Diözesanrates unterstütze daher das Anliegen seines Sachausschusses „Territoriale Seelsorge“, in Pfarrgemeinden ohne Priester am Ort offiziell einen ehrenamtlichen Ansprechpartner zu benennen, der sich um die Gemeinde kümmern solle. Auch die Neustrukturierung müsse das Ziel haben, die Eigenständigkeit, Selbständigkeit und Lebensfähigkeit der örtlichen Gemeinde und ihrer Strukturen zu erhalten. **DK**



Präsentierten zum 35-jährigen Jubiläum des Erholungsgebietvereins Augsburg (EVA) die neue Broschüre (v. l.): Geschäftsstellenleiterin Edeltraud Degen, Vorsitzender Landrat Christian Knauer (Aichach-Friedberg), Ehrenvorsitzender Josef Bestler, Augsburgs Oberbürgermeister Paul Wengert und Landrat Dr. Karl Vogele (Augsburg).

Wahre Magnete für Erholungssuchende

Erholungsgebietverein Augsburg feiert 35-jähriges Jubiläum

Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten in Wohnraumnähe im Spannungsfeld zwischen Mensch und Natur zu schaffen war das Ziel der Gründungsväter, sagt Ehrenvorsitzender Josef Festler. Dieses Jahr feiert der „Verein zur Sicherstellung überörtlicher Erholungsgebiete für die Region Augsburg“ 35-jähriges Jubiläum und kann auf unzählige realisierte Freizeitmöglichkeiten und Beiträge zum Natur- und Landschaftsschutz blicken.

Eine Jubiläumsbroschüre gibt Einblick in die verwirklichten Projekte. Während in den ersten Jahren des Vereins vor allem die Schaffung neuer Freizeitmöglichkeiten auf der Tagesordnung stand, geht es heute oft um die Ergänzung und Erhaltung bestehender Einrichtungen.

Zahlreiche Projekte

Seit der Vereinsgründung wurde in zahlreiche Projekte, Freizeit- und Erholungsanlagen investiert. Beispiele dafür sind unter anderem der Zusmarshausener Rothsee, der Friedberger See oder der Bismarckturm in Neusäß/Steppach.

Gut angelegtes Geld

Geschaffen werden konnten zum Beispiel Umkleidekabinen, Sanitäreinrichtungen, Kinder- und Ballspielplätze, Wander- und Radwege, touristische Karten und mit dem Weitmannsee in Kissing ein vereinsgegener See. Vorstandsvorsitzender Knauer sieht das Geld - insgesamt wurden von den rund 11,5 Millionen Euro Mitgliedsbeiträgen 10,5 Millionen Euro in Freizeitanlagen investiert - gut angelegt: „Das ganze Jahr über sind die Erholungsgebiete wahre Magnete für die Menschen aus nah und fern, da für jeden, der

Erholung sucht, etwas geboten ist - ob zur sportlichen Betätigung oder mit der ganzen Familie.“

Gradwanderung gemeistert

Landrat Dr. Karl Vogele, Mitglied des Vorstands, ist es angesichts des Jubiläums wichtig, dass die Menschen es zu schätzen wissen, was da geschaffen wurde, „denn es ist ein Riesengewinn für alle Bürger.“ Er sieht bei allen Projekten auch die schwierige Gratwanderung zwischen Umweltschutz und Erholung gemeistert. „Der Verein trägt mit seinen vielfältigen Aktivitäten maßgeblich zum Ausgleich zwischen den Bedürfnissen des Menschen nach Naherholung und dem Schutz der Natur und Landschaft bei“, so Vogele.

Paradebeispiel

In Rücksichtnahme auf die schwachen Investitionsmöglichkeiten der Gemeinden in den letzten Jahren wurden die Mitgliedsbeiträge im Jahr 2004 um die Hälfte gesenkt. Sie sollen erst bei Zunahme der Investitionsfähigkeit wieder zunehmen. Knauer sieht auch darin einen Beweis dafür, dass der Verein mit seinen 31 Mitgliedern ein „Paradebeispiel für ein

funktionierendes Zusammenspiel der Kommunen im Raum Augsburg“ ist. Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert lobte ebenfalls die reibungslose Zusammenarbeit der Kommunen und wies auf die Wichtigkeit von Projekten wie die Sanierung des Bismarckturms in Steppach für die Stadt Augsburg hin.

Bezirkstagspräsident Bartsch:

„Ja zum Tag der Franken“

Ansbach - Der Bezirk Mittelfranken ist bereit, den vom Bayerischen Landtag angeregten „Tag der Franken“ in Zusammenarbeit mit der Staatsregierung und weiteren Trägern zu organisieren, hat Bezirkstagspräsident Richard Bartsch erklärt. Gerade so ein „Tag der Franken“ könne die historischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Besonderheiten Fränkens pointiert vermitteln und damit werbewirksam die Stärken der Region innerhalb Deutschlands und Europas darstellen. Auch könne der „Tag der Franken“ zu einer Stärkung des fränkischen Selbstbewusstseins innerhalb des Freistaates Bayern beitragen und dabei zudem die Unterschiede der drei fränkischen Bezirke hervorheben. Bezirkstagspräsident Richard Bartsch hat bereits Kontakt mit seinen fränkischen Präsidentenkollegen aufgenommen und wird bei der nächsten Arbeitssitzung dieses Thema konkretisieren. **DK**

Allgäuer Festwoche 2005

Die Allgäuer Festwoche beruht von einer „deutlich gestiegenen Nachfrage“. Rund 500 Interessenten wollen sich vom 13. bis 21. August in Kempton den Besuchern präsentieren, für 400 bietet das Gelände aber nur Platz. „Dieser Nachfrageüberhang ist bei regionalen Wirtschaftsmessen im Moment eher die Ausnahme.“ Außergewöhnlich viele Firmen möchten besonders große Flächen auf dem Freigelände belegen. Und nach einigen Jahren Abstinenz haben sich mit Deutsche Bahn AG und Deutsche Telekom zwei bedeutende Großunternehmen wieder angesagt. **DK**

Städtebauförderung in der Oberpfalz:

Bilanz des vergangenen Jahres

Die Regierung der Oberpfalz konnte im Rahmen der Städtebauförderungsprogramme auch im Jahr 2004, trotz der allgemein schwierigen Haushaltslage wieder viele Projekte in den Gemeinden unterstützen. Verteilt auf mehrere Programme wurden insgesamt 17,8 Mio Euro Finanzhilfen bereitgestellt und größtenteils bereits ausbezahlt. Zusammen mit den von den Kommunen aufgebracht Komplementärmitteln von ca. 9,43 Mio Euro und weiteren Eigenmitteln von Kommunen und Privatinvestoren wurden allein im Jahr 2004 mehr als 100 Mio Euro in den 73 Sanierungsgemeinden investiert.

Einige aktuelle Beispiele: **Stadt Hemau (Lkr. Regensburg) - Haus der Musik**

Als letzter Abschnitt der sog. „Kulturmeile“ wurde in der Stadt Hemau das städtische Gebäude Riedenburgstraße 2 saniert und für die örtlichen Musikvereine und -gruppen zu einem „Haus der Musik“ umgebaut. Ein Cafe im Erdgeschoss rundet das Angebot für die Bürger und Besucher von Hemau ab. Zusammen mit den bereits abgeschlossenen Maßnahmen „Sanierung Zehentstadel“ (Kulturraum, Bücherei und Stadtarchiv) und „Neugestaltung des Probsteigartens“ als öffentliche Grünanlage mit Freilichtbühne hat die Stadt innerhalb von knapp 10 Jahren ca. 4,5 Mio Euro verbaut und dafür ca. 1,7 Mio Euro an Zuschüssen aus dem Bayerischen Städtebauförderungsprogramm und EU-Programmen erhalten.

Strukturwandel

Diese Maßnahmen dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass zu den bekannten Problemen neue hinzugekommen sind. Abwanderung, Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit etc. führen zu einem Strukturwandel, auf den auch die Städtebauförderung als ein wesentliches strukturpolitisches Instrumentarium reagieren muss. Stichworte wie Strukturwirksame Maßnahmen, Mittelbündelung, Stärkung der Innenstädte und Brachflächensanierung werden den Handlungsschwerpunkt der zukünftigen Fördermaßnahmen bilden.

Markt Lam (Lkr. Cham) - Parkdeck

Das Parkdeck in Lam mit Gesamtkosten in Höhe von ca. 1,3 Mio Euro wird im Rahmen eines EU-Programmes mit ca. 900.000 Euro gefördert.

Das Parkdeck mit 58 Stellplätzen verbessert deutlich die Infrastruktur des Fremdenverkehrsorts und schafft die Voraussetzungen zur Verkehrsberuhigung und Neugestaltung des Marktplatzes. Gleichzeitig wird mit dieser Maßnahme eine störende Brachfläche im Ortskern sinnvoll genutzt und mit neuen attraktiven Wegeverbindungen erschlossen.

Stadt Schönsee (Lkr. Schwandorf) - Kommunbrauhaus

Ein großer Erfolg für die Stadt Schönsee und ein wichtiges Projekt für die Städtebauförderung ist der Ausbau des ehemaligen Kommunbrauhauses in Schönsee zu einem bayerisch-böhmischen Kulturzentrum.

Mit dem Touristikbüro, den Medien- und Veranstaltungsräumen sollen die grenzüberschreitenden Kontakte gepflegt und noch weiter intensiviert werden. Sowohl die Nutzung als auch die Bedeutung für die Stadt und die Region rechtfertigte die Förderung der ca. 2,2 Mio Euro teuren Maßnahme mit ca. 1,5 Mio Euro Finanzhilfen im Rahmen eines EU-Programmes.

Stadt Waldmünchen (Lkr. Cham) - Stadtplatz

Nach den Ergebnissen eines Architektenwettbewerbs werden derzeit in Waldmünchen der Stadtplatz und angrenzende zentrale Straßenbereiche neu gestaltet. Mit einem Gesamtkostenaufwand von ca. 2,0 Mio Euro werden in den Jahren 2004 und 2005 insgesamt ca. 1,45 Mio Euro an Finanzhilfen aus einem EU-Programme bereitgestellt.

Der Stadtplatz ist bereits fertig, die angestrebte Aufwertung ist überzeugend gelungen, die Stadt kann mit kräftigen Impulsen für den Tourismus, den Einzelhandel und die Gastronomie rechnen.

Stadt Weiden - Quartier Stockerhut

Im Rahmen des Bund-Länder Städtebauförderungsprogrammes - Soziale Stadt - wird in Weiden das Quartier Stockerhut gefördert. Nach intensiven Beteiligungs- und Abstimmungsprozessen konnte 2004 die Finanzierung für einen neuen Quartiersmittelpunkt gesichert werden. Zu den Gesamtkosten

punkt der Städtebauförderung sein wird. Nachdem Schließungen von Betrieben oder von Militäranstalten vielfach Störungen im räumlichen Stadtgefüge ebenso wie im sozialen Leben eines Ortes hinterlassen haben, müssen diese Brachflächen und aufgelassenen Gewerbebetriebe so schnell wie möglich einer neuen, nachhaltigen Nutzung zugeführt werden.

Aufbau von Netzwerken

Bei weiteren Arbeitstagen in Burglengenfeld, Landkreis Schwandorf, in Walderbach, Landkreis Cham, und in Vilseck, Landkreis Amberg-Regensburg, konnten viele Bürgermeister und Gemeinderäte aus den Erfahrungen der Nachbarn lernen.

Ein intensiver Erfahrungsaustausch, der Aufbau von Netzwerken, interkommunale Zusammenarbeit sind Themenfelder, die auch 2005 den Gemeinden angeboten werden. Die Regierung der Oberpfalz wird dabei ein verlässlicher Partner für die Gemeinden bleiben. **DK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherrieble (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 39 vom 01.01.2005

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Ercheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Gründungsversammlung:

„Historischer Verein Landkreis Haßberge“

Erfolgreich ging in der Kreisstadt Haßfurt die Gründung des „Historischen Vereins Landkreis Haßberge“ über die Bühne. Auf Anhieb trugen sich 200 Freunde der Heimatgeschichte und Hobbyhistoriker in die Mitgliederlisten ein. Der „Historische Verein Landkreis Haßberge“ will eine niveauvolle Plattform darstellen, die die lokale Geschichtsschreibung fördert und befruchtet. Gründungsvorsitzender ist der Historiker und Haßfurter Stadtarchivar Dr. Stephan Diller.

Im Beisein von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (Würzburg), gleichzeitig Bundespräsident des traditionsreichen Frankenbundes, löste sich am 14. Januar 2005 die bisherige Ortsgruppe Haßberge des Frankenbundes auf. Die Mitglieder traten fast geschlossen in den neuen „Historischen Verein Landkreis Haßberge“ ein. Dieser wiederum wurde als eigenständige Gruppierung Mitglied des Frankenbundes. Der neue „Historische Verein“ will Veranstaltungen organisieren, den Austausch der Historiker untereinander fördern und eine anspruchsvolle Schriftenreihe herausgeben, von der bereits zwei Bände erschienen sind. Jedes Mitglied erhält jedes Jahr einen der neuesten Bände der Schriftenreihe als Jahresgabe.

Bei der Gründungsversammlung im Sitzungssaal des Land-

ratsamtes sagte Landrat Rudolf Handwerker als Förderer der Neugründung: „Seit Jahren können wir hier ein zunehmendes Interesse an der lokalen Geschichte und Geschichtsschreibung verzeichnen. Alle Interessierte eint dabei die Überzeugung, dass man seine Wurzeln kennen sollte, damit man stabil mit beiden Füßen in der Gegenwart stehen kann.“ „Nichts“, so der antike Historiker Polybios, „ist geeigneter, uns den rechten Weg zu weisen als die Kenntnis der Vergangenheit.“

Das zunehmende Interesse an lokalhistorischen Themen zeige sich, so Handwerker, an der Existenz von immer mehr heimatgeschichtlichen Arbeitskreisen. Es zeige sich auch an einer ganzen Reihe neuer Veröffentlichungen, darunter vielen Ortschroniken und auch Darstellungen eines bestimmten Themas.

Und es zeige sich an einer immer fundierteren Quellenarbeit, die diesen Arbeiten zugrunde liegt. Dafür sei sicher die systematische Erfassung der Kommunalarchive, die die Städte und Gemeinden seit Jahrzehnten und mit Erfolg betreiben, eine wichtige Vorbedingung gewesen.

Handwerker abschließend: „Wie alle wissen, ist unser Landkreis Haßberge nicht mal 27 Jahre alt und politisch eine sehr junge Einheit, die immer noch zusammenwachsen muss. Daher ist es mir wichtig, dass der neue ‚Historische Verein‘ den ganzen Landkreis Haßberge umfasst und in seine Arbeit mit einbezieht... Seien Sie versichert: Die hiesige Frankenbundgruppe ist nicht tot. Sie wird in dem neuen Verein aufgehen und weiterleben, wie der mythische Phönix nach der Verwandlung zu neuem Leben erwacht. Dem Frankenbund wird der neue ‚Historische Verein‘ Landkreis Haßberge als Mitglied weiter angehören und sicher auch zu einem aktiven Vorwerk und Grenzposten heranwachsen.“ DK

Begriff „Psychiatrie“ ist noch immer verpönt

Bezirkskrankenhaus Lohr wandelt sich zur Klinik für psychosomatische Medizin

Würzburg/Lohr. „Psychosomatik“ - mit diesem Begriff wird nach den Worten von Professor Dr. Gerd Jungkunz vom Bezirkskrankenhaus Lohr (BKH) viel verschleiert. Psychosomatisch klingt einfach besser als „psychiatrisch“, meint aber im Grunde genau dasselbe. Dennoch trägt auch das Lohrer BKH seit einem halben Jahr den Begriff „psychosomatisch“ im Namen, damit in Zukunft auch jene seelisch kranken Patienten den Weg nach Lohr finden, die nichts mit Psychiatrie zu tun haben wollen und darum private psychosomatische Kliniken bevorzugen.

Die Geschichten von psychosomatisch Kranken und psychiatrisch Erkrankten unterscheiden sich vor allem hinsichtlich ihrer Schwere, erläuterte Jungkunz' Kollege Professor Dr. Hans-Peter Volz, Direktor des BKH Werneck, in einem Informationsgespräch beim Bezirk Unterfranken.

Als psychosomatisch krank gilt, wer auf die Veränderung seiner Lebensumstände wie Tod eines nahen Menschen, Umzug oder plötzliche Arbeitslosigkeit mit einer leichteren Form von Depression, mit Panikattacken oder Essstörungen reagiert. Psychiatrisch Kranke hingegen, die nicht mehr unter die Unterkategorie „psychosomatisch“ fallen, leiden unter suizidalen Krisen oder Schizophrenie.

Therapieangebote

Im Bezirkskrankenhaus Lohr finden sich unter einem Dach Therapieangebote für leichter und für schwer erkrankte Patienten, erläuterte Jungkunz. Dies unterscheidet das BKH von den beiden anerkannten psychosomatischen Kliniken, die in Unterfranken privat betrieben werden. Für die Patienten ist dieses breite Angebot an Therapien eine große Chance, so Jungkunz, allerdings werde dies nicht so gesehen. Viele seelisch Kranke wollen nicht in eine Klinik gehen, in der sie auf sie verschiedene Menschen wie Schizophrene, alkoholranke Obdachlose oder verhaltensgestörte geistig Behinderte treffen können. Ärgerlich ist für Jungkunz und Volz dabei, dass Bezirkskrankenhäuser ganz selbstverständlich in Anspruch genommen werden, wenn es sich um Notfälle handelt.

jeder Patient, der sich das Bezirkskrankenhaus Lohr einmal von innen anschaut, um sich eine objektive Meinung zu bilden: „Bei nahezu allen Besuchern verschwinden die Vorurteile daraufhin.“

Stärkere Außenwirkung

Zugeben müssen Jungkunz und Volz, dass sie den Zug der Zeit hin zu Wellness und „Psychosomatik“ beinahe verschlafen hätten. Der zunehmende Konkurrenzdruck durch die privaten Kliniken rüttelte die Klinikdirektoren wach. Dass sie in einem 2003 in Bayern durchgeführten Ranking unter den sechs besten psychosomatischen Kliniken zu finden sind, nütze noch nichts, sie müssen stärker nach außen propagieren, dass Menschen mit Burn-out-Syndrom, Magersucht oder sich verschlimmernden negativen Gedanken in Lohr eine optimale Behandlung nebst „Wellness“ erhalten. Pat Christ

Regierung von Oberfranken:

Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen

Unter der Gesamtverantwortung der Jugendämter sind an 13 oberfränkischen Hauptschulen Diplom-Sozialpädagogen im Einsatz, um Hilfe und Unterstützung im Schulalltag zu leisten. Von der konkreten Beratung im Einzelfall über die Durchführung von Projekten zur Gewaltprävention bis hin zu Freizeitangeboten für die Schüler über ein breites Spektrum an Hilfen zur Verfügung gestellt. Laut Regierungspräsident Hans Angerer soll Jugendhilfe so frühzeitig wie möglich ansetzen, um nachhaltig positive Wirkungen für das weitere Leben der Schülerinnen und Schüler entfalten zu können. Die Regierung von Oberfranken förderte im Jahr 2004 aus bayerischen Mitteln die Personalkosten dieser Projekte mit 150.000 Euro. ☞

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Tja, scheiden tut bekanntlich weh. Aber um des Machterhalts willen eine so gnadenlose Demontage zu riskieren hat schon fast tragische Züge.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las nachdenklich die Artikel in den Zeitungen, die sich mit der gescheiterten Regierungsbildung in Schleswig-Holstein befassten.

Das war ja ein Krimi in Kiel. In der katholischen Kirche ist es zwar eine Spruchweisheit, dass wer als Papst in ein Konklave geht, als Kardinal herauskomme. Aber dass jemand als Ministerpräsident in eine Wahl im Landtag hineingeht und als begossener Pudel wieder heraus - das hat in Deutschland keine Tradition. Da hat sich wohl die unbescheiden daherkommende Siegeszuversicht einer auf abgenagten Storchbeinen ruhenden Götterspeisenkoalition gerächt, die bar jeder Demut vor dem Wählerwillen ein



geordneter bewusst die Große Koalition herbeiwählen, die wohl am ehesten dem Wählerwillen entspricht, obwohl große Koalitionen eigentlich nur kleine Lösungen bringen.

Es ist zudem beklemmend zu beobachten, was eine eigentlich sympathische, beliebte und über die Parteigrenzen geachtete Politikerin wie Heide Simonis auf sich nimmt, um den Machterhalt zu erzwingen.

Einen Denktzettel in einem oder zwei Wahlgängen zu kassieren ist OK, das gibt es immer mal. Im dritten alles auf eine Karte setzen gehört zum demokratischen Spiel, aber in einem eigentlich nicht vorgesehenen vierten Wahlgang jemand die Gelegenheit zu geben, auf die leblosen Reste der eigenen politischen Existenz noch ungelöschten Kalk zu schütten, zeigt eine Leidenschaftsfähigkeit, die außergewöhnlich ist. Im Übrigen sollten sich die Bild-Redakteure aller Zeitungen mal darüber Gedanken machen, ob man wirklich Fotos der unterlegenen Kandidatin abdrucken muss, in denen sich die Verletzung und Demütigung deutlich im Gesicht spiegelt oder ob man solche aufwühlenden Gefühle nicht der Privatheit der jeweiligen Person zuordnen sollte.

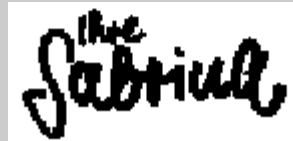
Mein Chef, der Bürgermeister, ist dieser Tage sehr nachdenklich. Er vergegenwärtigt sich das, was die meisten Politiker so gerne verdrängen: das Ausscheiden aus dem Amt. Mit Würde, Stil und ohne Zorn seinen Posten verlassen - das ist wohl einer der größten Triumphe, die man in einer politischen Laufbahn feiern kann. Ich würde es dem Bürgermeister gönnen, wenn er das hinkriegte. Bevor er aber schwerblütig wird, lege ich ihm ein Kalenderblatt hin, das zeigt, dass auch begnadete Spottrosseln wie Mark Twain mal daneben liegen, als der einmal sagte: „Es ist schon ein großer Trost bei Wahlen, dass von mehreren Kandidaten immer nur einer gewählt werden kann.“

Kieler Dolchstoßlegende

Land von Grund auf umkremplen wollte, das eigentlich vordringlich aus der Jobkrise und der Schuldenfalle heraus will.

Jetzt beginnt die hektische Suche nach dem Verräter. Und allein die Wortwahl, mit der die Parteifreunde der gescheiterten Kandidatin und sie selbst das Geschehen kommentieren, ist bezeichnend. Da wird von „Dolchstoß“ gesprochen und einem „Messer, das in den Rücken“ gerammt wurde. Diese Dolchstoßlegende 2005 sagt doch alles über die Denke der Leute. Dolchstoß bedeutet, eine siegreiche und untadelige Truppe sei durch Verrat aus den eigenen Reihen zu Fall gebracht worden, nachdem der Feind es nicht geschafft hat, sie zu überwinden. Eine etwas kühne Logik, nachdem man bei den Wahlen eine erstklassige Klatsche eingesteckt hat.

Man fragt sich doch, was muss für eine Diskussionskultur, was muss für ein Druck in einem Laden herrschen, wenn ein Abgeordneter sich nicht traut, seine Meinung offen zu vertreten, sondern zu solchen Guerillamethoden greifen muss? Denn offensichtlich wollte ja ein Ab-



Bayerische Landesausstellung 2005:

Von Kaisers Gnaden! 500 Jahre Fürstentum Pfalz - Neuburg

Am 30. Juli 2005 jährt sich zum 500. Mal der sogenannte Kölner Spruch, mit dem der König und spätere Kaiser Maximilian I. 1505 den Landshuter Erbfolgekrieg beendete und das Herrschaftsgebiet der Wittelsbacher Herzöge von Grund auf neu ordnete. Die Erinnerung an diesen Akt nimmt das Haus der Bayerischen Geschichte zum Anlass der Landesausstellung 2005 mit dem Titel „Von Kaisers Gnaden! 500 Jahre Fürstentum Pfalz - Neuburg“, die vom 3. Juni bis 16. Oktober 2005 im Schloss der ehemaligen Residenzstadt Neuburg an der Donau zu sehen sein wird.

Die Entscheidung Maximilians auf dem Reichstag zu Köln am 30. Juli 1505 markiert einen Wendepunkt in der bayerischen Geschichte. Ein Großteil des Besitzes des letzten Herzogs von Bayern-Landshut, Georgs des Reichen, kam durch diesen Spruch an Albrecht IV. von Oberbayern. Damit wurde die jahrhundertlange Teilung des wittelsbachischen Territoriums in Bayern weitgehend überwunden - völlig beendet aber wurde sie nicht. Denn mit Pfalz-Neuburg löste Maximilian für die Enkel Georgs des Reichen auch ein neues Fürstentum aus dem Besitz des Gesamthauses heraus.

Gestaltung

Der erste Teil der Ausstellung beleuchtet Ursachen, Verlauf und Ergebnis des Landshuter Erbfolgekrieges mit seinen Wurzeln in den bayerischen Teilungen des späten Mittelalters. Im Mittelpunkt des zweiten Teils der Ausstellung stehen die ersten Landesherrn des neuen Fürstentums Pfalz-Neuburg, die Wittelsbacher Brüder Ottheinrich und Philipp. Ihre sehr unterschiedlichen, mitunter dramatischen Lebensschicksale zeigen charakter-

Mitglieder des Hauses Pfalz-Neuburg.

Die Ausstellung zeigt eine Fülle hochrangiger Leihgaben aus ganz Europa. Hierzu gehören die kostbaren für Ottheinrich geschaffenen Wandteppiche, die Alabasterfigur Ottheinrichs aus dem Pariser Louvre, die im Auftrag Ottheinrichs gefertigte Planetenuhr aus dem Technischen Museum Wien und der Küriss aus Schloss Ambrass, den Ottheinrichs Bruder Philipp 1529 bei der Verteidigung Wiens gegen die Türken trug. Modernste Ausstellungstechnik, ausgewählte Inszenierungen und Multimediale Stationen bringen dem Besucher eine glanzvolle Vergangenheit abwechslungsreich nahe. Die Auswahl der geschichtlichen Dokumente und die einführenden Texte sind auf ein vertiefendes Verständnis der geschichtlichen Epoche angelegt.

Rahmenprogramm

Begleitet wird die Ausstellung von einem vielgestaltigen Rahmenprogramm, das von Vorträgen über Theateraufführungen und Konzerte bis zu dem weithin bekannten Neuburger Schlossfest reicht. Zur Ausstellung erscheint ein umfangreicher Katalog. Eine Lehrerhandreichung, die den Schülern kostenlos zur Verfügung gestellt wird, unterstützt die Lehrkräfte mit zahlreichen didaktischen Materialien bei der gezielten Vor- und Nachbereitung des Ausstellungsbesuches mit Schulklassen. ☞

Authentischer Rahmen

Noch heute künden Schloss und Stadt Neuburg von der ruhmreichen Vergangenheit des 1505 gegründeten Fürstentums. Die neu renovierten Räume des Neuburger Residenzschlosses stammen zu Teilen aus der Gründungszeit der „Jungen Pfalz“ und bilden einen authentischen Rahmen für die Ausstellung. Deren Inszenierung beleuchtet den Epochenumschwung ebenso wie die wechselvolle Geschichte der

Stadt-Umland-Bereich Rosenheim (SUR):

Bürgermeister stellen Weichen bis zum Jahr 2008

Die Frage, wie man als Kommune auf die aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen reagieren soll, ist nicht nur bayern- oder bundesweit ein großes Thema, sondern beschäftigt auch die Bürgermeister der SUR, des Stadt-Umland-Bereiches Rosenheim (Gemeinden Großkarolinenfeld, Neubeuern, Raubling, Rohrdorf, Schechen, Stephanskirchen sowie die Städte Kolbermoor und Rosenheim). Für die Jahre 2000 bis 2004 gab es hierzu Antworten und Leitprojekte, die gemeinsam erarbeitet und im Regionalen Entwicklungskonzept - kurz REK zusammengefasst wurden.

Von den 52 darin enthaltenen Maßnahmenvorschlägen setzten die Gemeinden bereits den größten Teil um - für einen Zeitraum von nur vier Jahren eine beachtliche Leistung. Zu den erfolgreichen Projekten zählen die jährlich stattfindenden „Rosenheimer Stadt-Umlandgespräche“ mit mehr als 100 Gästen aus Politik und Wirtschaft, bei denen gemeinsame Themen wie z. B. der Demographiewandel besprochen werden.

Erfolgreiche Projekte

Weitere positive Projekte sind u.a. eine abgestimmte Einzelhandelsentwicklung bei Großprojekten, Kooperationen im Bereich Ver- und Entsorgung oder gemeinsame Anstrengungen im Bereich der Kindergärten- und Schulversorgung. Viele offen gebliebene Vorschläge, z.B. die Präsenz von SUR auf den Branchenmessen oder

die interkommunal getragene Realisierung von kostenträchtigen Infrastrukturprojekten sind aufgrund veränderter Rahmenbedingungen nicht mehr aktuell, überholt bzw. nicht mehr realisierbar.

Fruchtbare Kooperation

Im Sommer 2004 wurden von den Bürgermeistern in einer gemeinsamen Sondersitzung neue Ziele, Maßnahmen und Projekte erarbeitet. Bereits in dieser Sitzung wurde spürbar, wie die Kooperation der vergangenen Jahre im Zusammenspiel der Bürgermeister und Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer Früchte getragen hat.

Das Ergebnis des Workshops, die Fortschreibung des Regionalen Entwicklungskonzeptes 2005 bis 2008, konnte nun, zusammengefasst durch einen Moderator, in Neubeuern zum ersten Mal den Rathauschefs in

Anwesenheit von Landrat Dr. Max Gimple präsentiert werden.

Positive Resonanz

Die Resonanz war derart positiv, dass nach der Integration

High-Tech an 300 Jahre altem Bauernhof

Maihingen (pm). Das Ergebnis einer Kooperation zwischen der Fachhochschule Augsburg und dem Rieser Bauernmuseum Maihingen des Bezirks Schwaben liegt nun in Form von Plänen und eines Videofilms vor.

Mit modernsten technischen Mitteln erstellten Studenten ein verformungsgerechtes Aufmaß des Vogelbauernhofes in Balgheim. Der Rieser Bauernmuseums- und Mühlenverein hat 2003 das Anwesen erworben, das aus dem 17. Jahrhundert stammt, wenig Veränderungen erfahren hat und in seiner Art typisch für die Rieser Kulturlandschaft ist.

Diplomarbeit

Drei Studenten der Vermessungskunde suchten es als Gegenstand für ihre Diplomarbeit aus, die Professor Reinhold Weber vom Fachbereich Architektur und Bauingenieurwesen betreute. Die angehenden Bauingenieure Stefan Gerstenmeier und Robert Schaller führten die praktischen Arbeiten mit einem Ingenieurtachymeter durch. Zuerst mussten sie die Gebäude in das Koordinatensystem der Er-

einiger weniger Ergänzungswünsche das REK im Sommer nach Vorstellung in den einzelnen Gemeindegremien verabschiedet werden soll. Ziel ist es, wichtige Projekte wie beispielsweise Landesgartenschau 2010 in Rosenheim, Verbesserung der Verkehrssituation, Clusterbildung innerhalb der Wirtschaft, Unterstützung der weiterführenden Schulen und der Fachhochschule usw. durch gemeinschaftliche Anstrengungen voran zu bringen und zielgerichtet in den nächsten vier Jahren umzusetzen. **DK**

Auftaktveranstaltung von XperRegio:

Modellcharakter für ganz Bayern

„XperRegio ist ein wichtiges Signal für Bayern und die Region. Dieses Projekt zeigt neue Wege in der Regionalentwicklung auf und hat Modellcharakter für ganz Bayern. Ich bin stolz, dass dieser kluge Anstoß aus Niederbayern kommt“, erklärte Finanzstaatssekretär Franz Meyer bei der Auftaktveranstaltung von XperRegio in Landau.

Unter Federführung des Marktes Arnstorf haben sich die sechs niederbayerischen Gemeinden Arnstorf, Eichendorf, Landau, Roßbach und Simbach zusammengeschlossen und ein Wegweisendes Projekt für die Förderung der regionalen Entwicklung in ländlich strukturierten Gebieten durch die Förderung von Experten vor Ort entwickelt. „Kein Land und keine Region kann heute mehr für sich alleine bestehen. Globalisierung bedeutet weltweiten Wettbewerb der Standorte und Regionen. Hier nutzt das Projekt XperRegio die entscheidenden Chancen der Region, in dem sie die jeweiligen Experten und Wissensträger einer Region zusammenführt und ihre Expertise durch das Projekt genutzt, gebündelt und verstärkt wird“, erläuterte Staatssekretär Meyer.

Förderung durch Europäische Kommission

XperRegio wird von der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung mit drei Millionen Euro gefördert. Das Hans-Linder-Institut, ansässig in Mariakirchen und mit der Begleitung von Existenzgründungen befasst, stellt seine professionelle Expertise zur Verfügung und begleitet das Projekt aktiv.

„Die Projekte im Bereich ‚Wirtschaftliche Entwicklung‘ spiegeln den Grundgedanken der Idee von XperRegio besonders gut wider. Es geht darum, regionale Kompetenzfelder zu stärken. Damit tut die Region vor Ort genau das, was die Bayerische Staatsregierung in ihrem Bereich für ganz Bayern vorantreibt, nämlich Kompetenzfelder in ganz Bayern zu markieren und miteinander zu vernetzen“, erläuterte Meyer die grundlegende Idee von XperRegio.

Die Förderung von vorhandenen und die Entwicklung neuer Cluster sei ein wichtiges Ziel dieser Legislaturperiode. Gerade auch die Region Niederbayern habe dabei herausragende Chancen. In diese Bemühungen der Staatsregierung reihe sich das Projekt XperRegio hervorragend ein, sagte Meyer und forderte ganz besonders die privaten Unternehmer auf, das Projekt zu unterstützen: „Mit diesem Projekt können Impulse für die Modernisierung der regionalen Wirtschaft geschaffen werden. Gerade im Hinblick auf die Osterweiterung ist dies für Niederbayern von hoher Wichtigkeit.“ **DK**

Vorschau auf GZ 7

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 7, die am 7. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ EDV
- ≪ Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- ≪ Umwelt- und Abfalltechnik
- ≪ Kommunalfahrzeuge • Städtereinigung